

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Robert Musil **3** Die globale Hierarchie der Städte – Investitionsbeziehungen als Bindeglied zwischen Zentrum und Peripherie?
- Muriel Herrmann **12** Fördert Regiogeld eine nachhaltige Regionalentwicklung?
- Katharina Schwaiger **19** Regiogeld und Gemeinwesenarbeit
- Hugo Godschalk **26** Streitfall Regionalwährungen / Wurden die ägyptischen Pyramiden mit einer „Demurrage“-Währung gebaut?
- Ralf Becker **32** Entwicklungsstand und Perspektiven der Regiogeldebewegung
- 38** Leserbriefe – Bücher – Berichte
- 52** 39. Mündener Gespräche
- 53** Regiogeld-Kongress in Weimar

Liebe Leserin und lieber Leser,

während der Fußballweltmeisterschaft mag es erlaubt sein daran zu erinnern, dass Silvio Gesell das Geld einmal als den „Fußball der Volkswirtschaft“ bezeichnet hat. (Band 11, S. 143) Damit wollte er seinen Gedanken veranschaulichen, dass es im ‚Wirtschaftsspiel‘ nicht darauf ankam, dass der ‚Ball‘ aus Gold hergestellt war; er könne besser aus Papier gefertigt werden – was sich zwischenzeitlich als richtig erwies.

Auch wenn aus dem Fußballsport ein millionenschweres pseudoreligiöses Spektakel geworden ist, das wie „das Brot und die Spiele“ im alten Rom unzählige Menschen vom politischen Denken ablenkt, mag es erlaubt sein, Gesells bildhaften Vergleich noch zu erweitern: Wie der Fußball soll das Geld nicht außerhalb des Spielfeldes festgehalten, sondern nach jedem Schuss ins Seitenaus unverzüglich wieder eingeworfen werden. Der Fußball und das Geld sollen gleichermaßen in stetiger Bewegung gehalten werden. Wer das Fußballspiel unnötig verzögert, bekommt vom Schiedsrichter die gelbe Karte gezeigt – warum nicht auch, wer das Wirtschaftsspiel unnötig verzögert? Wie der Fußball keinen Einfluss auf das Spielgeschehen nimmt, so sollte auch das Geld die Wirtschaft nicht beeinflussen – weder die Art und den Umfang der Produktion noch die Verteilung der Güter.

Und so wie der Fußball nach langen hohen Pässen bald wieder auf den grünen Rasen herunterfällt, sollte auch das Geld immer wieder auf das Spielfeld der (überwiegend regionalen) Realwirtschaft zurückkehren und nicht in der Luft verweilen wie heutzutage das hochgradig spekulative ‚hot money‘ in den luftigen Höhen der globalen Finanzmärkte. Auf rund 1,1 Billionen US-Dollar schätzen Fachleute die Manovriermasse, mit denen Hedge Fonds rund um die Uhr ihre „massive Spekulationslust“ ausleben, was Robert von Heusinger kürzlich bewog, auf die zunehmende Nervosität der Finanzaufsicht aufmerksam zu machen („Angst vor einem Desaster“, in: Die Zeit vom 20. April 2006).

Deshalb wollen wir mit unserem Bemühen ‚am Ball bleiben‘, über Spielregeln für ein Fairplay auch in der Wirtschaft nachzudenken. Auch wenn sich vieles, was in der großen Politik und in der Wirtschaft schief läuft, vorläufig leider noch nicht korrigieren lässt, so gibt es gleichzeitig viel Hoffnungsvolles, das trotz aller Unvollkommenheiten den Weg in eine gerechtere Zukunft weist. Hierzu gehört auch die zunehmende Zahl von Regionalgeld-Initiativen, die der von Robert Musil in seinem ersten Beitrag analysierten Konzentration wirtschaftlicher Aktivitäten in Global Cities zeichnerhaft entgegenwirken. In den letzten Jahren haben die Regionalgeld-Initiativen eine erstaunliche öffentliche Aufmerksamkeit gefunden und auch zu einer Zunahme des wissenschaftlichen Interesses an unserer Kritik am Geldwesen sowie an Ansätzen eines veränderten Geldes geführt. In Anknüpfung an unsere 144. Folge vom März 2005 sollen die Beiträge im vorliegenden Heft Ihnen weitere Einblicke in die Regionalgeldszene geben. Deren Vielfältigkeit wird auch bei den beiden größeren Veranstaltungen Ende September in Weimar mitzuerleben sein. Beachten Sie hierzu bitte die Ankündigung am Ende dieses Hefts. Zuvor wird bei den nächsten Mündener Gesprächen die Kontrolle um die Geldschöpfung der Geschäftsbanken fortgesetzt.

Ihr Werner Onken

Der Verlag für Sozialökonomie – Gauke GmbH zieht um.

Ende Juli verlegt unser Verlag seinen Sitz von Lütjenburg nach Kiel. Die neuen Anschriftendaten finden Sie auf der nebenstehenden Seite im Impressum. Die eMail- und Internetadressen bleiben selbstverständlich unverändert.

Carl Amerys Vorschlag an den Bundespräsidenten: Gründung einer Zukunftswerkstatt

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Wochen vor Ihrem Amtsantritt haben Sie angekündigt, dass Sie ‚konzeptionelle und intellektuell-geistige Führung‘ ausüben wollen. Angesichts der zunehmenden Verflachung der öffentlichen Diskussion ist dies freudig zu begrüßen. ...

Es gilt als Erstes, die zentrale Krise zu orten und zu definieren, die wir vor allen anderen Problemen anzugehen haben. ... Dieses Dilemma der Menschheit, das größte seit der Sesshaftwerdung, ist längst über das Soziologisch-Politische hinausgewachsen, ist zur erdgeschichtlichen Krise geworden: Die künftige Bewohnbarkeit des Planeten steht ernsthaft in Frage. ... Es gibt kein Wachstum, jedenfalls kein wirtschaftliches, das nicht um die Verschleuderung, Vergiftung der Ressourcen, um die Beschleunigung der entropischen Prozesse erkaufte würde. Erste Priorität müsste daher eine Wirtschaftswissenschaft haben, die politisch und sozial tragbare Schrumpfmuster erstellen kann. ...

An diesem Punkt, Herr Bundespräsident, werden Sie vielleicht erwidern, dass es zur Zeit völlig ausgeschlossen wäre, dem Stimmbürger ein auch nur halbwegs hilfreiches Programm zuzumuten, das den alten opportunistischen Prägungen widerspricht. Und Sie haben natürlich Recht. Es verbleibt dann allerdings die Frage, mit welchen Mitteln überhaupt noch Politik betrieben werden kann. ... Weltweit bleibt die Politik in den veralteten Koordinaten der Ressourcenausbeutung verheddert, fügt sich mehr oder weniger bereitwillig dem Selbstmordprogramm, glaubt sich kaum mehr der globalen Übermacht des Ökonomismus erwehren zu können. ...

Der Bundespräsident aber kann, wie einige Ihrer Vorgänger gezeigt haben, durchaus die Macht des Wortes verwenden, um eine Kursänderung der öffentlichen Diskussion zu bewirken. Und er kann noch weiter gehen. Er kann zum Beispiel wie jeder andere Staatsbürger eine Zukunftswerkstatt ins Leben rufen. ... Neben einer robusten Theorie-Fakultät, die sich weit über Ökonomie und Politik hinaus erstreckt, die sich mit möglichen und neuen Kulturentwürfen befassen müsste, wäre ein Fonds zu schaffen, aus dem praktische, aber von der ökonomistischen Sofortverwertungs-Dogmatik vernachlässigte Visionen als Pilotprojekte bis zum Startpunkt der allgemeinen Anwendbarkeit gefördert und entwickelt werden könnten. Auch die Erarbeitung bindender sozialer und ökonomischer Verkehrsformen im internationalen Bereich wäre die Aufgabe einer solchen Werkstatt.

Sie bedarf natürlich erheblicher Mittel. ... Ein Schritt des First Citizen wäre denkbar: Er tritt an die Hunderttausende von Millionären, die in Deutschland hausen oder als deutsche Staatsangehörige das mildere Steuerklima anderer Länder genießen, mit dem Ersuchen heran, ein Prozent oder mehr ihres Privatvermögens der Zukunftswerkstatt des Bundespräsidenten zu schenken.“

Carl Amery, An den Bundespräsidenten, in: ders. (Hg.), **Briefe an den Reichtum**, München 2005, S. 259 – 265.

Aufgrund dieses Briefes stattete Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler dem Schriftsteller Carl Amery am 12. November 2004 einen Besuch ab. Am 24. Mai 2005 verstarb Carl Amery. Seinen Vorschlag möchten wir mit dem vorstehenden Textauszug in Erinnerung bringen. (Red.)

Die globale Hierarchie der Städte – Investitionsbeziehungen als Bindeglied zwischen Zentrum und Peripherie?

Robert Musil

1 Das Zeitalter der Städte

Das kommende Jahr ist ein wichtiger Meilenstein in der Menschheitsgeschichte: nach Prognosen der Vereinten Nationen^[1] werden 2007 erstmals mehr als die Hälfte der Menschheit in Städten leben. Bis 2030, so rechnet die UNO, werden nur mehr rund 39 Prozent der Menschheit in ländlichen Räumen leben. Rapide steigt damit auch die Zahl der Millionenstädte, die sich zwischen 1975 und 1995 auf 381 verdoppelt hat; gegenwärtig sollen es bereits 480 sein. Noch 1950 gab es zwei Städte mit mehr als 10 Millionen Einwohnern, so genannte Megastädte, nämlich Tokio und New York; in wenigen Jahren werden es bereits 22 Agglomerationen sein. Städte der Dritten Welt, die bisher nahezu unbekannt waren, steigen in dieser Dekade in die Gruppe der größten Agglomerationen der Erde auf: Lagos (17 Mio. Einwohner), Karachi (16,2 Mio. Einwohner) oder Lahore (8,7 Mio. Einwohner). Und Istanbul wird im Jahr 2015 mit voraussichtlich 11,3 Mio. Einwohnern die größte Stadt Europas sein. Die mit atemberaubender Geschwindigkeit ablaufenden Verstärkerprozesse sind zum überwiegenden Teil Ausdruck nationaler und internationaler Migrationsströme, die vor allem in der Dritten Welt durch die Zerstörung der Lebensgrundlagen sowie halbfeudaler Besitzstrukturen in den ländlichen Räumen ausgelöst werden.^[2]

Allerdings ist die demographische Explosion nur ein Aspekt des „Zeitalters der Städte“. Durch die (vornehmlich) ökonomischen Prozesse, die unter dem Begriff der Globalisierung zusammengefasst werden – die Liberalisierung des Welt Handels, globale Vernetzung der Finanzmärkte, der Aufstieg von multinationalen Konzernen und nicht zuletzt die Revolution der Informationstechnologien^[3] – ist es nicht, wie Sozialwissen-

schaftler behaupteten^[4] zu dem Ende der Räumlichkeit und damit der Städte gekommen. Ganz im Gegenteil: Agglomerationen entwickeln sich zu Steuerungs- und Schaltzentralen der Weltwirtschaft; zu jenen Orten, an denen Globalisierung „gemacht“ wird. Die neue Bedeutung dieser Global Cities resultiert nicht mehr aus den klassischen Stadt-Umland-Beziehungen, sondern aus der Vernetzung mit der globalen Ökonomie, aus der Brücken- oder „Scharnierfunktion“ zwischen nationalen und globalen Märkten^[5].

Mega City und Global City – zwei unterschiedliche Bewertungskategorien für Städte, die trotz ihrer Unterschiedlichkeit auf die gleichen Wirkungsfaktoren, die räumliche Strukturierung durch globale Prozesse zurückgehen. Die Wolkenkratzer im Finanzzentrum von Manhattan und die endlosen Elendsviertel um Mexiko City – zwei Seiten ein und derselben Medaille? Zwei Kategorien, die nur selten auf eine Stadt zutreffen: eine Mega City (wie etwa Tianjin, China mit 9,4 Mio.) muss nicht unbedingt eine Global City sein, während umgekehrt eine Global City (wie etwa Basel mit 0,45 Mio. oder Hamburg 1,7 Mio. Einwohnern) keine Mega City sein muss.

Die Global Cities als Steuerungszentren der Weltwirtschaft stehen im Mittelpunkt dieses Beitrages. Und damit die zentrale Frage, wie die Investitionsbeziehungen zwischen diesen „Knotenpunkten der Weltwirtschaft“ hierarchische Beziehungen zwischen zentralen und peripheren Räumen entstehen lassen.

2 Die neue Bedeutung der Stadt in der Globalisierung

Das zentrale Element der prominenten Global-City-Theorie der US-Soziologin Saskia Sassen beruht auf der Verbindung des komplexen Wir-

kungsgefüges von Stadt und Globalisierung.^[6] Die Bedeutung der Global Cities liegt dabei in der Kontrolle und dem Management der globalisierten Weltwirtschaft, die durch die Konzentration von internationalen Finanz- und unternehmensorientierten Dienstleistungsunternehmen ermöglicht wird.^[7] Die Stadt als „Markt“ im Sinne Webers^[8] erhält eine neue Bedeutung: als Ort, an dem spezifische Informationen zur Steuerung und zur Bewältigung der Anforderungen des globalisierten Weltmarktes verfügbar sind.^[9] So meint Sassen: „Location thus has assumed a new type of importance, as some places will provide better access to information than will others“^[10]. Ausschlaggebend für diese globale Zentralität der Städte sind hoch spezialisierte Dienstleistungsbranchen, aufgrund deren spezifischen, nur an wenigen Orten verfügbaren Wissens multinationale Konzerne in der Lage sind, ihren ökonomischen Aktionsraum auf den gesamten Globus auszudehnen. Persönliche informelle Kontakte und Netzwerke zwischen so genannten „unternehmensorientierten“ Dienstleistungsunternehmen wie etwa Steuer-, Rechts-, Beratungs- und Finanzfirmen sind räumlich immobil und nicht beliebig verschiebbar; darüber hinaus müssen diese aufgrund ihres Spezialisierungsgrades räumlich konzentriert sein. Die Paradoxie der Entwicklung liegt darin, dass einerseits die Produktion von Gütern zunehmend dezentral in langen Wertschöpfungsketten über den gesamten Globus verstreut wird, während auf der anderen Seite die Kontrolle über diese Konzernnetzwerke und –verflechtungen in zunehmenden Maße räumlich zentralisiert werden.^[11]

Der Global-City-Ansatz von Sassen hat einen wichtigen Beitrag zu einem neuen räumlichen Verständnis von Globalisierung geleistet: die Weltwirtschaft muss als ein Netzwerk verstanden werden, in dem die ökonomischen Aktivitäten die Verbindungslinien, die Global Cities hingegen die Knoten darstellen.^[12] Diese „basing points“ bilden eine komplexe Hierarchie, wobei die Bedeutung vom jeweiligen Integrationsgrad (der Stärke, der Dauer, der Form und der Intensität der Verbindung) der Stadt in der Weltwirtschaft abhängt.^[13] Zwischen diesen Knoten fließen die Ströme der Weltwirtschaft: Rohstoffe, Waren, In-

formationen, Menschen und vor allem: Kapital. Letztgenannter wird dabei als wichtigstes (hierarchiebildendes) Bindeglied zwischen diesen Städten genannt: „World cities can be arranged hierarchically, roughly in accord with the economic power they command. They are cities through which regional, national, and international economies are articulated with the global capitalist system of accumulation. A city's ability to attract global investments ultimately determines its rank in the order of world cities. However, its fortunes in this regard, as well as its ability to absorb external shocks from technological innovations and political change, are variable“^[14].

Kapitalbasierte Kontrollverflechtungen sind also nicht nur Ausdruck der ökonomischen Macht einer Global City sowie der Position in einem globalen Städteranking, es ist auch Ausdruck ökonomischer Stabilität sowie der Fähigkeit an Innovationen zu partizipieren oder diese selbst zu entwickeln. Paradoxerweise erfolgte durch jüngere Vertreter des Global-City-Ansatzes keine Auseinandersetzung mit dem Begriff Geldkapital, der sehr unsystematisch verwendet wurde. Ebenso fehlen bis dato empirische Untersuchungen. Es ist also zu klären, welche Prozesse hinter der Kapitalmobilität stehen und welche Auswirkungen damit für die Entstehung räumlicher Ungleichgewichte verbunden sind. Konkret gefragt: Welche geldtheoretischen Ansätze sind für die Global-City Forschung brauchbar und anwendbar? Wie können durch Kapital(-beziehungen) hierarchische Beziehungen dargestellt werden?

3 Kapitalflüsse – eine hierarchische Raumbrücke?

3.1 Die Quantität und die Qualität des Geldes

Die klassische Raumwirtschaft beschränkt sich darauf, zwei Formen von Investitionskapital zu unterscheiden: mobiles Geldkapital und immobilisiertes Sachkapital.^[15] Sie folgt damit dem neoklassischen Geldparadigma, das auf dem Neutralitätspostulat des Geldes aufbaut: Kapital fließt von Region A in Region B, wodurch Ausstattungsunterschiede ausgeglichen werden und ein

Ausgleich räumlicher Unterschiede erreicht wird.^[16] Angesichts der realen Entwicklung regionaler Disparitäten wurde dieses mechanistische und vereinfachende Bild des interregionalen Ausgleiches als „sozioökonomisches Konstrukt“^[17] kritisiert. Denn das ökonomische Aktivitätspotential (d.h. die Verfügbarkeit sicherer Arbeitsplätze, Wachstum, Innovationsfähigkeit) einer Region wird maßgeblich von der Verwendung des in eine Region investierten Kapitals sowie von der Reinvestition der dort erwirtschafteten Gewinne bestimmt.^[18] Damit muss die schwierige Frage gestellt werden, was – im Sinne einer Region – „gutes“, was „schlechtes“ Geld ist.

So kann es auch dazu kommen, dass die Gewinnrückflüsse einer Region mittel- oder langfristig das ursprüngliche Investitionskapital übersteigen und zu einem Netto-Abfluss aus der Region führen. Damit würde eine Situation eintreten, die Karl Marx folgendermaßen umschrieben hat: „Er [der Kapitalist, RM] entlässt das Geld nur mit der hinterlistigen Absicht, seiner wieder habhaft zu werden. Es wird daher nur vorgeschossen“.^[19] Vor einer Verallgemeinerung sei jedoch gewarnt: denn es darf nicht davon ausgegangen werden, dass Kapitaltransfer zur Verstärkung regionaler Ungleichgewichte führen muss.

Dies zeigt anschaulich, dass für die Bewertung einer hierarchischen Beziehung zwischen zwei Regionen (oder zwei Global Cities) neben der Quantität, also dem Investitionsvolumen, auch die Qualität der Kapitalströme herangezogen werden muss. Ein möglicher Ansatzpunkt für eine Bewertung ist der Einfluss bzw. die Entscheidungsmacht des Investors, der als aktiv oder inaktiv charakterisiert werden kann: Der inaktive Investor stellt Kapital gegen Zins als Gegenleistung zur Verfügung, sein Anspruch ist unabhängig vom Unternehmensgewinn; es handelt sich hier in der Regel um Kreditkapital (Abb. 1). Der aktive Investor ist hingegen mit seiner Entscheidungsmacht in den betrieblichen Ablauf eingebunden, sein Anspruch ist vom Unternehmensgewinn abhängig; es handelt sich um Beteiligungen oder Aktionäre.^[20] Die Dimension der Entscheidungsmacht betrifft in der Realwirtschaft in erster Linie das mobile Geld-

kapital und determiniert auch dessen Mobilitätseigenschaften: „Die Mobilitätseigenschaften dieses zu investiven Zwecken bereitstehenden Kapitals hängen ... davon ab, ob der jeweilige Entscheidungsträger einem anderen solche Mittel überlässt oder aber selbst über die Transformation in Sachkapital entscheidet“.^[21]

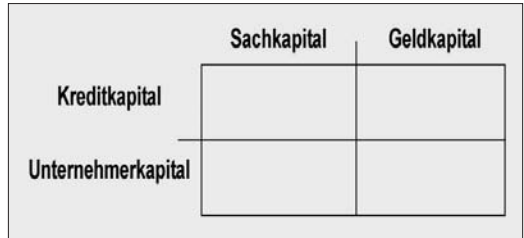


Abb.1: Differenzierung von Kapital (Klöppel 1973, 17-19)

Für die Bewertung von Investitionskapital als Grundlage für hierarchische Raumbeziehungen sind drei Eigenschaften zu nennen:^[22]

- Erstens die Quantität, der Umfang der getätigten Investition.
- Zweitens die Qualität, die Struktur der Kapitalströme. Damit sind beispielsweise die „Branchenzugehörigkeit“ des Investitionskapitals oder die Kreditkondition gemeint. Kurz, welches Kapital in welcher Form, zu welchen Konditionen zur Verfügung steht.
- Die dritte Dimension umfasst die Richtung des Kapitals, womit der Nettokapitalfluss der Investition gemeint ist. D.h. ob eine Investition von Region A nach Region B nicht langfristig zu einem Kapitalrückfluss von Region B nach Region A führt.

3.2 „Geldneutrale“ Investitionsverflechtungen?

Mit der Perspektive der Geldqualität stellt sich die Frage, ob Investitionsverflechtungen der Global Cities durch neutrales Geld (im Sinne des Freigeldes von Silvio Gesell) beeinflusst werden würden. Hier sind drei Aspekte anzuführen: Unternehmensverflechtungen (mikroökonomische Perspektive), das globale Finanzsystem (makroökonomische Perspektive) sowie die regionale Ebene (regionalökonomische Perspektive).

Unternehmensverflechtungen:

Gegenseitige Beteiligungen zwischen internationalen Unternehmen entstehen in der Regel aus dem Motiv, Zugang zu neuen Absatzmärkten zu gewinnen, Marktanteile zu erhöhen oder das Know-How anderer Unternehmer zu „kaufen“; allesamt strategische Entscheidungen, die in keinerlei Hinsicht durch das Geldsystem motiviert oder beeinflusst sind; allerdings ist die Organisationsstruktur und die Expansion internationaler Konzerne durchaus als eine Folge makroökonomischer Rahmenbedingungen zu sehen.

Globales Geldsystem:

Übernahmen internationaler Konzerne sind sicherlich kein neues Phänomen, jedoch haben neue, institutionelle Anleger zu einer Beschleunigung des Fusions-Boom der 1990er Jahre geführt; dieser ist Ausdruck der Macht, die dem Management von Rentenfonds in die Hände gefallen ist, Unternehmensleitungen dahingehend zu beeinflussen, Entscheidungen ausschließlich nach der Gewinnsteigerung (share holder value) zu treffen; eine Beschleunigung des Unternehmenswachstums durch Fusion ist damit zu einer zentralen Unternehmensstrategie geworden.

Regionalökonomie:

Wie noch gezeigt wird (Abschnitt 3.4) haben Unternehmensverflechtungen einen signifikanten Einfluss auf die Entwicklung von Regionen, wobei diese zwar im Kontext des übergeordneten Geld- und Wirtschaftssystems gesehen werden müssen. Nicht „das Geld“ selbst, sehr wohl aber dessen Rahmenbedingungen und das institutionelle Umfeld (wie etwa die Liberalisierung des Welthandels) sind es, die den Wachstums- und Wettbewerbsdruck für Unternehmen bestimmen. Ob innerhalb eines Landes eine räumliche Konzentration in den Zentren stattfindet, hängt darüber hinaus auch in hohem Maße von der Einstellung und vor allem von dem Willen der relevanten Akteure in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, von der Öffentlichkeit insgesamt ab.^[23]

3.3 Kapitalbasierte Kontrollverflechtungen

Eine Form von Kapitalströmen, die unternehmerische Kontrollverflechtungen abbildet, sind

ausländische Direktinvestitionen. Diese werden als langfristige Investition charakterisiert, mit denen ein strategisches Interesse sowie die unternehmerische Kontrolle des Investors verbunden ist; in diesem Sinne definiert die österreichische Nationalbank ausländische Direktinvestitionen folgendermaßen: „Demgemäß versteht man unter ausländischen Direktinvestitionen Kapitalanlagen, die Investoren in der Absicht vornehmen, um mit einem Unternehmen in einem anderen Land eine dauernde Wirtschaftsbeziehung herzustellen und aufrecht zu erhalten, wobei gleichzeitig die Absicht besteht, auf das Management dieser Firma einen spürbaren Einfluss auszuüben“.^[24]

Kontrollverflechtungen zwischen Konzernen haben vor allem in den 1990er Jahren einen regelrechten Boom erlebt, der durch erhebliche Konzentrationstendenzen gekennzeichnet ist. Weltweit betrachtet lag der Umfang der neun größten Übernahmen im Jahr 1997 bei 135 Mrd. USD, im folgenden Jahr sogar 536 Mrd. USD; er machte damit 23 Prozent des weltweiten Fusions- und Übernahmeverolumens aus.^[25]

Der Ansatz des „regionalen Kontrollpotentials“ trägt dieser Entwicklung Rechnung, es werden dabei die räumlichen Unternehmenshierarchien zwischen den Regionen untersucht. Die entscheidende Größe ist die Bilanz zwischen kapitalbasierten Kontrollverflechtungen, die von der Region ausgehen bzw. die in die Region eingehen (aktive und passive Kontrollverflechtung), also der Saldo interregionaler Kontrollbeziehungen.^[26] Die Kontrollbilanz einer Region kann somit etwa aus dem Anteil der extern kontrollierten Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung errechnet werden.^[27] Grundsätzlich können drei idealtypische Regionen nach ihrer Kontrollbilanz unterschieden werden, wobei die Übergänge fließend sind:

- Regionen mit *aktiver* Kontrollbilanz weisen einen hohen Anteil an Betrieben auf, die gegenüber Unternehmen in anderen Regionen eine beherrschende Funktion ausüben.
- Genau umgekehrt stellt sich die Situation in Regionen mit *passiver* Kontrollbilanz dar: Während nur wenige Betriebe in einer kontrollierenden Position sind, ist die überwiegende Zahl der

Unternehmen in einer regionsextern abhängigen Funktion.

- Der dritte Typus ist die Region mit *neutraler* Kontrollbilanz; es herrschen Betriebe vor, die entweder regionsintern kontrolliert werden oder selbstständig sind.

3.4 Raummuster der Kontrollverflechtungen

Empirische Untersuchungen zu räumlichen Kontrollverflechtungen werden nur selten durchgeführt und finden darüber hinaus aufgrund der schwierigen Datenlage nur auf subnationaler Ebene statt.^[28] Bemerkenswert ist allerdings, dass trotz unterschiedlicher Methodiken und unterschiedlichen Erhebungszeiträumen großteils übereinstimmende Ergebnisse erzielt wurden, die folgendermaßen zusammengefasst werden können:

- Die externe Abhängigkeit von Unternehmen ist räumlich relativ gleich verteilt, unabhängig ob es sich dabei um periphere, strukturschwache oder um hoch verdichtete Wachstumsregionen handelt. Ein ganz anderes Bild zeigt sich hingegen auf „der anderen Seite“ der Kontrollbeziehungen, bei der räumlichen Verteilung des aktiven oder positiven Kontrollpotentials: Ökonomische Dominanz ist hochgradig räumlich konzentriert, sie geht zum überwiegenden Teil von wenigen, großen Verdichtungsräumen aus. Der Saldo, die Kontrollbilanz, bestätigt diese Einschätzung: Die Beherrschung geht von den städtischen Regionen aus, während ländliche Gebiete eine deutlich negative Kontrollbilanz aufweisen.

- Die räumlichen Muster der Kontrollbeziehungen zeigen weiters, dass zwischen den hochverdichteten Regionen starke gegenseitige Verflechtungen bestehen, wobei ein erhebliches Maß an Kontrolle von sehr wenigen Zentren ausgeht. Im Falle Deutschlands sind für die 1980er Jahre vor allem München, Stuttgart, Hamburg und Frankfurt zu nennen.^[29] Ebenso dominieren regionale Mittelzentren durch Kontrollverflechtungen das jeweilige Umland, wobei deren räumliche Reichweite geringer ist als jene der großen städtischen Agglomerationen.

3.5 Strukturelle Wirkungen

Untersuchungen für die USA, Deutschland oder Österreich^[30] zeigten, dass hierarchische Beziehungen zwischen einem Mutterkonzern und abhängigen Beteiligungsunternehmen zu unterschiedlichen regionalen Entwicklungspotentialen führen. Durchgängig wurde festgestellt, dass ein Mutterunternehmen von einer erfolgreichen Expansion eines untergeordneten Tochterunternehmens mit profitiert.^[31] Im Gegenzug laufen im Falle einer Stagnation Tochterunternehmen überproportional häufig in Gefahr, mit Personalreduktionen oder gar Standortschließungen konfrontiert zu werden.^[32] Diese Einschätzung wird von mehreren Unternehmensbefragungen bestätigt. So zeigt sich, dass Konzernzentralen (also Unternehmen, die Niederlassungen in Ausland erwerben oder sich zumindest beteiligen) betriebswirtschaftliche Rückschläge leichter abfangen können als Einbetriebsunternehmen.^[33] Es ist daher auch wenig überraschend, dass Unternehmenszentralen ihre zukünftige Entwicklung besser beurteilen als Zweigbetriebe. In einer Untersuchung gaben von 244 befragten österreichischen Unternehmen 13,6 Prozent eine positive Einschätzung über ihre zukünftige Entwicklung an. Hingegen lag der Vergleichswert der Unternehmenszentralen bei 25 Prozent, jener der restlichen Betriebe (Einbetriebs- oder Tochterunternehmen) nur bei 10 Prozent.^[34] Diese eher gedämpfte Einschätzung kann auch dadurch erklärt werden, dass Zweigbetriebe (zu 12,8 Prozent) in der Vergangenheit schon Erfahrungen mit dem Verlust von Funktionskompetenzen gemacht haben.^[35]

Die auf die regionale Ebene ausgerichteten Untersuchungen bestätigen die Ergebnisse von Betriebsbefragungen. Die „Kontrollstruktur“ einer Region beeinflusst sowohl das Qualifikationsniveau der Erwerbstätigkeit als auch die Funktionalstruktur signifikant. So konnten Gräber et al nachweisen, dass Regionen mit aktivem Kontrollpotential hinsichtlich Qualifikation, Wachstum und Stabilität der Beschäftigung sowie bei den Durchschnittslöhnen über günstigere Eigenschaften verfügen als beherrschte Regionen. „Durchgängig zeigt sich, dass die Existenz von Beherrschung in irgendeiner Form mit einem

höheren Angestelltenanteil und einem höheren Qualifikationsniveau verbunden ist.“^[36] Beteiligungs- oder Beherrschungsstrukturen sind Ausdruck einer asymmetrischen Beziehung, die zu einem Auseinanderfallen von Wertschöpfungserbringung und Wertschöpfungsverfügung führen kann. „Der ‚Beherrschungs-Überschuss‘ einer Stadtregion [...] kann sich in einen ‚Aneignungs-Überschuss‘ umsetzen, wenn der Entzugseffekt bei Profiten und anderen Besitzeinkommen größer ist als die Reinvestition in die Entzugs-Region“.^[37] Damit bilden Beherrschungsverhältnisse zwischen Stadtregionen, insbesondere wenn diese einseitig sind, eine Grundlage für Transferbeziehungen, die zu einer Verfestigung oder Verstärkung von regionalen Ungleichgewichten führen können.

Mit diesem Ansatz des „regionalen Kontrollpotentials“ wird die Notwendigkeit eines Geldansatzes deutlich, der auf der heterodoxen Nichtneutralität des Geldes aufbaut und eine Differenzierung nach qualitativen Kriterien einfordert. Ausgehend von dem Anspruch, Geldkapital (in Form von Unternehmensbeteiligungen) als potentielle Quelle von hierarchischen Verflechtungen zu sehen, werden die wesentlichen Ergebnisse einer Studie vorgestellt, die ausländische Direktinvestitionen der Stadtregion Wien in Europa untersucht hat.

4 Wien: eine Drehscheibe zwischen Europas Zentrum und Peripherie?

Die Ergebnisse der hier vorgestellten Studie basieren auf einem Datensatz von 12.230 regionalisierten Direktinvestitionen, die zwischen der Stadtregion Wien und insgesamt 145 ausländischen Standorten durchgeführt wurden.^[38] Dabei werden Investitionen nach ihrer Richtung differenziert: „aktive“ Investitionen gehen von Wien an ausländische Standorte, „passive“ werden von ausländischen Unternehmen in Wien getätigt. Eine entscheidende Größe für die Bewertung einzelner Standorte wird daher die Bilanz dieser beiden Werte sein, die die Asymmetrie und damit die hierarchische Verflechtung zwischen den jeweiligen Standorten zum Ausdruck bringen. Der Untersuchungszeitraum um-

fasst 13 Jahre von 1989 bis 2001 – und damit jene Dekade, in der die Stadt Wien bedeutsame geopolitische Umbrüche erlebte: der Fall des Eisernen Vorhanges, die gesellschaftliche Transformation in den östlichen Nachbarländern, der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union sowie die sich damals abzeichnende Osterweiterung der EU.^[39] Angesichts dieser Entwicklungen drängt sich die Frage auf, ob Wien an seine alte Rolle als ein den Donauraum ökonomisch dominierendes Zentrum anschließen kann und dadurch der Status dieser Stadt als Global City aufgewertet wurde.

4.1 Bewertung von Wiens Kontrollpotential

Die kapitalbasierten Kontrollverflechtungen zwischen Wien und ausländischen Standorten haben in den 1990er Jahren eine beträchtliche Steigerung erfahren, wobei sowohl die Bedeutung der Stadt als Ausgangspunkt (aktive Investitionen zwischen 1991 und 2001: von 2,2 auf 17,9 Mrd. Euro) als auch als Zielstandort (passive Beteiligungen zwischen 1991 und 2001: von 5,6 auf 21,6 Mrd. Euro) von Investitionen zugenommen hat. Wenn auch die aktivseitige Expansion in allen untersuchten Regionen stattgefunden hat, so nehmen doch die osteuropäischen Märkte eine besondere Stellung ein, denn deren Beitrag zum Anstieg der aktiven Investitionen war mit 32,6 Prozent (oder 5 Mrd. Euro) beträchtlich. Bei der Herkunft der passiven Investitionen sind nach wie vor Deutschland und Westeuropa sehr dominierend, womit die Kontrollbilanz Wiens trotz der Expansion an den osteuropäischen Märkten negativ geblieben ist.

Die qualitative Struktur der Investitionen zeigt erhebliche Unterschiede zwischen den aktiven und passiven Beteiligungen: Bei den passiven Investitionen in Wien fand eine Entkopplung von Beschäftigung und Investitionsvermögen statt. Während der Beschäftigungsstand der aktiven Investitionen zwischen 1991 und 2001 um rund 121.000 Arbeitsplätze wuchs, betrug das passivseitige Nettowachstum in Wien – bei einem Anstieg der Beteiligungsvolumen von 16 Mrd. Euro! – gerade rund 9.000 Beschäftigte.

Es scheint, als wären die in Wien getätigten Investitionen nicht in der Lage neue Beschäftigung zu schaffen. Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass ausländische Konzerne in Wien keine Neugründungen sondern überwiegend Fusionen mit bestehenden Unternehmen durchführen (wie etwa die bayrische HVB 1997 die BankAustria-Creditanstalt übernommen hat).

Die Gewinnstruktur und Rentabilität der Investitionen zeigt für Wien ebenso eine eher ungünstige Bilanz: Sowohl die Gewinne in absoluten Zahlen (aktiv 2001: 1,9 Mrd, passiv 2001: 770 Mio Euro), als auch die Rentabilität (gemessen am Gewinnanteil am Eigenkapital) ist passivseitig (9,1 Prozent) doppelt so hoch wie aktivseitig (5,1 Prozent). Auch hier spielen die osteuropäischen Standorte für Wien eine immens wichtige Rolle: Denn immerhin 43 Prozent aller erwirtschafteten Gewinne der aktivseitigen Investitionen kommen aus dieser Region. Weiters übersteigen die Gewinnrückflüsse aus Wien an die ausländischen Mutterkonzerne (passiv 2001: 104,7 Prozent der Gewinne werden an die ausländische Mutter überstellt) die Zuflüsse an die Unternehmenszentralen in Wien (aktiv 2001: 67,7 Prozent der Gewinne werden an die Wiener Mutter überstellt). Der Saldo der Kapitalbeziehungen, also das regionale Kontrollpotential Wiens, ist zwar nur leicht negativ; die Qualität der Beziehungen kann insgesamt betrachtet als nicht sehr günstig eingestuft werden – wobei festgehalten werden muss, dass die osteuropäischen Standorte einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der qualitativen Bilanz Wiens leisten.

4.2 Bewertung der regionalen Investitionsverflechtungen

Die insgesamt 145 aktiven und passiven Investitionsstandorte weisen eine doppelte räumliche Konzentration auf: erstens liegen nur 12 Standorte außerhalb Europas und selbst innerhalb Europas konzentrieren sich die meisten Standorte auf die unmittelbaren Nachbarländer. Und auch dort konzentriert sich das Beteiligungskapital auf wenige Standorte; im zeitlichen Verlauf gewinnt es sogar noch mehr an Bedeutung: 1991 flossen 39,6 Prozent aller Inves-

tionen von 10 ausländischen Standorten nach Wien, 2001 lag der Wert derselben Städte bei 67,1 Prozent. Bei den aktiven Investitionen zeigt sich ein sehr ähnliches Muster (1991 41,7 Prozent, 2001 66,9 Prozent von 10 Standorten).

Die Bilanzen der Investitionsbeziehungen zu den einzelnen Standorten sind durch erhebliche Asymmetrien gekennzeichnet, die eindeutige räumliche Muster zeigen. In Abbildung 2 (s. S. 10) sind die gewichteten Bilanzen der Gewinne für die einzelnen Standorte in Europa interpoliert, wobei die graue Signatur den Übergang von der positiven (hellgrau) zur negativen (dunkelgrau) Kontrollbilanz aus der Sicht Wiens darstellt: Während vor allem gegenüber den Standorten des nordwesteuropäischen Zentralraumes (von Wien aus gesehen) negative Bilanzen vorherrschen, nimmt die Donaumetropole gegenüber den Standorten in den mittel- und osteuropäischen Nachbarländern eine eindeutig dominierende Position ein. Auch konnte eine beachtliche zeitliche Persistenz der Kontrollverflechtungen festgestellt werden: kaum ein Standort erlebte einen Wechsel des „Vorzeichen“ seiner Kontrollbilanz, vorhandene Ungleichgewichte wurden tendenziell verstärkt. Die West-Ost-Brückenfunktion Wiens hat sich in dem Untersuchungszeitraum beträchtlich ausgeweitet, wobei die Expansion an den osteuropäischen Standorten nicht ausreichte, die Dominanz westeuropäischer Standorte gegenüber Wien zu kompensieren.

Von den 145 Investitionsstandorten sind aus der Literatur nur 61 als Global Cities zu identifizieren, wobei diese in drei Gruppen, als hoch-, mittel- und niederrangige Global Cities eingestuft wurden.^[40] Differenziert man das Kontrollpotential nach diesen drei Gruppen und weiters nach der Zeit, so zeigt sich dass gegenüber den hochrangigen Global Cities (etwa New York, London, Frankfurt oder Tokio) eine negative Bilanz (von Wien ausgesehen) vorherrscht, die in der Dekade der 1990er Jahre auch noch zugenommen hat. Hingegen hat die positive Kontrollbilanz gegenüber den niederrangigen Global Cities (etwa Barcelona, Bratislava, Dresden oder Athen) zugunsten Wiens zugenommen. Somit hat zwar die Stärke der Einbindung Wiens in die globale Wirtschaft zugenommen, dies hat aller-

dings auch zu einer stärkeren Ausprägung der asymmetrischen Kontrollverflechtungen geführt. In der globalen Städtehierarchie konnte sich

Wien als Regionalzentrum für Mittel- und Osteuropa etablieren, seine globale Stellung blieb davon aber unberührt.

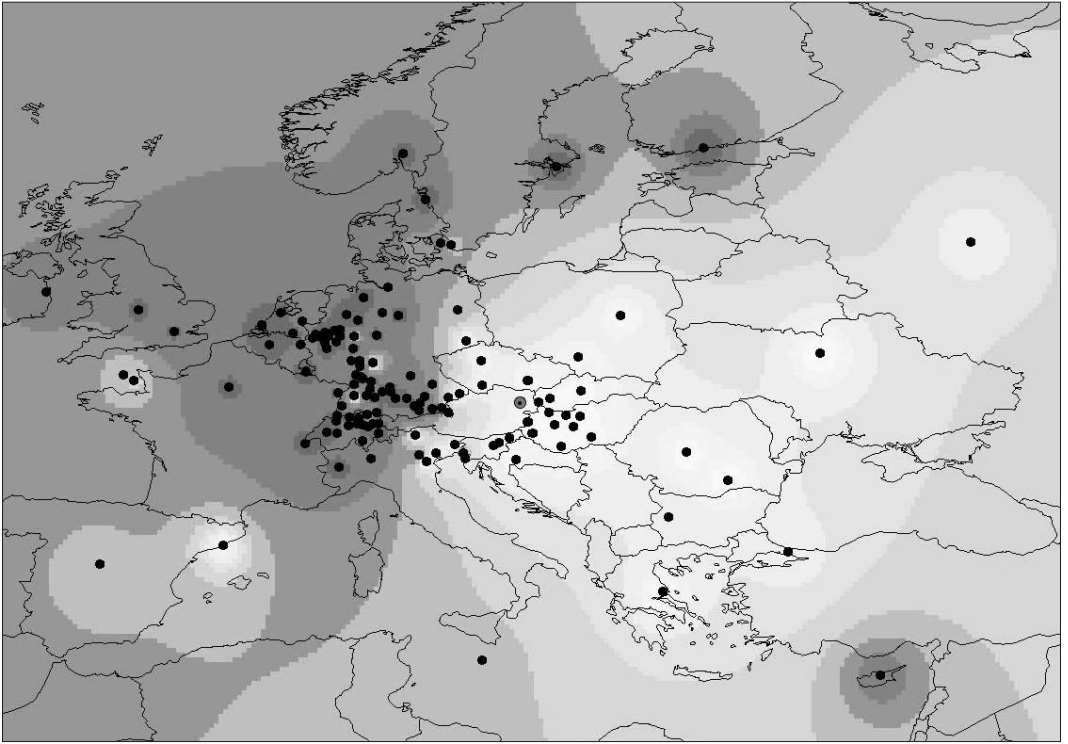


Abb. 2: Die Qualität des Geldes als Ausdruck von Zentrum und Peripherie, hier am Beispiel von Wiens „Vorland“ und „Hinterland“ (Interpolation der Bilanz der Gewinne, gewichtet nach der Asymmetrie des Eigenkapitals).

5 Wien: eine Metropole der Semiperipherie?

Aus den Ergebnissen der Untersuchung lassen sich sowohl konzeptionell-theoretische als auch empirische Konsequenzen ableiten. Für das Verständnis der Weltwirtschaft mit ihren Verflechtungen zwischen den dominierenden Zentren und abhängigen peripheren Räumen ist es notwendig, einen umfassenderen Kapitalbegriff anzuwenden als die neoklassische Wirtschaftslehre und Standortwissenschaft. Geld ist kein „neutraler Produktionsfaktor“; er verfügt über eine qualitative Dimension, die für das Entwicklungspotential von Städten und Regionen von enormer Bedeutung ist. Das Kontrollpotential ist ein wichtiger Indikator dafür, ob erwirtschaftete

Gewinne an dem Standort reinvestiert oder abgezogen werden. Weiters zeigt die Studie über Wien, dass die netzwerkartige Weltwirtschaft hochgradig konzentriert und durch vorrangig asymmetrische Verflechtungen gekennzeichnet ist. Das Netzwerk der Global Cities macht auch deutlich, was ökonomische Globalisierung konkret bedeutet: keine Verbrüderung der Welt mit sich selbst, keine „Umarmung“ durch Handel, sondern eine kalkulierte hierarchische Ordnung, in der es ein eindeutiges „oben“ und „unten“ gibt.

Der von dem Sozialhistoriker Braudel geprägte Begriff der „Relaisstadt“^[41] als Bindeglied zwischen Zentrum und Peripherie der Weltwirtschaft dürfte für das hier untersuchte Fallbei-

spiel Wien in hohem Maße zutreffen. Die „Internationalisierungsphase“ der 1990er Jahre hat Wien zwar nicht zu einer Global City werden lassen, allerdings dürfte ihre Rolle als halb- oder semiperipherer Brückenkopf für Osteuropa unumstritten sein.

Literatur

- Braudel, F. (1986): Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. Aufbruch zur Weltwirtschaft. München.
- Castells, M. (2001): Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Teil 1 der Trilogie. Das Informationszeitalter. Opladen.
- Feldbauer, Peter und Parnreiter, Christof (1997): Megastädte – Weltstädte – Global Cities. In: P. Feldbauer, K. Husa, E. Pilz, I. Stacher (Hrsg.): Mega-Cities. Die Metropolen des Südens zwischen Globalisierung und Fragmentierung. Seite 9 bis 20.
- Friedmann, J. und Wolff, G. (1982): World city formation, an agenda for research and action. International Journal of Urban and Regional Research, 1982/6/3, S. 309-344.
- Friedmann, J. (1986): The world city hypothesis. Development and Change, 1986/17, S. 69-83.
- Gräber, H., Holst, M., Schackmann-Fallis, K.-P. und Spehl, H. (1986): Neuorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik? Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hg.), Informationen zur Raumentwicklung. Heft 9/10.1986, S. 679-694.
- Gräber, H., Holst, M., Schackmann-Fallis, K.-P. und Spehl, H. (1987): Externe Kontrolle und regionale Wirtschaftspolitik. Berlin.
- Klage, B. und Martin, R. (2005): Decentralised versus centralized financial systems: is there a case for local capital markets? In: Journal of Economic Geography 2005.
- Klöppel, W. (1973): Die Mobilität des privaten Kapitals und ihre Bedeutung für die Regionalpolitik. Münster.
- Knoll, N. (2004): International orientierte Unternehmen in Österreich. Rahmenbedingungen für Steuerungsfunktionen und Forschungskompetenz. Wien.
- Krätke, S. (1995): Stadt – Raum – Ökonomie. Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie. Basel.
- Krätke, S. und Borst, R. (2000): Berlin – Metropole zwischen Boom und Krise. Opladen.
- Krätke, S. (2001). Globalisierung, Weltstädte und Globalizing Cities. Ansätze und Ergebnisse der Forschung zum Phänomen der Global City. S. 1-23. (<http://www.kraetke.privat.t-online.de/>, 21. März 2002)
- Krätke, S. (2004): Berlin – Stadt im Globalisierungsprozess. Geographische Rundschau, 2004/4, S. 20-25.
- Marx, K. (1957[1858]): Das Kapital. Stuttgart.
- Mayerhofer, P. (2000): Tertiärisierung und Wirtschaftsdynamik. Wachstumsbarrieren im Dienstleistungssektor in Wien? Wien.
- Musil, R. (2005): New patterns of economic city-to-city-relations: Vienna and locations in Middle-East Europe. In: Competition between Cities: Chances and Risks of Cooperation. R. Giffinger et al. (Hg.), Wien.
- Musil, R. (2005b): Wien in der internationalen Städtehierarchie: Von der West-Ost-Drehseibe zur Global City? In: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft 147/2005, Seite 161-186.
- Nuhn, H. (2001): Megafusionen. Neuorganisation großer Unternehmen im Rahmen der Globalisierung. Geographische Rundschau, 2001/7-8, S. 16-25.
- O'Brian, R. (1994): Global financial integration: the end of geography. New York.
- OeNB (Hg.), (1994): Direktinvestitionen. Unterlage zum Fachgespräch am 16. September 1994. Wien, Österreichische Nationalbank.
- OeNB (Hg.), (2001): Österreichische Investitionen im Ausland und ausländische Investitionen in Österreich. Stand per Ende 1999. Statistisches Monatsheft 6/2001. Wien, Österreichische Nationalbank.
- Pred, A. (1977): City Systems in Advanced Economies. London.
- Sassen, S. (1991): The Global City: London, New York, Tokyo. Oxford.
- Schätzl, L. (2002): Wirtschaftsgeographie 1. Theorie. Paderborn.
- Schätzl, L. (2001): Wirtschaftsgeographie 2. Empirie. Paderborn.
- Schmee, J. und Weigl, A. (1999): Von der Vollbeschäftigung in die Krise – der Wiener Arbeitsmarkt seit 1945. J. Weigl und A. Schmee (Hg.), Wiener Wirtschaft 1945-1998. Wien. S. 71-96.
- Smith, D. A. und Timberlake, M. (1995): Conceptualising and Mapping the Structure of the World System's City System. Urban Studies, 32, S. 287-302.
- Smith, D. A. und Timberlake, M. (1995b): Cities in global matrices: toward mapping the world-system's city system. P. L. Knox (Hg.). World cities in a world-system. Cambridge. S. 79-97.
- Schönebeck, C. (1996): Wirtschaftsstruktur und Regionalentwicklung. Theoretische und empirische Befunde für die Bundesrepublik Deutschland. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, 75. Dortmund.
- Taylor, P. J. (2004): World city network. A global urban analysis. London, New York.
- Verdier, D. (2002): Moving Money. Banning and Finance in the Industrialized World. Cambridge.
- Weber, M. (2000[1922]MWS1-22): Wirtschaft und Gesellschaft. Die Stadt. Tübingen.
- **Internetquellen** (15. März 2006)
 - <http://www.un.org/esa/population/publications/wup2003/2003WUPHighlights.pdf>
 - http://www.un.org/Pubs/chronicle/2002/issue3/0302p36_urbanization.html

Anmerkungen

- [1] <http://www.un.org/esa/population/publications/wup2003/2003WUPHighlights.pdf> sowie http://www.un.org/Pubs/chronicle/2002/issue3/0302p36_urbanization.html
- [2] Feldbauer und Parnreiter 1997, S. 14.
- [3] Castells 2001, S. 467.
- [4] O'Brian 1994.
- [5] Sassen 1991 sowie Friedmann 1986.
- [6] Gerhard 2004, S. 4.
- [7] Sassen 1991, S. 91.
- [8] Weber 2002, S. 2.
- [9] Sassen 1991, S. 101.
- [10] Sassen 1991, S. 110.
- [11] Sassen 1991, S. 3.
- [12] Der Ansatz, die Weltwirtschaft als ein Netzwerk zu verstehen, wurde allerdings schon lange vor ihr von Hall (1966), Friedmann und Wolf (1982) sowie Friedmann (1986), vor allem aber von Castels (vgl. 2001) vertreten.
- [13] Smith und Timberlake 1995b, S. 81.
- [14] Friedmann 1993, 7; zitiert nach Smith und Timberlake 1995, S. 292.
- [15] Schätzl 2002, S. 102.
- [16] Schönebeck 1996, S. 36.
- [17] Verdier 2002 xii.
- [18] Schätzl 2001, S. 114f.
- [19] Marx [1858] 1957, S. 112.
- [20] Klöppel 1973, S. 17.
- [21] Klöppel 1973, S. 16.
- [22] Klöppel 1973, S. 18.
- [23] Klage und Martin 2005.
- [24] OeNB 2001, S. 6.
- [25] Nuhn 1991, S. 16.
- [26] Gräber et al 1986, S. 680.
- [27] Krätke 1995, S. 113.
- [28] Gräber et al 1986 für Westdeutschland, Pred 1977 für die USA sowie Krätke 2000 für Deutschland.
- [29] Gräber et al 1986, S. 686.
- [30] Für Österreich eine aktuelle WIFO-Studie von Knoll (Knoll 2004).
- [31] Pred 1977, S. 104-105.
- [32] Krätke 2004, S. 21.
- [33] OeNB 1994, S. 26.
- [34] Knoll 2004, S. 16.
- [35] Knoll 2004, S. 19.
- [36] Gräber et al 1986, S. 689.
- [37] Krätke 1995, S. 115.
- [38] Detailliertere Ergebnisse wurden publiziert in: Musil 2005a und 2005b.
- [39] Vgl. Schmee und Weigl 1999 sowie Mayerhofer 2000.
- [40] Taylor 2004, S. 34 – 39.
- [41] Braudel 1986, S. 18ff.

Fördert Regiogeld eine nachhaltige Regionalentwicklung?

Muriel Herrmann

1. Einleitung

Der politische und gesellschaftliche Wandel in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung verläuft langsam. Viele internationale Verhandlungen laufen darauf hinaus, sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu einigen. Durch die Globalisierung der Märkte und die internationale Konkurrenzsituation wird es immer schwieriger für die Nationalstaaten, soziale und ökologische Ziele zu verfolgen, ohne dadurch vom internationalen Finanzsystem benachteiligt zu werden. Eine Chance besteht, wie schon auf der Rio-Konferenz festgehalten wurde, in einer Lokalisierung und Regionalisierung.

Auf lokaler und regionaler Ebene existieren zahlreiche Ansätze, eine nachhaltige Entwick-

lungsrichtung zu fördern und insbesondere den wirtschaftlichen Konkurrenzdruck zu mildern. Darunter fallen Projekte der Agenda 21 und die Tauschring-Bewegung. Diesen Projekten gelingt es jedoch nicht, im Gros der Bevölkerung eine Aufbruchstimmung in Richtung Nachhaltigkeit zu erzeugen. Eine neue Idee in diesem Bereich ist die Einführung eines regionalen Geldes auf Gutschein-Basis.

2. Regiogeld im deutschsprachigen Raum

Regiogeld gibt es in Deutschland erst seit ca. fünf Jahren – und es ist ein noch kaum erforschtes Feld. Es gibt momentan 17 Regiogeld-Initiativen (RGIs), die Regios herausgeben, und ca. 20 Initiativen, die dies vorbereiten.

	<i>Name des Regios</i>	<i>Region</i>	<i>Ausgabe-Beginn</i>
1	Roland	Bremen	September 2001
2	Chiemgauer	Landkreise Rosenheim + Traunstein	Januar 2003
3	Justus	Giessen	November 2003
4	Kann-Was	Löptin - Schleswig-Holstein	Januar 2004
5	Sterntaler	Berchtesgadener Land	April 2004
6	MARKgräfler	Heitersheim	Oktober 2004
7	Urstromtaler	Güsen - Sachsen-Anhalt	Oktober 2004
8	Kirschblüte	Witzenhausen	Oktober 2004
9	Hallertauer	Pfaffenhofen	November 2004
10	Carlo	Karlsruhe	Januar 2005
11	Regio im Oberland	Wolfratshausen	Januar 2005
12	Berliner	Berlin	Februar 2005
13	Styrrion	Graz, Österreich	April 2005
14	Brodeinheit	Altenkirchen	April 2005
15	Waldviertler	Waldviertel, Österreich	Mai 2005
16	Volmetaler	Hagen	Oktober 2005
17	Bürgerblüte	Kassel	April 2006

Tabelle 1: Übersicht über RGIs, die mit der Ausgabe von Gutscheinen begonnen haben.

Die meisten RGIs sind bereits im Regiogeld e.V.^[1], der Nachfolge-Organisation des Regionetzwerks, organisiert, wodurch sie ihre Gemeinwohlorientierung dokumentieren sowie die gemeinsame Zielsetzung, sich für die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe mit positiven ökologischen und sozialen Nebeneffekten einzusetzen. Gleichzeitig sollen Lernprozesse in Bezug auf das Geldwesen, dessen Wirkungsweise und konstruktive Veränderungsmöglichkeiten angestoßen werden.

Die Initiativen unterscheiden sich in ihren genauen Regelwerken, z.B. in der Deckung ihrer Gutscheine und in ihren Organisationsformen. Den meisten Initiativen ist gemeinsam, dass ihre Gutscheine mit einer Rücktauschgebühr belegt sind, wodurch die regionale Weitergabe des Gutscheins begünstigt wird. Desweiteren sind sie mit einer Liquiditätsgebühr belegt, einer Abwertung des Gutscheins in bestimmten Zeiträumen, was dazu führt, dass die Gutscheinbesitzer sie schnell weitergeben.

Um eine genauere Vorstellung von den RGIs und ihren Wirkungsweisen zu bekommen, wurden Fallstudien über die beiden bislang etabliertesten RGIs angefertigt. Die Etablierung misst sich an der Anzahl der Beteiligten und an der sich im Umlauf befindlichen Regiogeldmenge. Aus den Fallstudien wurden theoretische Potenziale der RGIs abgeleitet. Im Oktober 2004 wurde eine Befragung der beteiligten Unternehmen durchgeführt, die Aufschluss über die Ausschöpfung der Potenziale gibt. Dabei wurden 167 Unternehmer mittels eines voll standardisierten Fragebogens befragt. Die Rücklaufquote lag bei 38%. Die Auswertung erfolgte in einer Diplomarbeit der Autorin über Mittelwertvergleiche der

in der 5-Punkte-Lickert-Skala standardisierten Fragen (Hermann 2005).

3. Fallstudien

Die Chiemgauer-Initiative

Die Chiemgauer-Initiative startete vor über drei Jahren als Schülerunternehmen der Waldorfschule Prien unter Leitung des Lehrers Christian Gelleri. Seitdem ist sie kontinuierlich gewachsen. Die Hauptarbeit wird mittlerweile vom Verein und seinen Regional-Gruppen, die in den Teilregionen aktiv sind, getragen (vgl. Gelleri 28.03.05). Vielen RGIs in anderen Regionen dient der Chiemgauer als Vorbild.

Jedes Mitglied des Vereins kann Chiemgauer gegen Euro erwerben. Für 100 Euro bekommt man 100 Chiemgauer^[2]. Mit ihnen kann das Mitglied in den beteiligten Geschäften einkaufen. Die Unternehmer können die Chiemgauer ihrerseits regional weiter verwenden oder zurücktauschen, wobei eine fünfprozentige Gebühr anfällt. Von diesen 5 Prozent gehen 3 % an einen gemeinnützigen Verein, 2 % an den Chiemgauer regional e.V. zur Kostendeckung. Der Chiemgauer verliert zudem alle drei Monate 2 % seines Wertes. Das bewirkt, dass alle Beteiligten versuchen, ihre Chiemgauer so schnell wie möglich weiterzugeben – oder ihn vor Ablauf der Frist zurückzutauschen. Verstreicht die Frist, so muss der Wertverlust mit dem Aufkleben einer Wertmarke ausgeglichen werden.

Im Jahr 2004 wurden insgesamt 211.000 Euro in Chiemgauer umgetauscht, im Jahr 2005 360.000 Euro (vgl. Chiemgauer e.V. 2006a), im ersten Quartal 2006 schon 116.202 Euro (vgl. Chiemgauer e.V. 2006b).

<i>Chiemgauer</i>	<i>Oktober 2004</i>	<i>März 2005</i>	<i>Dezember 2005</i>
Umlauf	25.000	35.000	60.000
Beteiligte	500	700	1100
Unternehmer	200	260	400

Tabelle 2: Chiemgauer-Entwicklung

Dem stark gestiegenen Verwaltungs- und Betreuungsaufwand wird mit einer stärkeren Professionalisierung der Organisation begegnet. Auch wurde im März 2005 eine Aufnahmegebühr für Unternehmen in Höhe von 100 Euro beschlossen (vgl. Chiemgauer e.V. 2005), die die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Initiative sichern soll.

An der Entwicklung eines elektronischen Verrechnungsverfahren mittels einer Kundenkarte wird gearbeitet (vgl. Gelleri 2004b: o.S.).

Die Sterntaler-Initiative

Die Sterntaler-Initiative entstand auf der Basis des Tauschrings Star e.V. im Berchtesgadener Land, der Nachbarregion zum Chiemgauer. Die Sterntaler-Initiative ist bislang die einzige, welche eine eurogedeckte Währung, die Sterntaler, mit einer leistungsgedeckten Währung, den Talenten des Tauschrings, koppelt (vgl. Bode 2004: 88).

Im Prinzip funktioniert der Sterntaler ahnelich wie der Chiemgauer, mit Rücktausch- und Liquiditatsgebuhr. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, 100 Sterntaler für 90 Euro und 10 Talente zu erwerben. 10 Talente entsprechen einer Stunde Arbeit im Tauschring oder 10 Sterntalern oder 10 Euro. Beim Rücktausch in Euro sind wieder zwei Optionen wählbar, entweder man erhält für 100 Sterntaler 90 Euro oder 65 Euro und 30 Talente. (vgl. Bode 2004: 89). Die Liquiditatsgebuhr liegt mit 3 % pro Quartal höher als beim Chiemgauer.

Im Jahr 2005 wurde mit der Begünstigung gemeinnütziger Vereine analog zum Chiemgauer begonnen und der Talente-Anteil, mit dem Sterntaler erworben werden können, von 10%

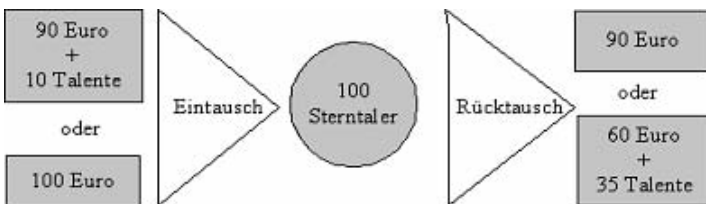


Abbildung 2: Ein- und Rücktausch von Sterntalern

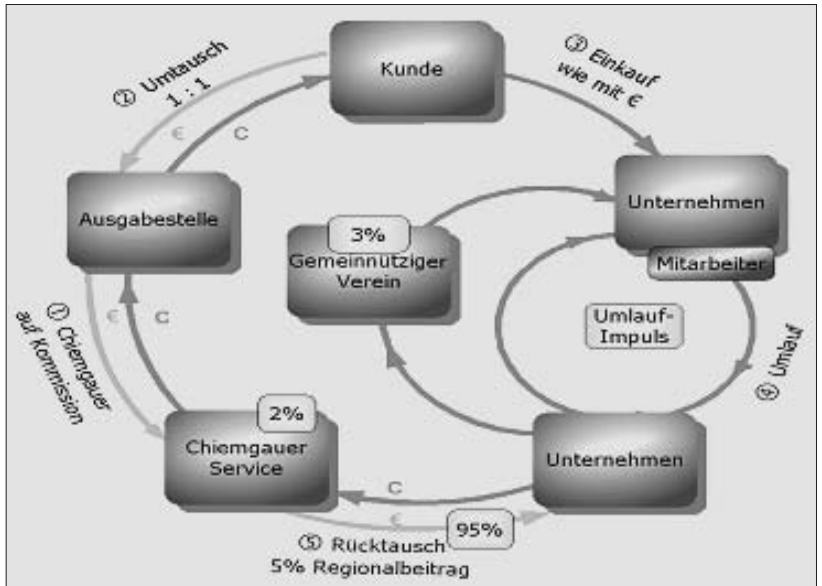


Abbildung 1: Chiemgauer-Kreislauf (erstellt vom Chiemgauer e.V., 2005; aus: Kennedy & Lietaer 2004: 106 f.)

auf 20% erhöht (vgl. Star e.V. 2005a: o.S.). Die anfängliche Angst der Teilnehmer, dass dem System die Euros ausgehen könnten, hatte sich gelegt, da sich in der achtmonatigen Laufzeit eine mehr als ausreichende Eurodeckung ergab. Langfristig ist eine weitere Erhöhung des Anteils angestrebt (vgl. Galler 28.03.05).

Die praktische Arbeit wird von einer Kerngruppe von Vereinsmitgliedern getragen (vgl. Galler 23.06.04). Als Besonderheit bei der Organisation ist zu nennen, dass die Arbeit für die Sterntaler-Initiative mit 5 Talenten pro Stunde vergütet wird, wodurch sich leichter qualifizierte Mitarbeiter gewinnen lassen. Der Lohn der Mitarbeiter wird vom Tauschring-Organisationskonto bezahlt, so dass sich die Organisatoren in der Startphase selbst Kredit geben

könnten. Die Mitgliedschaft kostet für Unternehmen einmalig 100 Euro und jährlich 60 Euro, wodurch die Initiative es schafft, sich ganz aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Die Sterntaler-Initiative bietet den Unternehmen dafür eine Unter-

Sterntaler	Oktober 2004	März 2005	Dezember 2005
Umlauf	8.000	18.000	30.000
Unternehmen	67	131	160

Tabelle 3: Sterntaler-Entwicklung

stützung durch gemeinsames Marketing im Internet und durch ein gemeinsames Unternehmer-Handbuch, das in Praxen, Warteräumen u.ä. ausgelegt wird (vgl. Galler 28.03.05).

Die Sterntaler-Initiative wächst stetig. Vom März bis Dezember 2005 haben sich die Umlaufzahlen fast verdoppelt (vgl. Star e.V. 2005b: o.S.; Star e.V. 2006: 2).

Eine enge Kooperation mit der Chiemgauer-Initiative hat sich eingespielt. Einzelne Unternehmen im Grenzbereich sind an beiden Initiativen beteiligt, Chiemgauer und Sterntaler werden im Moment eins zu eins gehandelt.

4. Potenziale von Regiogeld-Initiativen für eine nachhaltige Regionalentwicklung

Ökonomisch - ökologische Aspekte

Der durch die regionale Gültigkeit der Gutscheine und die Rücktauschgebühr entstehende Anreiz zum regionalen Wirtschaften unterstützt kleinräumige Wirtschaftsstrukturen, deren Vorteile vielfach beschrieben wurden (vgl. u.a. Schumacher 1995, Greif 2000). So wird das Wirtschaftsgeschehen überschaubarer und damit leichter zu verstehen^[3]. Die Auswirkungen des wirtschaftlichen Handelns werden schneller sichtbar, so dass Risiken früher erkannt werden können. Die Gefahr von Wirtschaftskrisen, die durch Finanz-Spekulationen im international liberalisierten Währungsraum ausgelöst werden, kann abgemildert werden (vgl. Lietaer 2000: 111 ff.). Auch ökologische Vorteile wie die Verringerung von Transportwegen sind gegeben.

Produkte und Technologien, die an kleinräumiges Wirtschaften angepasst sind, werden gefördert. So ist in der Chiemgauer-Region das RegOel-Projekt entstanden, das regional erzeugtes Pflanzenöl als Treibstoff für die Landwirte

anbietet, die nach Ausgabemöglichkeiten für ihre Regios suchen. Auch für die dafür nötige Umrüstung der Traktoren auf Pflanzenöl konnte ein regionaler Umrüster gefunden werden. (vgl. Gelleri 24.06.04).

Die RGIs haben Vorteile für die regionale Wirtschaft, da die Kaufkraft in der Region gehalten wird. Ein Beispiel ist bei der Chiemgauer-Initiative bekannt geworden: "Der 'Regionalmarkt' in Prien bezieht nun von einer regionalen Käserei Produkte, die diese zuvor nur überregional absetzte" (Bode 2004: 87). Die befragten Unternehmer geben an, im privaten Bereich mehr Geld regional auszugeben. Geschäftliche Mehrausgaben und der Wechsel zu regionalen Lieferanten werden bislang nicht von der Mehrheit der Unternehmer bestätigt. Auch bei den Kunden beobachten die Unternehmer Veränderungen im Einkaufsverhalten.

Gleichzeitig sind die Effizienz-Einbußen gering, weil Regiogeld nur einen Anreiz setzt, der seine Grenze dort hat, wo die überregionalen Vorteile die Rücktauschgebühr überschreiten. So geben die befragten Unternehmen an, durch die RGIs sei ihr regionaler Vorteil gegenüber globalen Unternehmen gestärkt worden. Sonst sehen sie bislang keine wirtschaftlichen Vorteile, was durch die geringe Laufzeit der Projekte bedingt sein kann. Es werden jedoch auch keine Nachteile festgestellt.

Soziale Aspekte

Positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt lassen sich erahnen. So versucht die Sterntaler-Initiative gezielt, die Schaffung von Mini-Jobs auf Sterntaler-Basis anzustoßen. Bis März 2005 wurden 11 Stellen geschaffen (vgl. Galler 28.03.05). Zudem wird es durch die Koppelung von Talenten und Regios möglich, durch Tauschringtätigkeiten Grundbedürfnisse zu befriedigen und Einkommen zu substituieren, was bei den meisten Tauschringen nicht gelingt (vgl. Kristof et al. 2001: 33). Bei der Befragung gaben die Unternehmer an, den Tauschring bislang nicht verstärkt zu nutzen, so dass dieses Potenzial nach viermonatiger

Laufzeit des Sterntalers noch nicht ausgeschöpft wird. Jedoch ist die Akzeptanz des gekoppelten Eintausches von Euro und Talenten in Sterntaler bei den Unternehmern hoch.

Die finanzielle Förderung gemeinnütziger Anliegen ist durch Verwendung der Rücktauschgebühr festgelegt. Der Chiemgauer brachte gemeinnützigen Vereinen im Jahr 2004 Spenden von 6330 Euro, im Jahr 2005 10.800 Euro ein (vgl. Chiemgauer e.V. 2006: o.S.). Je stärker das System genutzt wird, desto höher werden die Fördersummen.

RGIs unterstützen die Bildung eines Beziehungsnetzwerks innerhalb der Region. Durch die Suche der Kunden und Unternehmer nach sinnvollen Ausgabe-Möglichkeiten für Regios entsteht Interesse an Informationen über "die regionalen Möglichkeiten der Versorgung und die damit zusammenhängenden Erlebnis- und Wohlergehenmöglichkeiten" (Ganzert et al. 2004: 58). Die Kunden haben ein Motiv, sich über die Vereine der Region zu informieren, um einen würdigen Nutznießer ihrer indirekten Spende auszuwählen. Die befragten Unternehmer geben an, durch die RGIs besser über andere Unternehmen und die Vereine der Region informiert zu sein.

Die Unternehmer können sich auf den regelmäßigen Unternehmer-Stammtischen kennenlernen. Durch das „Zusammenwirken der 'persönlichen Netzwerke'" (Schubert et al. 2001: 12) jedes einzelnen entsteht ein Gemeinschaftsgefühl. Die befragten Unternehmer geben an, dass sich durch die RGIs sowohl private als auch geschäftliche Kontakte neu ergeben und intensiviert haben. Auch sehen sie eine Erhöhung der Kooperationsbereitschaft zwischen regionalen Unternehmen und eine Stärkung der regionalen Identität durch die RGIs. Damit hat Regiogeld eine verstärkte regionale Informations- und Kommunikationsfunktion, die der Euro so nicht aufweist (vgl. Gelleri 2004a: 7).

Die RGIs bieten neue Möglichkeiten der Beteiligung und durch den besseren Informationsstand und die stärkere Wahrnehmung der Grenzen der Region steigt die Bereitschaft, sich zu engagieren (vgl. Ganzert et al. 2004: 58). Durch die Zahlung mit und die Annahme von Regios wird der Einsatz für die regionale Gemeinschaft

sichtbar, was auch andere Akteure motiviert, sich einzubringen. Vor allem bei der Sterntaler-Initiative gelingt die Einbindung der Unternehmen in die Organisation der RGI, doch auch bei der Chiemgauer-Initiative haben beteiligte Unternehmer ein Regionalbüro übernommen. Wenn auch nicht alle Unternehmer aktiv werden, so setzt sich doch der Großteil mit dem Geldsystem auseinander; diese verstärkte Auseinandersetzung lässt sich auch bei den anderen Nutzergruppen der RGIs feststellen.

RGIs sind nicht nur deshalb ideale Projekte für die regionale Agenda 21^[4]. Auch zeigen sie einige Qualitäten, die bei vielen Agenda-Prozessen bemängelt wurden. So gelingt den RGIs eine Einbeziehung der Unternehmen, einer Problemgruppe im Rahmen der Agenda 21. „In Wirtschaftskreisen werden partizipative Strukturen und Bürgerengagement allzu oft noch als 'Störpotenzial' und potenzieller Kostenfaktor wahrgenommen" (Habisch 1999: S. 231). In Nachhaltigkeitsnetzwerken dauert es daher im Allgemeinen lange, bis sich wirtschaftliche Akteure beteiligen (vgl. Pfeiffer 2003: 126), besonders den KMUs fehlt es häufig an Zeit (vgl. Pfeiffer 2003: 95). Doch sowohl bei der Sterntaler- als auch bei der Chiemgauer-Initiative sind die Unternehmen ein tragendes Element.

Außerdem können RGIs zur Vernetzung weiterer LA21-Projekte beitragen. So ist auch das RegOel-Pflanzenöl-Projekt ein Agenda-21-Projekt, das mit der Chiemgauer-Initiative kooperiert. Die Chiemgauer-Initiative erleichtert das Anlaufen des RegOel-Projekts, da der Bedarf der Landwirte nach regionalem Treibstoff teilweise erst durch den Chiemgauer geschaffen wurde. Das RegOel-Projekt schließt nach seinem Anlaufen eine Lücke im Regionalgeld-Kreislauf, was die Akzeptanz des Systems bei den Landwirten erhöhen kann (vgl. Gelleri 24.06.04). Die Sterntaler-Initiative hat zu den bestehenden Agenda-Gruppen auf Gemeindeebene engen Kontakt und wird von ihnen unterstützt. Somit könnte die Initiative die lokalen Agenda-Gruppen auf regionaler Ebene vernetzen, wodurch sich die Arbeit der 2004 aufgelösten Landkreis-Agenda fortsetzen ließe.

5. Fazit und weiterer Forschungsbedarf

Insgesamt zeichnet sich bei dieser Untersuchung ab, dass die Regiogelder Chiemgauer und Sterntaler sehr interessante und Erfolg versprechende Instrumente für die nachhaltige Entwicklung ihrer Region sind, auch wenn ihre längerfristigen Auswirkungen in dieser Erhebung noch nicht festgestellt werden konnten. Dazu wäre eine kontinuierliche Befragung aller beteiligten Nutzergruppen wünschenswert. Auch die Analyse der wesentlichen Begleitfaktoren für eine erfolgreiche RGI wäre interessant. Die durchgeführte Befragung ergab beispielsweise, dass eine kontinuierliche Betreuung und Beratung der beteiligten Unternehmen für deren Zufriedenheit mit der RGI von großer Bedeutung ist. Aber auch die regionale Rahmenbedingungen, z.B. die Wirtschaftsstruktur, Kultur u.ä. können wichtige Einflussfaktoren sein.

Zudem könnten die Koppelungsmöglichkeiten von klassischen Instrumenten nachhaltiger Regionalentwicklung mit Regionalgeld analysiert werden, da die Effekte regionaler Wirtschaftsförderung ohne die Nutzung regionaler Verrechnungssysteme als gering eingestuft werden können (vgl. Eckey & Kosfeld 2004) ^[5].

Andererseits können die unterschiedlichen Anforderungen von verschiedenen Regionen an ein erfolgreiches Regiogeld untersucht werden. Im Unterschied zu den hier untersuchten Fallbeispielen wäre der Berliner ein Beispiel für ein städtisches Regiogeld, bei dem regionale Wirtschaftskreisläufe nur unter Einbezug des Umlands geschlossen werden können. Der Urstromtaler ist ein Beispiel für eine Initiative in Ostdeutschland, die ein Regionalgeld herausgibt, das keine vollständige Eurodeckung und damit keine Rücktauschmöglichkeit garantiert (vgl. Regionetzwerk 2004b: o.S.). Damit trägt er der desolaten wirtschaftlichen Situation in Sachsen-Anhalt Rechnung.

PS: Ausführlichere Informationen über die Fallstudien und die Unternehmensbefragung sind in der Diplomarbeit der Autorin zu finden. Diese kann an der Universität Lüneburg oder im Archiv für Geld- und Bodenreform ausgeliehen bzw. im

Tauschringarchiv käuflich erworben werden. Mitgliedsinitiativen des „Regiogeld e.V.“ erhalten kostenlosen Zugang zu dieser Diplomarbeit.

Anmerkungen

- [1] <http://www.regiogeld.de>
- [2] Es können auch geringere Beträge eingetauscht werden.
- [3] Lewis & Ward (2002) veranschaulichen den regionalen Geldfluss für Nicht-Ökonomen. Sachs (2002) gibt eine Methode zur Veranschaulichung der Wirksamkeit des Geldes innerhalb der Region.
- [4] Becker (2003) ordnet Regionalgeld als Instrument der Agenda 21 ein.
- [5] Die Potenziale von Komplementärwährungen für strukturschwache ländliche Räume zeigt Bode (2004, 2005) auf.

Literatur und Internetquellen

- Becker, R. (2003): Regionales Geld als innovatives Instrument der Lokalen Agenda 21. In: Zukünfte. Zeitschrift für Zukunftsgestaltung & vernetztes Denken. Nr. 46. S. 26-29.
- Bode, S. (2004): Potentiale regionaler Komplementärwährungen für eine endogene Regionalentwicklung. Universität Osnabrück: Diplomarbeit.
- Chiemgauer e.V. (2005): Beitragsordnung vom 12.03.05. Unter: http://www.chiemgauer-regional.de/uploads/media/Verein_Beitragsordnung_05-03-05.pdf (Stand: 28.02.06).
- Chiemgauer e.V. (2006a): Jahresstatistik 2005. Unter: http://www.chiemgauer-regional.de/uploads/media/Chiemgauer_Jahresstatistik2005.pdf (Stand: 28.02.06).
- Chiemgauer e.V. (2006b): Vereinsstatistik 1/2006. Unter: http://www.chiemgauer.info/123.0.html?udb_assoc_stat_from=01.1.2006&udb_assoc_stat_to=01.4.2006 (Stand: 02.05.06).
- Eckey, H.-F., Kosfeld, R. (2004): Regionaler Wirkungsgrad und räumliche Ausstrahlungseffekte der Investitionsförderung. Volkswirtschaftliche Diskussionsbeiträge Nr. 55. Unter: <http://www.wirtschaft.uni-kassel.de/Forschungsbearbeitung/VWL/Workingpaper/Papier5504.pdf> (Stand: 28.08.04)
- Ganzert, C. et al. (2004): Empathie, Verantwortlichkeit, Gemeinwohl: Versuch über die Selbstbehauptungskräfte der Region. Ergebnisse eines Praxisforschungsprojekts zur Vermarktung regionaler Lebensmittel. Wuppertal (pdf-Fassung) Unter: <http://www.wuppertalinst.org/Publikationen/WP/WP142.pdf> (Stand: 15.12.04).
- Gelleri, C. (2004a): Assoziative Wirtschaftsräume. Der nEuro als regionale Komplementärwährung. Unter: http://www.freigeld.de/inhalte_von_freigeld_de.html (Stand: 14.12.04)
- Gelleri, C. (2004b): Strategiepapier zum Chiemgauer. Unter: http://www.regionetzwerk.org/image_archive/document/strategiepapier_2004_zum_chiemgauer.pdf (Stand: 18.01.05)
- Gelleri, C. (2005): Regiogeld und Spieltheorie. In: Zeitschrift für Sozialökonomie. 42. Jg., Heft 144. S. 11-19.
- Greif, M. (2000): Von der lokalen zur regionalen Nachhaltigkeit. Oldenburg.
- Habisch, A. (1999): Zur ökonomischen Rationalität von Agenda-Prozessen. Partizipative Strukturen als „Sozialkapital moderner Gesellschaft. In: IFOK, ZKE (Hrsg.): Was heißt hier Agenda? Analysen – Erfahrungen – Beispiele. Dettelbach. S. 231-244.
- Herrmann, M. (2005): Potentiale von Regionalgeld-Initiativen als Multiplikatoren für eine nachhaltige Entwicklung. Universität Lüneburg: Diplomarbeit.

- Kennedy, M., Lietaer, B. (2004): Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand. München.
- Kristof, K. et al. (2001): Tauschringe und Nachhaltigkeit. Wuppertal. (pdf-Fassung) Unter: www.wuppertalinst.org/Publikationen/WP/WP118.pdf (Stand: 15.12.04)
- LEWIS, J., WARD, B. (2002): Plugging the Leaks. Making the most of every pound that enters your local economy. London (UK). Unter: <http://www.neweconomics.org/gen/uploads/PTL%20handbook.pdf> (Stand: 01.08.2004)
- Lietaer, B. (2000): Mysterium Geld. Emotionale Bedeutung und Wirkungsweise eines Tabus. 2. Auflage. München.
- Pfeiffer, C. (2003): Integrierte Kommunikation von Sustainability-Netzwerken. Grundlagen und Gestaltung der Kommunikation nachhaltigkeitsorientierter intersektoraler Kooperationen. Frankfurt am Main.
- Regionetzwerk (2004b Hrsg.): Protokoll des Regionetzwerktreffens vom 23.-25. Juli 2004 in Bad Honnef. Unter: http://www.regionetzwerk.org/image_archive/document/protokoll23.06.79.doc (Stand: 20.01.05)
- Sachs, J. (2002): The money trail. Measuring jour impact on the local economy using LM3. London. Unter: <http://www.neweconomics.org/gen/uploads/The%20Money%-20Trail.pdf> (Stand: 01.08.04)
- Schubert, H. et al. (2001): Regionale Akteursnetzwerke. Analysen zur Bedeutung der Vernetzung am Beispiel der Region Hannover. Hannover.
- Schumacher, E. F. (1995): Small is beautiful. Die Rückkehr zum menschlichen Maß. 2. Auflage. Heidelberg.
- Star e.V. (Sterntaler & Talente Austausch Ring, Verein für organisierte Nachbarschaftshilfe) (2004a, Hrsg.): Tauschregeln. Mit den beschlossenen Änderungen der letzten Hauptversammlung.
- Star e.V. (2005a, Hrsg.): Tauschregeln. Unter: <http://www.starmach-mit.com/regeln.htm> (Stand 11.04.05)
- Star e.V. (2005b): Sterntalerumlauf – Eurodeckung 2005. Unter: <http://www.sterntaler-regional.de/html/modules.php?name=Content&pa=showpage&pid=25> (Stand: 11.04.05)
- Star e.V. (2006): Protokoll der Hauptversammlung vom 20.01.06. Unter: http://www.regiogeld.de/uploads/media/STAR-Protokoll_HV_20.1.06.pdf (Stand: 28.02.06)

Mündliche Quellen und Mailverkehr:

- Galler, F. (23.06.04): Gespräch mit dem Initiator der Sterntaler-Initiative. Besuch im Untersuchungsgebiet. Ainning.
- Galler, F. (28.03.05): Mail des Initiators der Sterntaler-Initiative.
- Gelleri, C. (24.06.04): Gespräch mit Initiator der Chiemgauer-Initiative. Besuch im Untersuchungsgebiet. Prien.
- Gelleri, C. (14.12.04): Mail des Initiators der Chiemgauer-Initiative.
- Gelleri, C. (28.03.05): Mail des Initiators der Chiemgauer-Initiative.

Keynes' Plädoyer für eine Regionalisierung in einer offenen Weltwirtschaft

„Ich sympathisiere daher mit jenen, die die wirtschaftliche Verflechtung zwischen den Nationen eher minimieren als maximieren wollen. Ideen, Wissen, Kunst, Gastfreundschaft, Reisen – dies sind Bereiche, die aufgrund ihrer Natur international sein sollten. Aber lasst uns auf heimische Produkte zurückgreifen, wann immer dies vernünftig und in angemessener Weise möglich ist; und vor allem, lasst die Finanzen vorrangig im nationalen Rahmen.“

John Maynard Keynes, „National Self-Sufficiency“ (1933), in: Collected Writings Vol. XXI, London 1982, S. 236.

Wege in den Postkapitalismus

„Die heutige Behandlung des Kapitals steht im krassen Widerspruch zu den Gesetzen unseres Universums und muss damit zwangsläufig zu den bekannten Konflikten und Zerstörungen führen. Geld ist daher an die Leistung zu koppeln. Eine Geldvermehrung ohne Leistung darf nicht stattfinden. Geld hat bei Transfer und bei Lagerung Verluste hinzunehmen, ebenso wie die Energie. Die Fachworte dafür heißen Tobinsteuer und Negativzinsen. Mit diesen Maßnahmen kann der Widerspruch zwischen der Irrealität der Ökonomie und der realen Welt abgebaut werden. ... Nicht die Menschen oder die demokratischen Regierungen bestimmen heute, was Wirtschaft ist, sondern Konzerne. Die Regierungen agieren heute wie die hilflosen Zauberlehrlinge, die den Zauberspruch vergessen haben. ... Der Lösungsweg ‚von unten‘ lautet: Entkopplung aus dem Geldkreislauf durch lokale Währungen und lokale Kreisläufe.“

Prof. Dr. Hermann Knoflacher, Kapitalismus gezähmt?, in: Klaus Woltron, Hermann Knoflacher und Agnieszka Rosik-Kölbl (Hrsg.). Wege in den Postkapitalismus, Wien 2004, S. 60–61.

Regionalgeld und Gemeinwesenarbeit

Katharina Schwaiger

„Ich ziehe keinen scharfen Trennstrich oder treffe keine Unterscheidung zwischen Ökonomie und Ethik. Eine Wirtschaft, die das Wohlbefinden eines Individuums oder einer Nation verletzt, ist unmoralisch.“
Mahatma Gandhi

1 Gemeinwesenarbeit – soziale Räume gestalten

Der Begriff „Gemeinwesen“ ist heute weitgehend aus dem allgemeinen Sprachgebrauch verschwunden. Im Bereich der Sozialen Arbeit wird dieser Begriff jedoch verwendet und beschreibt eine Gruppe von Menschen, die durch inhaltliche oder geografische Gemeinsamkeiten miteinander verbunden sind.^{[1] [2]} Die klassischen Methoden der Sozialen Arbeit „Einzelfallhilfe“ und „soziale Gruppenarbeit“ stellen das Individuum ins Zentrum der Problemlösungs- bzw. Problemvermeidungsstrategien. Bei der Gemeinwesenarbeit dagegen steht die Lebenswelt im Vordergrund. Durch die aktive Gestaltung des Umfeldes, der sozialen, politischen, ökonomischen und ökologischen Bedingungsfaktoren, soll die Lebensqualität des Einzelnen verbessert werden.

Ihre Ursprünge hat die Gemeinwesenarbeit in den USA, wo die sich rasch entwickelnde Industrialisierung drastische soziale und gesellschaftliche Notstände mit sich brachte, welche nach angemessenen Handlungsmethoden verlangten. Es entstanden verschiedene soziale Bewegungen und die bisherige sentimentale Vergabe von Almosen wurde durch systematische Hilfeleistungen ersetzt.^[3]

In den frühen 1960er Jahren wurde die Gemeinwesenarbeit in Deutschland eingeführt und stellte somit eine Ausweitung und Verbesserung klassischer Sozialarbeit dar. In ihren Anfängen waren die theoretischen Ansätze der Gemeinwesenarbeit von Wohlfahrtsstaatlichkeit und Integration geprägt. Ziel dieser frühen Phase war

es, belastende Situationen für die Menschen erträglicher zu machen. Zum einen geschah das durch eine Verbesserung des Dienstleistungsangebotes im Wohnviertel, zum anderen wurde versucht, direkte Belastung erträglicher zu machen. Es ging also nicht darum, gesellschaftliche Ursachen für lokale bzw. persönliche Probleme ausfindig zu machen und zu lösen, sondern um die Anpassung des Einzelnen an bestehende Systeme.^[4]

Als Antwort auf die Unzulänglichkeiten des wohlfahrtsstaatlichen und integrativen Ansatzes entstand 1971 das Konzept der „aggressiven Gemeinwesenarbeit“. Zentrales Ziel dieses Ansatzes war die Veränderung von Kräfte- und Machtstrukturen durch den solidarischen Zusammenschluss von Minderheiten.^[5] Disruptive Taktiken wie z.B. ziviler Ungehorsam, Streik und Demonstration wurden eingesetzt, um eine „Revolution von unten“ herbeizuführen.^[4] Dieser aggressive Ansatz wurde in der Praxis wenig umgesetzt, da die politischen Ziele sehr hoch waren und es an handlungsleitenden Techniken zur Umsetzung fehlte. Zudem befanden sich die Sozialarbeiter/innen oft in einem Loyalitätsdilemma zwischen Klient/innen und ihren Arbeitgeber/innen, was die Umsetzung des Ansatzes erschwerte.^[3] Dennoch kann dieser aggressive Ansatz als wichtiger Beitrag zur Entwicklung der Gemeinwesenarbeit betrachtet werden, denn zum ersten Mal rückten hier gesamtgesellschaftliche Strukturen als Ursache sozialer Probleme ins Blickfeld der deutschen Gemeinwesenarbeit. Etwas gemäßiger und deshalb wohl auch praxistauglicher entstand Ende der 1970er Jahre der „katalytisch-aktivierende Ansatz“. Mit Selbsthilfegruppen, dem Aufbau neuer Basisstrukturen und politischer Partizipation wurden Möglichkeiten genutzt, innerhalb bestehender Strukturen Veränderungen voranzutreiben.^{[2] [3]}

Bei aller Unterschiedlichkeit weisen die hier dargestellten theoretischen Ansätze der Gemein-

wesenarbeit ein sie alle verbindendes Element auf: Gemeinwesenarbeit wurde zwischen 1960 und 1970 durchgehend als „dritte Methode“ der Sozialen Arbeit gesehen. Dies ist teilweise auch heute noch der Fall, doch lässt sich eine Übernahme einzelner Elemente in andere Bereiche innerhalb und außerhalb der Sozialen Arbeit beobachten. Die Gemeinwesenarbeit wandelt sich von der „dritten Methode“ zu einem „bereichsübergreifendem Arbeitsprinzip“ und gilt als grundsätzliche Herangehensweise an soziale Probleme. Seit den 1990er Jahren steht die Orientierung am sozialen Raum und an den Methoden der Gemeinwesenarbeit hoch im Kurs. Die Grundaussagen tauchen heute in verschiedenen Arbeitsfeldern wieder auf, z.B. in Konzepten des Empowerments, der Einmischungsstrategie, des bürgerlichen Engagements oder der lokalen Agenda 21. In der Praxis ist Gemeinwesenarbeit heute oftmals beides: Eigenständige Methode und Arbeitsprinzip der Sozialen Arbeit.^[6] Die besondere Herausforderung besteht jedoch immer darin, Lebenswelten in ihrer Differenziertheit zu erfassen und diese Lebenswelten als Möglichkeit der Einflussnahme, als Handlungsmöglichkeit zu begreifen und zu nützen.

Im Folgenden werden Leitstandards dargestellt, welche richtungsweisend für Theorie und Praxis der heutigen Gemeinwesenarbeit sind:

- **Zielgruppenübergreifendes Handeln**

Die Herangehensweise der Gemeinwesenarbeit ist grundsätzlich sozialraumbezogen, schließt also verschiedene Zielgruppen mit ein. Einzelne Themen können sich jedoch auch auf spezifische Zielgruppen beziehen.

- **Orientierung an den Bedürfnissen und Themen der Menschen**

Gemeinwesenarbeit versucht nicht nur Probleme zu lösen, welche von außen als solche definiert wurden, sondern greift die Themen (auch die scheinbar kleinen) der Menschen auf.

- **Förderung der Selbstorganisation und der Selbsthilfekräfte**

Die Bewohner/innen werden ermutigt und unterstützt, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Gemeinwesenarbeiter/innen „begleiten“ die Prozesse anstatt sie zu „leiten“.

- **Nutzung der vorhandenen Ressourcen**

Die vorhandenen Potenziale des Gemeinwesens und der einzelnen Bewohner/innen werden gefördert, aktiviert, genutzt oder nutzbar gemacht. Gemeinwesenarbeit bringt auch Ressourcen der Institutionen mit denen der Lebenswelt zusammen.

- **Verbesserung der materiellen Situation und der infrastrukturellen Bedingungen**

Anhand des jeweiligen Bedarfs leistet Gemeinwesenarbeit einen Beitrag zur aktiven Entwicklung des Gemeinwesens durch Ausbau der ökonomischen und baulichen Strukturen. Um den Bedarf zu erfahren und die Aktivitäten zu koordinieren, muss sich Gemeinwesenarbeit in lokale Politikprozesse einklinken.

- **Verbesserung der immateriellen Faktoren**

Gemeinwesenarbeit bietet Beratung, Moderation, Qualifizierung usw. an, um die Entwicklung des sozialen und kulturellen Lebens im Gemeinwesen zu unterstützen.

- **Ressortübergreifendes Handeln**

Um die Lebensbedingungen im Gemeinwesen zu verbessern, wird bereichsübergreifende Kooperation praktiziert. Synergieeffekte werden bewusst einkalkuliert und genutzt. Gemeinwesenarbeit ist Bestandteil einer kommunalpolitischen Strategie; sie bezieht sich sektorübergreifend auf soziale Räume.

- **Vernetzung und Kooperation**

Durch Gemeinwesenarbeit sollen gebietsbezogene soziale Netzwerke geschaffen und gestärkt werden. Die Vernetzung ist hier kein Ziel, sondern ein Mittel, um in Kooperation mit anderen Lösungen zu entwickeln.^[7]

Diese 2001 formulierten Leitstandards dienen als grundlegende fachliche Orientierung. Jedoch müssen sie stetig weiterentwickelt und den sich verändernden gesellschaftlichen Situationen angepasst werden.

Ein Aspekt, welcher die Lebenswelten der Menschen zunehmend bestimmt, ist die Globalisierung. Neben zahlreichen neuen Möglichkeiten und Vorteilen bringt diese, vor allem im wirtschaftlichen Bereich, erhebliche Nachteile mit sich. Die neoliberale Ideologie folgt ihrer eigenen Logik, soziale und ökologische Zusammenhänge werden nicht beachtet. Die Soziale

Arbeit steht nun vor der Aufgabe, auf Probleme wie z.B. die hohe Arbeitslosigkeit und die anwachsende Kluft zwischen Arm und Reich bei gleichzeitiger Schwächung der sozialen Sicherungssysteme angemessen zu reagieren. Auch die Gemeinwesenarbeit muss sich dem entstandenen ökonomischen und sozialen Entwicklungsbedarf anpassen und sich auf die Suche nach zukunftsfähigen Formen eingebetteter Ökonomie machen.^[8]

Es bildet sich der Begriff der Gemeinwesenökonomie heraus, welcher innerhalb der Gemeinwesenarbeit und auch in anderen Bereichen verwendet wird. Susanne Elsen, Professorin an der FH München mit den Arbeitsschwerpunkten Gemeinwesen, kooperative Wirtschaftskultur und Solidarökonomie, internationale Zusammenarbeit, Nachhaltigkeit und Zivilgesellschaft, versteht unter Gemeinwesenökonomie eine am Menschen orientierte Wirtschaftskultur. Diese Ansicht impliziert kein anthropozentrisches Handlungsmodell, „sondern aus der Erkenntnis des „Teil-Seins“ die Verantwortung für die zukünftigen Generationen und geht von der Endlichkeit natürlicher Ressourcen aus.“^[8] Ziel ist ein sozialintegratives, solidaritätsstiftendes, vernetzendes und bedarfsorientiertes Wirtschaften im Gemeinwesen. „Es geht um eine Ökonomie, die nicht das Ökonomische verabsolutiert, sondern in ihrem ursprünglichen Sinn des Wortes ‚oikos‘ für das ‚ganze Haus‘ sorgt, also für die Arbeitslosen ebenso wie für die Umwelt, für die Gesundheit ebenso wie für die Verteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern.“^[9]

In der Praxis gestalten sich Gemeinwesenökonomien vielfältig. Beispiele sind: Alternativen zur Geldwirtschaft wie etwa Tauschringe und alternative lokale Währungen, Stadteilwerkstätten für Eigenarbeit und Produktivgenossenschaften.^[13] Grundlegend ist dabei immer, dass sich ein Wandel vollzieht hinsichtlich der Rolle des Kapitals bzw. der Ökonomie an sich. Oberstes Ziel in der ‚freien‘ Marktwirtschaft ist die Profitmaximierung; soziale oder ökologische Notwendigkeiten können dabei nicht berücksichtigt werden. Demgegenüber orientiert sich die Gemeinwesenökonomie im Wesentlichen an den Bedarfen der jeweiligen Menschen, am Gemeinwesen und an der Umwelt. Statt einer herrschen-

den Rolle nimmt das Kapital hier eine dienende Rolle ein.

Der Ansatz der Gemeinwesenökonomie wird bisher innerhalb der deutschen Sozialarbeit vernachlässigt. Angesichts der derzeitigen gesellschaftlichen Situation stellt die Veränderung ökonomischer Strukturen jedoch eine zukunftsweisende Handlungsperspektive für die Soziale Arbeit und besonders für die Gemeinwesenarbeit dar.

2 Regionalgeld

Als Ergänzung zum Euro sind in den letzten Jahren Regionalgelder wie der „Chiemgauer“, der „Regio im Oberland“ in Westdeutschland sowie der „Urstromtaler“ oder die „Havelblüte“ in Ostdeutschland entstanden. Sie werden nur innerhalb ihrer Region verwendet, um die dort entstandene Kaufkraft nicht in wirtschaftliche Zentren abfließen zu lassen. Um ihren stetigen Umlauf zu sichern, sind sie mit einer automatischen Wertminderung versehen. Derzeit sind deutschlandweit etwa 48 Regiogeldinitiativen aktiv, bei 17 Initiativen ist der Regio bereits im Umlauf.^[10]

Regionale Währungen lassen sich als eine Form der Gemeinwesenökonomie betrachten. Somit sind sie auch für die Gemeinwesenarbeit relevant. Sie orientieren sich, wie die Gemeinwesenökonomie insgesamt, an den Bedarfen der Gesellschaft und der Umwelt. Regiogelder sind so konzipiert, dass sie den Problemen des derzeitigen Geldes und den Problemen der Globalisierung in einem regionalen Bezugsrahmen entgegenwirken.

Regiogeld wirkt auf zwei verschiedenen Ebenen: Einmal hat es unmittelbare Auswirkungen auf die Region, in der es benützt wird. Die zweite Ebene gestaltet sich etwas anders; hier stehen nicht die unmittelbaren Wirkungen im Vordergrund, sondern vielmehr die langfristigen Unzulänglichkeiten unseres derzeitigen Geldsystems. Regiogeld fungiert auf dieser Ebene als „Lotsenschiff“, und zwar deshalb, weil im wirtschaftlichen Umgang untereinander und mit der Natur neue Formen erprobt und gefunden werden müssen, um auf die globalen Herausforderungen

angemessen zu reagieren. Angesichts der immer weiter aufklaffenden Schere zwischen Arm und Reich, des Wachstumszwangs und der weitreichenden Verschuldung ist eine grundsätzliche Änderung des Geldsystems notwendig. Regionale Gelder bieten den nötigen Spielraum zur Entwicklung und Erprobung zukunftsfähiger Geldsysteme. Wichtig ist auch ihre bewusstseinsbildende Wirkung, denn durch die Gestaltung und die alltägliche Nutzung von Regiogeldern werden die Nachteile des derzeitigen Geldsystems sichtbar. So bergen Regiogelder das Potenzial, als „Lotsenschiffe“ zu fungieren und einen Weg in eine nachhaltige Zukunft aufzeigen.^[11]

3 Auswirkungen des Regionalgeldes im Kontext der Gemeinwesenarbeit

Um die unmittelbaren Auswirkungen von regionalem Geld auf die jeweilige Region zu erfahren, wurden Anfang 2005 im Rahmen einer Diplomarbeit qualitative Interviews durchgeführt und ausgewertet. Befragt wurden Kund/innen, Vereine und Unternehmen, welche sich am Chiemgauer- oder Sterntalersystem beteiligen. (Nähere Informationen auf www.chiemgauer.info und www.sterntaler-regional.de) Dadurch ließen sich erste Erfahrungen resümieren, und zwar sowohl in ökonomischer als auch in sozialer und ökologischer Hinsicht.

Im Bereich der ökonomischen Auswirkungen steht die Schaffung neuer Wertschöpfungsringe im Vordergrund. Durch die Beteiligung am Regiogeldsystem profitieren Unternehmen durch eine verstärkte Kundenbindung. Es handelt sich um Neukunden, welche durch das Regionalgeld auf das jeweilige Unternehmen aufmerksam werden, und um spezielle Kund/innen, welche das regionale Angebot wertschätzen. Es entsteht eine wirtschaftliche Vernetzung im Gemeinwesen, wodurch der regionale Umsatz erhöht und speziell auch kleinere Unternehmen unterstützt werden. So bleibt die Vielfalt des Angebots im Gemeinwesen erhalten, was wiederum die Lebensqualität deutlich erhöht. Die Umsatzsteigerung im Gemeinwesen trägt auch zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Manche Regiogelder, so auch der Chiemgauer, sind derart ge-

staltet, dass durch jeden im Umlauf befindlichen Regio-Schein den mitwirkenden Vereinen in der Region das sogenannte „Schenkgeld“ zugute kommt. Dieses Schenkgeld entsteht durch Überschüsse, welche aus der Wertminderung und der Rücktauschgebühr (bei Rücktausch des Regiogeldes in Euro) zustande kommen. Beim Chiemgauer zum Beispiel führt das dazu, dass den Vereinen in der Region direkte finanzielle Vorteile zugute kommen. Insbesondere aus Sicht der Sozialen Arbeit und dem Gedanken ein „dem Menschen dienendes Geld“ zu schaffen, ist diese Unterstützung von Vereinen als sehr wertvoll zu betrachten. Die Kund/innen geben an, durch die Verwendung von Regionalgeld zumindest keine wirtschaftlichen Nachteile zu haben. Zum einen sei das Preis-Leistungs-Verhältnis regionaler Produkte sehr gut, zum anderen werden eventuell höhere Preise durch die Einsparungen beim Benzinverbrauch wieder ausgeglichen.

Die zunehmende Vernetzung durch das regionale Geld führt laut den befragten Personen auch zu neuen und intensiveren Kontakten und einem gesteigerten Zusammenhalt im Gemeinwesen. Die Menschen identifizieren sich stärker mit ihrem Gemeinwesen, sie lernen sich kennen und setzen sich aktiv für den Erhalt der Lebensqualität in ihrer Region ein. Eine weitere Auswirkung im sozialen Bereich ist der in Gang kommende Prozess der Bewusstseinsbildung. Durch Vorträge und Diskussionen sowie die alltägliche Nutzung des Regiogeldes beschäftigen sich die Menschen im Gemeinwesen mit ihrer Region, mit Themen wie Wirtschaftskreisläufen oder „Geld an sich“ und mit ihren eigenen Gestaltungsmöglichkeiten.

Das Sterntalersystem weist eine Besonderheit auf – den Sterntaler erwirbt man nicht nur, indem man dafür Euros eintauscht, sondern man kann auch Talente (Zeitwährung) prozentual in Sterntaler eintauschen. Dies führt dazu, dass bisher nicht genutzte Ressourcen im Gemeinwesen wieder aktiviert werden. Die Befragten schätzen es sehr, dass durch die Zeitwährung besonderes Wissen und Fähigkeiten, die bisher nur privat genutzt wurden, nun das gesamte Leben im Gemeinwesen bereichern. Aus Sicht der Sozialen Arbeit bringt die Kombinationsmöglich-

keit mit einer Zeitwährung einen weiteren bedeutenden Vorteil mit sich. Üblicherweise wird Regiogeld durch den Eintausch von Euro ‚geschaffen‘. Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit und der damit einhergehenden sinkenden Einkommen werden dadurch möglicherweise einzelne Personen oder entwicklungschwache Gebiete von der Nutzung ausgeschlossen. Da der Geldknappheit im Eurosystem ein Reichtum an Zeit und Arbeitsfähigkeit gegenübersteht^[12], scheint es sinnvoll, diese Ressourcen nutzbar zu machen und den betroffenen Personen die Beteiligung am Regiogeldsystem zu ermöglichen. Das Sterntalersystem mit der Kombinationsmöglichkeit von Talenten und Regiogeld stellt dem beschriebenen Hindernis einen Lösungsansatz entgegen. Über die Talente können Menschen wieder in den Wirtschaftsprozess eingegliedert werden, „deren Kompetenzen im bisherigen Wettbewerbssystem ausgeschlossen werden und brachliegen: Arbeitslose, Rentner, Jugendliche, Frauen u.a.“^[13] Die Kombination von Regiogeld mit einer Zeitwährung (z.B. Talenten) führt demnach dazu, dass es einkommensarmen Menschen oder Gebieten ermöglicht wird, an dem System teilzuhaben.

Alles in allem wurde ersichtlich, dass sich die allgemeine Lebensqualität im Gemeinwesen bei beiden befragten Systemen verbessert hat. Dazu tragen zum einen die entstandene wirtschaftliche Vernetzung, ein gesteigertes Zusammengehörigkeitsgefühl, Bewusstseinsbildung und die Nahversorgung bei. Zudem stellt Regiogeld für viele der befragten Personen eine Handlungsmöglichkeit dar, um die Region gezielt zu unterstützen und dadurch auch auf globale Prozesse Einfluss zu nehmen. Da die Menschen globalen Problemen oftmals mit einem Gefühl der Ohnmacht gegenüber stehen, gewinnt diese Möglichkeit zur aktiven Übernahme von Verantwortung im Kontext der Gemeinwesenarbeit an Bedeutung.

Nicht nur im ökonomischen und sozialen Bereich lassen sich erste Auswirkungen erkennen. Das regionale Geld bringt auch in ökologischer Hinsicht Vorteile mit sich. Zum Beispiel stellt die Verringerung der Fahrtwege für die Beteiligten im Regiogeldsystem einen ökologischen Vorteil dar. Durch die Vernetzung im Gemeinwesen

werden die Wege der Kund/innen verkürzt und dadurch die Umweltbelastung verringert. Es verkürzen sich auch Transportwege von Zulieferern und Unternehmen, welche das in der Region bestehende Angebot teilweise erst durch die Verwendung des Regiogeldes wahrgenommen haben. Eine weitere Auswirkung ist der bereits erwähnte Bildungsprozess, wodurch auch ökologisches Bewusstsein sensibilisiert wird.

Die Befragung ergab keine nennenswerten Nachteile, welche die Einführung und Verwendung von Regiogeld für das Gemeinwesen mit sich bringt. Den ersten Erfahrungen zufolge ist das regionale Geld ein Gewinn für alle Beteiligten und es kann davon ausgegangen werden, dass sich dieser Nutzen bei zunehmender Verbreitung des jeweiligen Geldsystems noch steigern wird. Regiogeld kann somit als Instrument betrachtet werden, mit dem die Menschen ihren Lebensraum in ökonomischer, sozialer und ökologischer Hinsicht aktiv gestalten können. Diese selbstbestimmte Gestaltung der eigenen Lebensbedingungen erweitert die Handlungsfähigkeit der Menschen und entspricht dadurch den Grundsätzen der Gemeinwesenarbeit. Global betrachtet ist dieses aktive und innovative Gestalten des eigenen Umfeldes sehr wichtig, es trägt zur Stärkung der Zivilgesellschaft bei.

Besonders wichtig im Kontext der Gemeinwesenarbeit ist die zunehmende Vernetzung sowohl im wirtschaftlichen als auch im sozialen Bereich. Die Vernetzung, das Gefühl der Zusammengehörigkeit, aber auch die Erweiterung des Handlungsspielraumes und die Identifikation der Bewohner/innen einer Region mit dem Gemeinwesen tragen zur Verbesserung der Lebensqualität bei. Zudem bereichert die Nahversorgung (z.B. durch qualitativ hochwertigere Produkte) und die Verringerung der Fahrtwege das Leben im Gemeinwesen. Durch Bildungsprozesse und Unterstützung der Vereine wird zur Entfaltung des sozialen und kulturellen Lebens beigetragen, was einem zentralen Aufgabengebiet der Gemeinwesenarbeit entspricht.

Neben den Vorteilen im immateriellen Bereich werden auch materielle Faktoren im Sinne eines Ausbaus ökonomischer Strukturen im Gemeinwesen gestärkt. Im heutigen Geldsystem werden

im Gemeinwesen erarbeitete Werte meist nicht vor Ort re-investiert, sondern fließen rentableren Regionen im In- und Ausland zu. Dies führt zur Abwanderung von Firmen und zum Verlust von Arbeitsplätzen. Angesichts dieser Problemlage ist der Ausbau ökonomischer Strukturen im Gemeinwesen eine wertvolle Innovation, die neue Möglichkeiten für die Praxis der Gemeinwesenarbeit eröffnet.

Beim Vergleich der Auswirkungen von regionalem Geld mit den Leitlinien der Gemeinwesenarbeit wurde deutlich, dass Regiogeld in vielen Bereichen dazu beitragen kann, zentrale Ziele der Gemeinwesenarbeit umzusetzen. Regiogeld fungiert zielgruppenübergreifend, befähigt die Menschen ihre Lebenswelt zu gestalten, schafft Netzwerke und aktiviert Ressourcen, es verbessert sowohl materielle als auch immaterielle Faktoren im Gemeinwesen und nicht zuletzt stellt es eine mögliche Form der Gemeinwesenökonomie dar.

4 Ausblick

Die Lebensbedingungen im Gemeinwesen können durch die Verwendung von regionalem Geld umfassend verbessert werden. Sowohl Wirkungsweisen als auch Ziele von Regiogeld setzen an der grundlegenden Programmatik der Gemeinwesenarbeit an; somit stellt Regiogeld eine wichtige Handlungsoption der Gemeinwesenarbeit dar.

Angesichts der momentanen Lage in Deutschland wird das aktive Gestalten der wirtschaftlichen Bedingungsfaktoren im Kontext der lokalen Gemeinwesen immer wichtiger. Die aktuellen Problemlagen zeichnen sich u.a. aus durch zunehmende Arbeitslosigkeit, Schwächung der staatlichen Sicherungssysteme, einer immensen Verschuldung und der immer weiter aufklaffenden Schere zwischen Arm und Reich. Die heute als selbstverständlich hingenuommene Geldumlauf-sicherung durch den Zins führt zu einem unnatürlichen Wachstumszwang, zu einer immensen Verschuldung und letztlich zu einer stetigen Umverteilung des Vermögens von Arm zu Reich. Zudem werden Werte, die in lokalökonomischen Prozessen erwirtschaftet werden, heute meist

nicht vor Ort re-investiert, sondern fließen profitableren Regionen zu, was die Abwanderung von Firmen und den Verlust von Arbeitsplätzen mit sich bringt. Für die betroffenen Menschen bedeutet dies eine Zunahme von Ungleichheit, von Armut, von Mobilität und von den mit alledem einhergehenden sozialen Problemlagen.

Die Gemeinwesenarbeit muss sich diesen gesellschaftlichen Realitäten und Anforderungen anpassen. Es gilt, zukunftsfähige Lösungswege zu finden und diese gemeinsam mit den Bewohner/innen des Gemeinwesens zu beschreiten. Regiogeld als Handlungsoption der Gemeinwesenarbeit gewinnt hinsichtlich der dargestellten Problemlagen an Relevanz. Wenn in leistungsschwachen Gebieten Regiogeld als Instrument der Gemeinwesenarbeit in Zukunft stärker genutzt werden soll, ist es wichtig, dass Personen mit geringem Einkommen eine Beteiligung am Regiogeldsystem ermöglicht wird. Die Kombination mit einer Zeitwährung wie beim Sterntalersystem stellt hier einen möglichen Lösungsansatz dar.

Bei der Einführung von Regiogeld kann die Gemeinwesenarbeit eine wesentliche Rolle einnehmen. Zunächst sollte sie über Bildungsangebote die Menschen befähigen, sich den Ursachen ihrer Lage bewusst zu werden und nach geeigneten Lösungswegen zu suchen. Sehen die Bewohner/innen einer Region das Regiogeld als eine Möglichkeit an, ihr Leben vor Ort zu verbessern, dann sollte Gemeinwesenarbeit sie bei der Umsetzung unterstützen. Einerseits durch die Bereitstellung personeller und materieller Ressourcen; andererseits wäre die Gemeinwesenarbeit gefordert, als intermediäre Brückeninstanz die Vernetzung und Kooperation in der Region zu ermöglichen. Insgesamt ist es sehr wichtig, dass die Gestaltung und Einführung von Regiogeld immer an den Bedarfen der Menschen und des Gemeinwesens ausgerichtet ist.

Regiogeld stellt eine Möglichkeit dar, alternative Geldsysteme in der Praxis zu erproben. Durch die Nähe zur Lebenswelt können diese Systeme immer exakter an den Bedürfnissen der Menschen und dem jeweiligen Gemeinwesen ausgerichtet werden. Diese offene, kreative und prozessorientierte Art, Lösungen für heutige Probleme zu suchen, ist ein wichtiger Schritt, um

zukunftsfähige Modelle überhaupt entwickeln zu können.

PS: Der vorstehende Aufsatz fasst die Ergebnisse der Diplomarbeit von Katharina Schwaiger **„Zukunftsfähiges Geld! – Regiogeld als neue Perspektive für die Gemeinwesenarbeit“** zusammen, die im Fachbereich Soziale Arbeit der Katholischen Stiftungsfachhochschule München-Benediktbeuren entstand. Bei Interesse kann die Arbeit im Archiv für Geld- und Bodenreform ausgeliehen oder von der Verfasserin unter der Adresse k.schwaiger@freenet.de gegen einen Kostenbeitrag als pdf-Datei bestellt werden.

Anmerkungen

- [1] Vgl. Boer, Jo/Utermann, Kurt: Gemeinwesenarbeit, Community Organization, Ophouwerk. Einführung in Theorie und Praxis. Stuttgart 1970, S. 26/77.
- [2] Vgl. Karas, Fritz/Hinte, Wolfgang: Grundprogramm Gemeinwesenarbeit. Praxis des sozialen Lernens in offenen pädagogischen Feldern. Wuppertal 1978, S. 11.
- [3] Vgl. Mohrlock, Marion/Neubauer, Michaela/Neubauer, Rainer/Schönfelder, Walter: Let's organize! Gemeinwesenarbeit und Community Organization im Vergleich. München 1993.
- [4] Vgl. Karas, Fritz/Hinte, Wolfgang: Studienbuch Gruppen- und Gemeinwesenarbeit. Eine Einführung für Ausbildung und Praxis. Frankfurt/M 1989, S. 13-19.
- [5] Vgl. Müller, C. Wolfgang / Nimmermann, Peter: Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit. München 1971, S. 232.
- [6] Vgl. Mohrlok u.a. 1993, S. 61 und Hinte / Lüttringhaus / Oelschlägel (Hg.): Strategien in der Sozialen Arbeit und das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit. 2001, S. 7-65.
- [7] Vgl. Lüttringhaus, Maria: Zusammenfassender Überblick – Leitstandards der Gemeinwesenarbeit. In: Hinte / Lüttringhaus / Oelschlägel (Hg.) 2001, S. 263-266.
- [8] Vgl. Elsen, Susanne: Gemeinwesenökonomie – Eine Antwort auf Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung? Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Gemeinwesenökonomie im Zeitalter der Globalisierung. Neuwied/Kriftel 1998. – Vgl. außerdem Romppel, J. / Lüters, R. (Hrsg.), Erfolgsgeschichten der Gemeinwesenarbeit. Bonn: Stiftung Mitarbeit, 2005.
- [9] Vgl. Klöck, Tilo (Hg.): Solidarische Ökonomie und Empowerment. – 6. Jahrbuch Gemeinwesenarbeit. Neu-Ulm 1998.
- [10] Vgl. URL: <http://www.regionetzwerk.de/250.0.html>, Stand: 04.04.2006.
- [11] Vgl. Kennedy, Margrit / Lietaer, Bernard A.: Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand. München 2004.
- [12] Vgl. Bode, Siglinde: Potenziale regionaler Komplementärwährungen zur Förderung einer endogenen Regionalentwicklung. Diplomarbeit. Osnabrück 2004. – Siglinde Bode: Regionale Währungen für entwicklungsschwache Regionen – Möglichkeiten für eine regionale Ökonomie, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 144. Folge/2005, S. 3-10.
- [13] Vgl. Galler, Franz (Initiator und Geschäftsführer des STAR e.V.), 29.04.04 zit. nach Bode 2004, S. 109.

Global Cities, ihr Hinterland und der Rest der Welt

„Ein Wirtschaftsaufschwung erfasst kaum jemals das ganze Land und die ganze Bevölkerung. ... Die Wachstumsregionen sind in erster Linie Knotenpunkte globaler Produktionsnetze und nicht als Vorreiter einer Volkswirtschaft zu betrachten. ... Die Globalisierung von Wirtschaftstätigkeiten führt also nicht zu einer geografisch gleichmäßigen Ausdehnung des Wirtschaftswachstums im globalen Raum, sondern zu zugespitzten Ungleichheiten und Unterschieden zwischen Regionen und Standorten. ... In Global Cities wie Tokio, Hongkong, New York oder London laufen die Kommandostränge zusammen; dort sind Finanzinstitute, Konzernleitungen, Kommunikationsindustrien und Forschungszentren in großer Dichte angesiedelt. Als globalisiertes Hinterland können hingegen die Räume der weltweit vernetzten Dienstleistungs- und Güterproduktion angesehen werden, also Softwarehäuser, Fabriken für Massengüter, Zonen der Rohstoffgewinnung und Tourismusgebiete. ... Und die ausgegrenzte Restwelt schließlich ist der Lebensraum der für den Weltmarkt weitgehend rückständigen, wenn nicht überflüssigen Mehrheit der Weltbevölkerung.“

Wolfgang Sachs und Tilman Santarius, Fair Future – Ein Report des Wuppertal-Instituts, München 2. Auflage 2005, S. 78–79.

Streitfall Regionalwährungen

Hugo Godschalk

Die seit 1998^[1] in Deutschland wieder in Umlauf gebrachten Regionalwährungen^[2] ziehen nicht nur die Aufmerksamkeit der Presse auf sich, sondern werden nun auch auf wissenschaftlicher Ebene diskutiert. Eine kritische Position bezieht Dr. Gerhard Rösl, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Deutschen Bundesbank, in seinem in der Regiogeldbewegung viel diskutierten Beitrag "Regionalwährungen in Deutschland".^[3]

Rösls Analyse beruht auf einer wirtschaftlichen Kosten-/Nutzen-Betrachtung aus Sicht des Regiogeld-Herausgebers und der Nutzer (Konsument und Händler) der Komplementärwährung im Vergleich zur Landeswährung Euro. Er bezieht sich dabei auf das Regiogeld, das durch Euro-Umtausch in Umlauf gebracht wird (z. B. Chiemgauer^[4]). Für den Herausgeber – so Rösl – besteht ein deutlicher Nutzen, bedingt durch die Einnahmen aus Geldschöpfungsgewinn (Zinseinnahmen aus Anlage der eingenommenen Reservewährung Euro^[5]), periodischem Schwund (z. B. 2% pro Quartal) und Rücktauschdisagio (z. B. 5%). Dabei lässt er die Einnahmen durch den lukrativen Verkauf der Scheine zum Nennwert an Sammler, die das Geld horten und voraussichtlich nie zum Rücktausch gegen Euro anbieten werden, noch unberücksichtigt.

Nun unterstellt Rösl den Geldherausgebern neben Idealismus auch Gewinnabsichten: "Auf der Seite der Regionalgeld-Anbieter dürfte ein sich von einem mangelnden Verständnis der offiziellen Geldwirtschaft genährter Idealismus mit der Aussicht auf überhöhte Geldschöpfungsgewinne paaren."^[6] An anderer Stelle lautet die suggestive Überschrift "Idealismus oder Abzocke?"^[7] Fairerweise erwähnt Rösl jedoch, dass in der Praxis mit einem Teil der Einnahmen oft lokale gemeinnützige Projekte gefördert werden.

Wer sich in der Regiogeld-Bewegung auskennt, wird kaum zur Schlussfolgerung gelangen, dass die Herausgeber den inkorporierten Wertverlust aus Einnahmegründen konzipiert haben. Der Schwund des Regiogeldes basiert auf der

Theorie und historischen Praxis des Freigeldes, wonach eine periodische Abwertung den Umlauf sichern sollte. Das Disagio beim Rücktausch in Euro sollte einen Anreiz bilden, das Regiogeld weiter in der Region einzusetzen. Es ist unbestreitbar, dass diese pekuniären Steuerungsmechanismen des Regiogeldsystems zu Einnahmen der Herausgeber führen. Diese fließen in der Regel nicht in die Privatschatulle irgendwelcher Abzocker, sondern werden zur Kostendeckung der Emittenten (meist Vereine) eingesetzt und werden oft veröffentlicht. Es ist – im Hinblick auf die (noch) relativ geringe Regiogeldmenge – sehr unwahrscheinlich, dass die Emission des Geldes überhaupt derzeit und auf absehbare Zeit Gewinne abwirft. Die Einführung einer zusätzlichen Privatwährung erfordert wegen der systemimmanenten Netzwerkeffekte hohe Vertriebsressourcen zur Erreichung der kritischen Masse. Der Nutzen einer Währung ist generell abhängig von der Anzahl der Zahlungsgeber und -nehmer und tritt erst ab einer bestimmten (kritischen) Menge von Teilnehmern ein. Die Ausgabe von Papiergeld verursacht hohe Kosten für die Logistik (Ausgabe und Rücktausch) und Ressourcen zur Vermeidung des Fälschungsrisikos. Außerdem erfordert die Privatgeldausgabe außerhalb des Bankenbereichs zusätzliche Kosten zur Vertrauensbildung. Bei den Regiogeld-Initiativen fallen viele Kosten nur deshalb nicht an, weil die Arbeit oft ehrenamtlich bzw. gegen nicht-marktübliche Vergütungen geleistet wird.

Als nächstes stellt Rösl die Frage, warum Konsumenten und Händler das Geld freiwillig trotz "Schwund" und Rücktauschgebühr als Zahlungsmittel nutzen und akzeptieren. Im Vergleich zum Euro ist die Akzeptanz wesentlich geringer, es entstehen Informations- und Transaktionskosten und das Geld unterliegt einer eingebauten Wertminderung, die höher ist als die Inflation im Euro-System. Auf der anderen Seite der Bilanz steht die Hoffnung auf eine monetär bedingte Verlagerung bzw. Erhöhung der effektiven Nach-

frage zugunsten der Region und seiner wirtschaftlichen Akteure. Rösl bestreitet diese Effekte nicht, bezweifelt allerdings deren Nachhaltigkeit, da – nach anfänglicher Euphorie und Stroheffekten – die oben genannten Kosten des Systems die Vorteile aus Sicht des Geldhalters zunichte machen. Im Vergleich zum Euro beziffert Rösl die Kosten des Geldhalters bei 2% Schwund pro Quartal und 5% Rücktauschgebühr auf insgesamt 13% des Nennwertes gegenüber ca. 2% beim Euro. Der Kostenvergleich ist aber statisch aus Sicht eines Geldhalters, der in einer Zeitperiode Regiogeld und Euro in seiner Kasse hält.

Da das Regiogeld im Vergleich zum Euro aus Sicht der Geldhalter das "schlechtere" Geld (Schwund und geringere Akzeptanz) darstellt und außerdem ausschließlich in der Region eingesetzt werden kann, werden die Geldhalter im Vergleich zum Euro dieses Geld bevorzugt einsetzen, um es wie einen "schwarzen Peter" schnell wieder loszuwerden. Die Regiogeldwirkung beruht auf diesem sogenannten Gresham'schen Gesetz, wonach bei einem festen Wechselkurs das schlechtere Geld das gute Geld verdrängt. Die Umlaufgeschwindigkeit des "schlechteren" Nebengeldes wird also höher sein als das des "guten" Geldes. Diese höhere Umlaufgeschwindigkeit des Nebengeldes ist nicht nur theoretisch plausibel, sondern auch in der Praxis nachweisbar. So beträgt die Umlaufgeschwindigkeit^[8] des innerhalb der Bodelschwingschen Anstalten in Bielefeld-Bethel verwendeten Bethel-Geldes ca. 14 p.a.. Die Umlaufgeschwindigkeit von M1 (Bargeld und Sichteinlagen) beträgt in Deutschland ca. 3,5 p.a.^[9] Während der Weltwirtschaftskrise wurde in den USA in vielen Städten lokales Geld (zum Teil auch auf Schwundgeld-Basis) emittiert. Bei bestimmten Arten dieses Nebengeldes wurden Ausgabedatum, Einlösedatum und jede Transaktion festgehalten, so dass die Umlaufgeschwindigkeit exakt ermittelt werden konnte. Die Geschwindigkeit betrug z. B. bei dem Regionalgeld in der Stadt Santa Cruz (Kalifornien) ca. 48 p.a., während der Dollar (M1) in dieser Periode im Durchschnitt nur 2,2 bis 2,4 mal eingesetzt wurde.

Ein statischer Kostenvergleich zwischen Euro und Regiogeld ohne Berücksichtigung der jewei-

ligen Umlaufgeschwindigkeit ist daher wenig aussagekräftig und aus Sicht der Teilnehmer auch nicht relevant, denn das Geld wird nicht statisch in der Kasse eines Geldhalters gehalten bzw. die Kosten verteilen sich bei unterschiedlicher Umlaufgeschwindigkeit nicht auf die gleiche Anzahl der Nutznießer. Die Kosten der Geldhaltung sollen auf die jeweils mit dem Geld generierten Umsätze bezogen werden. Wenn die Umlaufgeschwindigkeit des Regiogeldes z. B. um einen Faktor 4 höher wäre als die des Euro, wären die direkten Kosten des Teilnehmers bezogen auf den jeweiligen Umsatz zwischen Euro (2% p.a.) und Regiogeld (8% Schwund p.a.) in dem Rösl'schen Rechenbeispiel^[10] wieder ausgeglichen.

Rösl differenziert in seiner Analyse zwischen Nebengeld mit und ohne inkorporiertem Wertverlust. Außerhalb der Regiogelder gibt es eine Vielzahl privater Gelder, die ohne "Schwund" konzipiert sind, wie z. B. die Tauschringwährungen und die sogenannten Unternehmensgelder (z. B. Händlerübergreifende Bonussysteme, in denen die Bonuswerteinheiten als Zahlungsmittel eingesetzt werden können). Rösl räumt dieser Art des Nebengeldes aufgrund der geringeren Kosten des Geldhalters eine größere Chance ein, sich als Privatgeld neben dem Euro zu etablieren. Er stellt damit die berechnete und für die Regiogeld-Bewegung wichtige Frage, ob der "Schwund" für die beabsichtigte Wirkung des Regionalgeldes überhaupt erforderlich ist oder sogar hemmend wirkt. Dadurch, dass das private Nebengeld per Definition eine geringere Akzeptanz als die staatliche Währung hat, weist das Geld bereits durch die Wirkung des Gresham'schen Gesetzes eine effektive Umlaufsicherung auf. Das Regiogeld ist damit mit einer doppelten Umlaufsicherung, die zu doppelten Kosten für die Teilnehmer führt, belastet. Ob der Schwund als zusätzliche Umlaufsicherung eher nachteilig wirkt, wird sich in der Praxis zeigen. Aus diesem Grund erscheint es sinnvoll, wenn sich auch Regiogeld-Initiativen etablieren, die das Geld als Alternative ohne Schwund emittieren.

Anmerkungen

[1] Die (vermutlich) erste Regionalwährung auf Papiergeld-Basis mit einer periodisch im Voraus festgelegten Wertminderung

- in Deutschland während der Nachkriegszeit war nicht – wie oft behauptet – der “Roland” in Bremen (2001), sondern der sogenannte “Phö” in Arnstadt (1998). Das in Berlin Dezember 1993 ausgegebene “Knochen-Geld” war zwar “Schwundgeld”, aber dessen Umlauf war nur für wenige Wochen als künstlerische Aktion geplant und nicht als eine auf Dauer angelegte Geldemission.
- [2] Der Begriff Regionalwährungen (auch “Regios” oder “Regiogeld” genannt) ist hier definiert als von privater Hand emittierte Werteinheiten in Form von Papiergeld, die auf lokaler Ebene primär als Zahlungsmittel genutzt werden. In der Regel hat dieses Privatgeld eine relativ begrenzte Gültigkeitsdauer und eine im Voraus festgelegte Wertminderung, die periodisch eintritt und/oder erst bei Einlösung bzw. bei Umtausch in Landeswährung als Disagio wirksam wird. Im Hinblick auf die eingebaute Abwertung wird dieses Geld oft als Schwundgeld bezeichnet.
- [3] Gerhard Rösl (2005a), Regionalwährungen in Deutschland, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 3/2005, S. 182-190.
- [4] Diese Art der Emission (Umtausch gegen Euro) ist in der Praxis derzeit am häufigsten zu beobachten. Es gibt aber auch Varianten, in denen das Regiogeld auf dem Kreditweg oder ohne Gegenleistung zugeteilt wird.
- [5] Rösl unterstellt eine Währungssubstitution. In diesem Fall verlagern sich die Geldschöpfungsgewinne vom Euro-System zu den Regiogeld-Emittenten. In der Regel führt aber die Regiogeld-Emission zu einer zusätzlichen Geldmenge, denn die ein genommenen Euros werden in Form von kurzfristigen Einlagen dem Wirtschaftskreislauf nicht entzogen.
- [6] Rösl (2005a), S. 186.
- [7] Gerhard Rösl (2005b), Regionalgeld in Deutschland – Lokale Konkurrenz für den Euro?, in: Bundesbankmagazin, Nr.2 (2005), S.18.
- [8] Die Umlaufgeschwindigkeit berechnet sich durch die Division des mit dem Nebengeld generierten Umsatzes durch die in Umlauf gebrachte Geldmenge. Der jährliche mit Bethel-Geld generierte Umsatz beträgt derzeit ca. 900.000 € bei einer Geldmenge von ca. 65.000 €.
- [9] Seit der Einführung des Euro-Bargeldes ist die Umlaufgeschwindigkeit für den deutschen Wirtschaftsraum nicht mehr exakt messbar. In 2000 betrug die Umlaufgeschwindigkeit von M1 in Deutschland ca. 3,5 (Brutto sozialprodukt/M1). Eine Differenzierung der Umlaufgeschwindigkeit nach Bargeld und Sichteinlagen ist nicht möglich, da das mit dem jeweiligen Geld generierte Sozialprodukt nicht separat ermittelt werden kann.
- [10] Ohne Berücksichtigung der Rücktauschgebühr

„Die Welt verändern durch gewaltfreie Kommunikation“

„Wenn wir uns darüber bewusst sind, dass wir alle eins sind, dann kann keines unserer Bedürfnisse jemals erfüllt sein, ohne dass dieses Bedürfnis auch bei allen anderen Menschen erfüllt ist. ... Wenn ich alle Menschen auf dieser Welt im Blick habe, ist mein Bedürfnis nach Nahrung noch nie erfüllt worden. ...

Stellen Sie sich vor, Sie kommen an einem Fluss vorbei und sehen ein Baby im Wasser treiben, das gegen das Ertrinken kämpft. Selbstverständlich springen Sie ins Wasser und retten das Kind. Kaum haben Sie es aus dem Wasser gezogen, sehen Sie zwei weitere Babys im Fluss. Also springen Sie wieder rein und ziehen auch diese beiden aus dem Wasser. Dann tauchen plötzlich noch mehr – drei, vier, fünf Babys im Wasser auf. Wann hören Sie auf, die Babys aus dem Wasser zu ziehen, und gehen flussaufwärts, um nachzusehen, wer eigentlich die Babys ins Wasser wirft? Verstehen Sie, was ich meine? In der Welt, in der wir leben, werden sozusagen ständig Babys ins Wasser geworfen. Wir könnten unser ganzes Leben lang am Flussufer zubringen und würden doch nur einige wenige Babys retten. Wir haben wirtschaftliche Strukturen, in denen täglich 30.000 Menschen auf der Welt verhungern. ...

Ich begreife es einerseits als unsere Aufgabe, uns selbst und unser persönliches Umfeld von der Gewalt in unserer Sprache und in unserem Denken zu befreien. Und andererseits ist es unsere Aufgabe, die Machtstrukturen zu verändern, die uns überhaupt erst so konditioniert haben und die immerfort das Unglück produzieren, das wir bekämpfen. ...

Ich bin davon überzeugt, dass unter den politischen und wirtschaftlichen Strukturen, in denen wir leben, alle leiden. Von außen mag es so aussehen, als gäbe es Gewinner und Verlierer. Doch diejenigen, die das meiste Geld verdienen, zahlen bitter dafür: in psychischer und spiritueller Hinsicht. Jemand, der viel Reichtum auf Kosten anderer angehäuft hat, lebt in einer Welt, in der es hauptsächlich um Geld geht. Was ist das für ein Leben? Es mag noch so nett sein, aber es entspricht nicht unseren Bedürfnissen. Die ganze Konsumkultur basiert auf der Ersatzbefriedigung von Bedürfnissen. Und das ist eines unserer größten Ziele in den nächsten Jahren: den Menschen effektivere Wege zu zeigen, wie sie ihr Bedürfnis nach Sinn erfüllen können.“

Marshall Rosenberg, Konflikte lösen durch gewaltfreie Kommunikation – Ein Gespräch mit Gabriele Seils. Freiburg 7. Aufl. 2006, S. 130–133 + 142.

Wurden die ägyptischen Pyramiden mit einer „Demurrage“-Währung gebaut?

Hugo Godschalk

In Mitteleuropa sind die Gotik und das Geldsystem der Brakteaten (Münzgeld ohne hohen intrinsischen Wert, das sich durch die begrenzte Gültigkeit vermutlich einer hohen Umlaufgeschwindigkeit erfreute) mehr oder weniger auf den selben Zeitraum zu datieren. In dieser wirtschaftlichen Blütezeit wurden auch die Kathedralen, Bauwerke für Gott bzw. die Ewigkeit, gebaut. Über die unmittelbare Kausalität zwischen einem zinsfreien Geldsystem, das langfristige Investitionen fördert, und dem Bau der Kathedralen kann man streiten^[1]. Abweichende Theorien vermuten eher eine Art Zwangsspendenfinanzierung durch klerikale Androhung göttlicher Strafen bzw. Belohnungen oder eine Kreditfinanzierung durch die Templer, die als frühkapitalistische Banker eine zweifelhafte Rolle einnahmen^[2]. Auf jeden Fall gibt es zwischen Brakteaten und gotischen Kathedralen eine zeitliche Synchronizität und es ist plausibel, dass die außergewöhnliche ökonomische Blütezeit des 13. Jahrhunderts ein fruchtbarer Nährboden für diese monumentalen Bauprojekte war.

Dieser in der freiwirtschaftlichen Literatur^[3] bereits seit langem diskutierte Zusammenhang zwischen dem Geldsystem der Brakteaten und der Blütezeit der Gotik bzw. dem Kathedralenbau wurde insbesondere von Bernard Lietaer^[4] in seinem Buch „Mysterium Geld“ erneut aufgegriffen und somit weiter popularisiert. Bemerkenswert ist aber seine Ergänzung dieser These. Neben den Brakteaten stößt er ein weiteres vergessenes Währungssystem auf: das Korngiro im alten Ägypten, eine durch Waren gedeckte „Demurrage“-Währung mit Erhebung von Liegegebühren. Die Verknüpfung beider historischer Perioden führt nun zur zentralen These seines Buches, dass es „eine verblüffende Korrelation zwischen Archetypen und Währungssystemen gibt.“^[5] Der Archetyp der Großen Mutter (manifest im ägyptischen Isis-Kult bzw. im mittel-

alterlichen Schwarze Madonna-Kult) bzw. dessen Unterdrückung sei der emotionale Ursprung jeweiliger Geldsysteme. Beide Perioden historischer Komplementärwährungen mit „Demurrage“ (sog. Yin-Währungen) stehen nicht nur für den besonderen Stellenwert des Weiblichen, sondern – so Lietaer – auch für kulturelle Höchstleistungen und auf Dauer ausgerichtete Bauanlagen: die Pyramiden und Kathedralen^[6]. Diese These wird dankbar nicht nur in esoterischen Kreisen, sondern auch von Befürwortern der Komplementärwährungen im In- und Ausland kritiklos weiter kolportiert. Das Korngiro im alten Ägypten – eine Komplementärwährung auf „Demurrage“-Basis – führte demnach zur großen ökonomischen Blüte und damit zum Bau der Pyramiden. Diese These ist abenteuerlich. Warum?

Lietaer bezieht sich auf das sogenannte Korngiro-System, ein girales Überweisungssystem auf Basis von Korn, das von Bauern bei den staatlichen Lagerhäusern eingeliefert wurde. Zahlungen in Korn konnten mittels Überweisungen bargeldlos getätigt werden. Für die Verwaltung wurde eine Lagegebühr erhoben. Diese waren gedeckte Währung mit periodischem Schwund existierte nachweislich allerdings erst in der sogenannten ptolemäischen Zeit (ab 322–30 v. Chr) und später während der römischen Zeit (1. bis 4. Jh. n. Chr). Das Korngiro wurde durch Auswertung der Papyri-Dokumente durch Friedrich Preisigke 1910 in seinem Standardwerk^[7] ausführlich analysiert und beschrieben und 1986 von mir als bemerkenswertes historisches Beispiel eines Verrechnungssystems in der Naturalwirtschaft erneut aus der Vergessenheit hervorgehoben^[8]. Lietaer übernimmt 1996 diesen Fund, setzt sich aber – offenbar ohne Lektüre der Preisigke-Quelle – großzügig über den Befund der Papyri-Forschung hinweg. Obwohl das Korngirosystem erst in Papyrus-Dokumenten der ptolemäischen Zeit (ab 322 v. Chr.) erwähnt wird,

verschiebt Lietaer stillschweigend die Anfänge dieses Systems um nicht weniger als ca. 1100 (!) Jahre nach vorne und beruft sich ohne Begründung auf den biblischen Joseph als mutmaßlichen Erfinder dieses Währungssystems. Die Aktivitäten von Joseph werden um 1400 v. Chr. während der 18. Dynastie (1551 – 1305 v. Chr.) angesiedelt. Die biblische Geschichte der spektakulären Karriere Josephs vom hebräischen Sklaven zum mächtigsten Mann unter dem Pharao geht zwar auf rechtzeitige Kornvorratshaltung zurück, es gibt aber keine Hinweise auf die Etablierung eines (Korn-)Währungssystems. Im Gegenteil, die anti-zyklischen Maßnahmen führen im Verlauf der sieben „mageren“ Jahre zu einer diktaturähnlichen Zwangswirtschaft, Enteignung und Leibeigenschaft der ägyptischen Bevölkerung (1. Mose 47). Das sind nicht gerade die erhofften Ergebnisse der Einführung einer „Demurrage“-Währung. Ein zweiter Einwand gegen diese willkürliche zeitliche Verlagerung ist die Tatsache, dass sich der Übergang zur Geldwirtschaft in Ägypten im Vergleich zu anderen Ländern relativ spät vollzog. Bis zur 30. Dynastie (ca. 500 bis 400 v. Chr.) haben die Historiker keine nennenswerten Spuren einer Geldwirtschaft finden können.

Lietaer beschreibt das Korngiro als lokale Komplementärwährung, die demokratisch kontrolliert und von den Kornbauern selbst geschöpft wurde^[9]. Das System endete – so Lietaer^[10] – sofort, nachdem die Römer die Getreidewährung durch die römische Geldwährung ersetzten. Das Korngiro als demokratisch kontrollierte Privatwährung wäre zwar eine wünschenswerte Vorstellung, entspricht aber nicht den historischen Tatsachen. Das Korngirosystem war ausschließlich in staatlicher Hand^[11]. Die Entstehung des staatlichen Korngirosystems geht vermutlich zurück auf den Mangel an Edelmetall, welches in einer expandierenden Ökonomie dringend für den Import und zur Finanzierung militärischer Aktionen nachgefragt wurde^[12]. Die ptolemäische Zeit wird durch eine ökonomische Blüteperiode gekennzeichnet. Alexandria war in dieser Periode als Zentrum einer „globalisierten“ Welt vergleichbar mit dem heutigen New York. In dieser Zeit entstanden imposante Bauwerke

wie der Hafen und der weltberühmte Leuchtturm. Gleichzeitig war diese Periode aber „ein Unge-tüm aus Gier und moralischer Orientierungslosigkeit“.^[13]

Erst später in der römischen Zeit entstanden in Ägypten Privatbanken. Das Korngiro war zwar eine für Inlandszahlungen genutzte Komplementärwährung^[14], aber erst nachdem das von Privatbanken betriebene Geldgirowesen sich während der römischen Herrschaft (1.–4. Jahrhundert n. Chr.) neben dem staatlichen Korngiro etabliert hatte. Das staatliche Korngiro wurde also nicht durch das private Geldgiro ersetzt. Erst in dieser Periode finden wir die interessante Konstellation der Koexistenz einer staatlichen Warenwährung mit Negativzins und einem Giralgeld, das vermutlich verzinst wurde^[15]. Gerade diese Periode wird aber von den Historikern nicht als ägyptische Blütezeit bezeichnet, sondern kennzeichnet eher das Ende dieser Hochkultur und antiken Supermacht.

Halten wir fest: Es gibt keine Hinweise auf eine Existenz des Korngirosystems vor dem 4. Jh. v. Chr. und erst in der römischen Zeit (1.–4. Jh. n. Chr.) ist dieses System komplementär zur traditionellen Geldwirtschaft.

Das Jonglieren Lietaers mit Jahrhunderten wird noch grotesker, wenn der Bau der Pyramiden als zeitgleich mit dem „Demurrage“-Korngiro einbezogen wird. Das goldene Zeitalter der großen Pyramiden (Snofru, Cheops, Chephren) findet im Alten Reich während der 4. Dynastie statt (2570–2450)^[16]. Hier widerspricht sich Lietaer selbst. Wenn Joseph der Erfinder des segensreichen Korngirosystems sein sollte, musste der Start des „Demurrage“-Geldes also um 1400 v. Chr. angesetzt werden. Das Problem ist aber, dass zu Josephs Zeit die Pyramiden bereits seit mehr als 1000 Jahren im ägyptischen Sand standen.

Die nun notwendige Hypothese Lietaers einer Rückwärtsverlängerung des Korngirosystems um mehr als 2000 (!) Jahre^[17] wird von ihm ohne Begründung postuliert: „The first pyramid appeared during the early dynastic period. Demurrage currencies appear sometime during this extensive period of history, possibly during the old kingdom (2575–2150 v. Chr.; Anm. d. Verf.).“

[18] Diese Annahme bedeutet nicht nur einen 2000-Jahre-Dornröschenschlaf in der evolutorischen Entwicklung des Geldes, sondern ist auch im Hinblick auf das derzeitige archäologische Wissen unhaltbar.

Das Alte Reich der großen Pyramiden war durch eine staatlich gelenkte Verteilungs- und Naturalwirtschaft mit stark zentralistischer Staatsverwaltung gekennzeichnet [19]. Der Pharao war grundsätzlich Eigentümer des ganzen Landes und aller Menschen. Der eingeschränkte Privatbesitz von Boden war nur für privilegierte Menschen möglich. Die Arbeit der Menschen im Dienste des Staates wurde in der Regel vom Staat in Naturalien (Brot, Bier, Öl, Getreide, Kupfer, usw.) entlohnt. Nur in geringem Umfang gab es private Märkte. Preise und Löhne waren staatlich fixiert. Die Herrscher kontrollierten den größten Teil der Gesamtproduktion. Dieses Wirtschaftssystem "war die Basis für die gewaltigen Leistungen, zu denen die altägyptische Kultur in der Lage war. [20]" Keine Spur von Marktwirtschaft und Geldexistenz, geschweige von irgendwelchen privaten demokratisch kontrollierten "Yin-Währungen". Erst im späten Neuen Reich (ab ca. 1300 v. Chr.) gibt es Anzeichen für eine gewisse Präferenz von Silber, Kupfer und Getreide in Entlohnungs- und Tauschbeziehungen.

Diese These vom Zusammenhang zwischen Pyramidenbau und „Demurrage“-Währung ist (leider!) ein monetäres Märchen, mit dem sich manche Befürworter der Komplementärwährungen leichtfertig dem Spott ihrer Kritiker aussetzen.

Anmerkungen

- [1] Vgl. Ulrich Busch und Ulrike Busch, Die Brakteaten des Mittelalters – ein historisches Phänomen von aktueller Bedeutung?, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, Nr. 135 (2002), S. 15-23.
- [2] Nach Gimpel gibt es unterschiedliche Beweggründe für den "Kathedralenkreuzzug", die zeitlich zusammenfielen: die Spendenbereitschaft der Kaufleute zur Befreiung des schlechten Gewissens bedingt durch die ökonomische Blüte, Ablaßgewährung, fanatischer Lokalpatriotismus und "Weltrekordfieber". Vgl. Jean Gimpel, Die Kathedralenbauer, Holm 1996, S. 25ff.
- [3] Siehe u.a. Karl Walker, Das Geld in der Geschichte, Lauf bei Nürnberg 1959 und Hans Weitkamp, Das Hochmittelalter – ein Geschenk des Geldwesens, Lindenberg 1988.
- [4] Siehe Bernard A. Lietaer, Mysterium Geld, Emotionale Bedeutung und Wirkungsweise eines Tabus, München 2000. Lietaer

griff die These bereits 1996 in seinem Manuskript "A Global Currency Proposal" auf, sowie 1997 in dem in der Zeitschrift Yes veröffentlichten Interview. Siehe B. Lietaer im Gespräch mit Sarah van Gelder, in: Yes, Nr. 2 (1997): <http://www.yes-magazine.org/article.asp?ID=886>

- [5] Lietaer (2000), S. 157.
- [6] In der Geschichte gibt es auch viele andere Beispiele kultureller und bautechnischer Höchstleistungen, die bis heute zu besichtigen sind. Der Bau des Colosseums in Rom oder der Akropolis in Athen hat aber sicherlich keine komplementär währungshistorischen Hintergründe.
- [7] Vgl. Friedrich Preisigke, Girowesen im griechischen Ägypten enthaltend Korngiro Geldgiro Girobanknotariat mit Einschluß des Archiwesens, Straßburg 1910 (Nachdruck Hildesheim – New York 1971).
- [8] Vgl. Hugo Godschalk, Die geldlose Wirtschaft, Vom Tempeltausch bis zum Barter-Club, Berlin 1986, S. 17 f.
- [9] Lietaer im Interview mit Hans-Peter Studer: http://www.kurskontakte.de/article/show/article_424bf978dfd28.html
- [10] Vgl. Lietaer im Interview mit Sarah van Gelder (1997).
- [11] Vgl. Preisigke, S. 3.
- [12] Vgl. Glyn Davies, History of Money, From ancient times to the present day, Cardiff 2002, S. 52ff.
- [13] Matthias Schulz, Perle des Mittelmeers, in: Der Spiegel, Nr. 19 vom 8. Mai 2006, S. 169. Die aktuelle Ausstellung „Ägyptens versunkene Schätze“ im Martin-Gropius-Bau (Berlin) zeigt die spektakulären Unterwasserfunde aus der ptolemäischen Zeit.
- [14] Lietaer bezeichnet die Ko-Existenz einer Inlandswährung mit einer nur für den Fernhandel genutzten Außen-Währung bereits als Beispiel einer Komplementärwährung. Vgl. Lietaer (2000), S. 216. Gemäß dieser Definition hat es aber unzählige Fälle historischer Komplementärwährungen gegeben. Eine Komplementärwährung soll aber – gerade im Hinblick auf ihre ökonomische Wirkung – komplementär und substitutiv zu der Kernwährung innerhalb einer Volkswirtschaft bzw. innerhalb eines Wirtschaftsraums genutzt und akzeptiert werden.
- [15] Vgl. Preisigke (1910), S. 187
- [16] Erste Stufenpyramiden (Sakkara) gab es unter König Djoser bereits in der 3. Dynastie (2635-2570 v. Chr.).
- [17] In diesem Beitrag wird die Mainstream Ägypten-Chronologie zugrundegelegt. Kritiker, wie Heinsohn und Illig werfen dieser Zeitrechnung vor, daß viele Phantom-Perioden enthalten sind. Durch das radikale Zusammenstreichen dieser Phantomperioden verkürzen Heinsohn und Illig die ägyptische Chronologie und verlegen die Bauperiode der großen Pyramiden ins 7. Jahrhundert v. Chr. Siehe Gunnar Heinsohn und Heribert Illig, Wann lebten die Pharaonen?, Gräfelfing 1997. Diese abweichende Chronologie bietet allerdings für Lietaer keine Rettung, denn zwischen der Pyramiden-Zeit und dem ptolemäischen Ägypten liegen mehrere hundert Jahre und für die Pyramiden-Zeit gilt weiterhin die geldlose Naturalienwirtschaft.
- [18] Bernard A. Lietaer und Stephen M. Belgijn, Of human wealth, New Money for a New World, Pre-publication edition, Version 4.1, Boulder 2006, S. 86.
- [19] Zum Wirtschaftsleben im Alten Ägypten siehe u.a. o.V. (2001), Die Kaufleute segeln flußab und flußauf, Wirtschaftsleben im Alten Ägypten: <http://www.judithmathes.de/aegypten/arbeitswirtschaft.htm> und Manfred Gutgesell, Arbeiter und Pharaonen, Wirtschafts- und Sozialgeschichte im Alten Ägypten, Hildesheim 1989.
- [20] Gutgesell (1989), S. 34.

Entwicklungsstand und Perspektiven der Regionalgeldbewegung

Ralf Becker

Rückblick auf die „Gründerzeit“

Seit der Einführung des Euro am 1. Januar 2002 sind in Deutschland und Österreich 16 Regionalgelder eingeführt worden. Dazu gehört der wohl am bekanntesten gewordene „Chiemgauer“, der am 1. Januar 2003 das Licht der Welt erblickte und inzwischen von 430 Anbietern akzeptiert wird.

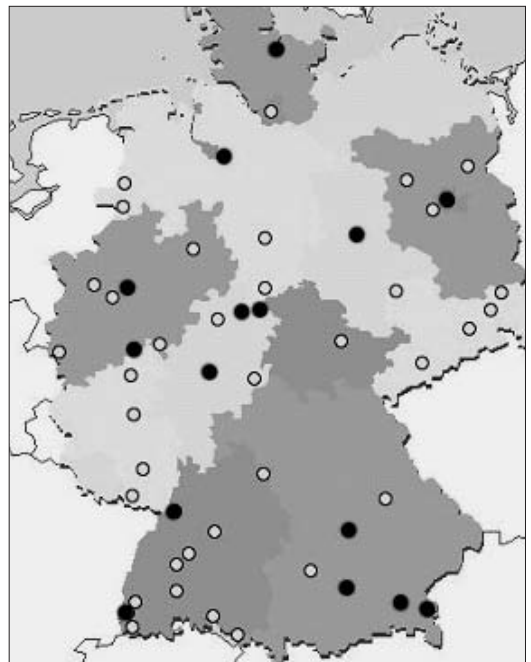
Mehr als 1.200 Mitglieder haben das Umsatzvolumen des Chiemgauers im Jahr 2005 auf 720.000 Euro verdoppelt, die Umlaufgeschwindigkeit eines Chiemgauers ist mit 15,7 bereits drei Mal so hoch wie die eines Euros^[1]. Seit dem Medienerfolg des Chiemgauers und der Gründung des Regionetzwerks im August 2003 formieren sich immer mehr Initiativen, von denen viele sich am Erfolg des Chiemgauer-Modells orientieren.

Noch vor dem Euro startete bereits im September 2001 der Bremer „Roland“ mit inzwischen über 140 Teilnehmer/innen. Aufgrund seiner engen Kopplung an ökologische Landwirtschaftskreisläufe ist der Nutzerkreis dieser Währung kleiner als beim Chiemgauer. Die Initiator/innen des Roland verstehen sich gemäß ihrer Rechtsauffassung als nicht unter das Kreditwesengesetz fallende Organisation^[2] und haben inzwischen auch Spar- und Darlehenskonten eingerichtet.

Im Januar 2004 startete mit dem „KannWas“ in Schleswig-Holstein die erste landesweite Regionalwährung, im März 2004 folgte mit dem „Justus“ das erste nicht-euro-gedeckte Regiogeld in Gießen. Große Aufmerksamkeit erfuhr dann wieder die Einführung des von der Bundesdruckerei gedruckten und gesponserten „Berliners“^[3] im Februar 2005 in Anwesenheit des damaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse MdB^[4], nachdem dpa eine Falschmeldung herausgab und korrigierte, der Berliner solle den Euro in der Bundeshauptstadt ersetzen.

In Österreich erfährt der „Waldviertler“ bereits Unterstützung durch die Bundesregierung – die österreichische Arbeiterkammer finanziert sieben Stellen zum Ausbau dieses Regiogeldes (in der Region um Schrems und Waidhofen an der Grenze zu Tschechien). Zuletzt starteten der „Volmetaler“ in Hagen mit beachtlichen 120 Akzeptanzstellen und die „Bürgerblüte“ in Kassel. In Kürze kommt als nächstes Regiogeld in Potsdam die „Havelblüte“ hinzu.

Eine Übersicht über den derzeitigen Stand der in Deutschland bereits tätigen und der noch in Vorbereitung befindlichen Regionalgeldinitiativen vermittelt die nachfolgende Grafik (mit direkten Links auf die Internetseiten der einzelnen Initiativen unter www.regiogeld.de):



● existierender Regio ○ Regio in Vorbereitung

Neuere Varianten und Konfliktlinien

Als Modellprojekt des im Februar 2006 aus dem Regionetzwerk hervorgegangenen Regiogeld-Verbandes erforscht der „Sterntaler“ im Berchtesgadener Land

- die Kombination von Zeit und Geld in einem Schein
- die Kompatibilität zum Chiemgauer (der in Teilen der Sterntaler-Region ebenfalls akzeptiert wird)
- Landesübergreifende Währungen (Grenzüberschreitung nach Österreich)
- das Ziel weitgehender Eigenfinanzierung.

Für die Regiobewegung ist der Sterntaler damit gleich in mehrfacher Hinsicht ein Vorreiter – in der Verknüpfung eines bestehenden Tauschringes mit Regiogeld, im Ausloten der Kooperation mit einer unmittelbar benachbarten Regionalwährung und insbesondere hinsichtlich der Eigenfinanzierung des gesamten Projekts^[5].

Einführung von Regiogeld-Girokonten

Neben dem Bremer „Roland“ betreibt bereits der „Urstromtaler“ in Sachsen-Anhalt Regiogeld-Girokonten. Derzeit wird auf mehreren Ebenen daran gearbeitet, aufbauend auf Tauschring-Software und gekoppelt an herkömmliche Banken-Software die Abwicklung auch sehr großer und zahlreicher Girokonten-Transaktionen in Regiogeld zu ermöglichen.

Schon seit dem letzten Jahr kann man Chiemgauer mittels der Chiemgauer-Card an diversen Bankautomaten erwerben – ein erster Schritt zur edv-technischen Weiterentwicklung des bisherigen Gutscheinsystems. Auch steht bereits eine Vereinbarung und Konzeption mit der GLS-Bank zum Aufbau eines Chiemgauer-Girokonten-Systems, das zukünftig von allen euro-gedeckten Regiogeld-Initiativen in Kooperation mit der GLS- oder regio-

nalen Banken und Sparkassen genutzt werden könnte.

Einen anderen Weg geht der Karlsruher „Carlo“, der in Kooperation mit „Besser ohne Zins“ in Stuttgart^[6] derzeit ein Girokontensystem plant, das in der Rechtsform einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts den Betrieb von Girokonten ohne Banklizenz ermöglicht. Die Sparkasse Leipzig plant die Herausgabe eines Regionalgeldes, das komplett auf einem Girokontensystem aufbaut.


Vom Schülerunternehmen zur Genossenschaft

Der stark wachsende Chiemgauer hat sich längst vom Schülerunternehmen zum professionellen Verein weiter entwickelt, der wie der Sterntaler beabsichtigt, 2007 eine Genossenschaft für den Betrieb des Regiogeldes zu gründen. Ab Herbst 2006 ist ausgehend von einer EU-Richtlinie in Deutschland eine rechtliche Erleichterung der Gründung kleinerer Genossenschaften zu erwarten^[7]. Neben Genossenschaften mit wirtschaftlichen Zwecken sind dann auch Genossenschaften mit vornehmlich sozialen und kulturellen Zwecken erlaubt – eine Mischung, die als Organisationsform für wachsende Regiogeld-Initiativen ideal erscheint.

Die Gründung von Genossenschaften ging im 19. Jahrhundert insbesondere auf die Initiativen



- 1 Regiocard beantragen mit Angabe von Kontonummer und Förderzweck**
 - Kostet nichts für Verbraucher
 - Beitragsfreie Mitgliedschaft
 - Keine Verpflichtungen
- 2 Bei der Ausgabestelle**
 - Gewünschten Betrag angeben
 - Euro werden abgebucht
 - 3 % für Förderzweck!
- 3 Einkaufen bei den Anbietern (siehe Branchenverzeichnis)**
 - Möglichst passend zahlen
 - Wechselgeld in Chiemgauer
 - Cent-Beträge in Euro-Cent
- 4 Abrechnung**
 - Anbieter bezahlen bei Rücktausch 5 % Regionalbeitrag
 - Vereine erhalten Förderbetrag in Chiemgauer zum Ausgeben



von Herrmann Schultze-Delitzsch (1808–1883) und Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818–1888) zurück, die mit diesem Selbsthilfemittel die in ihren Regionen daniederliegende Wirtschaft wieder belebt haben. Es ist erstaunlich, dass nun sowohl in der Heimatstadt von Herrmann Schultze in Delitzsch eine Sparkasse die Herausgabe eines Regiogeldes zur Unterstützung der heimischen Wirtschaft betreibt^[9] als auch in der Heimat von Friedrich Wilhelm Raiffeisen gleich zwei Regiogeld-Initiativen entstanden sind. In Delitzsch soll Regiogeld in Analogie zum Schweizer WIR-Franken herausgegeben werden. Abhängig vom Ergebnis einer für die nächsten Wochen erwarteten Machbarkeitsstudie ist dort ein regionales Barter-System zwischen Firmen, Freiberuflern und ggfs. Privatpersonen sowie ein regionales Prepaid-Kartensystem für Endverbraucher geplant.

Unterschiede zwischen westdeutschen und ostdeutschen Initiativen

Die ostdeutschen Regiogeld-Initiativen haben sich wegen ihrer besonderen Ausgangslage als Regio Initiativen Ost (RIO) zusammengeschlossen. Versuche, in Ostdeutschland das in Westdeutschland so erfolgreiche Modell des Chiemgauer einzuführen, stießen bisher auf Schwierigkeiten. In Ostdeutschland scheinen zu wenig Euros in Umlauf und zu wenig Unternehmen aktiv zu sein, so dass die Ausgabe von Regiogeld im Tausch gegen Euro dort bisher keine dem Chiemgauer vergleichbaren Erfolge erzielen konnte.

Aus dieser Erkenntnis heraus ist der in Sachsen-Anhalt gültige „Urstromtaler“ bereits als leistungsgedeckte Währung konzipiert, die nur im Ausnahmefall auch gegen Euro erworben werden kann. Wer bereit ist, Leistungen (Waren, Arbeits- oder Dienstleistungen) für Urstromtaler (vollständig oder anteilig) anzubieten und so selbst zur Akzeptanzstelle zu werden, kann bei der Verrechnungsstelle ein Konto mit vereinbarter unterer Begrenzung eröffnen und erwirbt somit die Möglichkeit, wie in einem Tauschring Überweisungen von Urstromtalern an andere Nutzer vorzunehmen oder sich von diesem Konto Wert-

gutscheine auszahlen zu lassen. Jede/r Teilnehmer/in kann auch 20 Urstromtaler Wertgutscheine gegen Quittung als sog. Starterkit erhalten – mit der Verpflichtung zur Rückgabe des empfangenen Wertes zu einem späteren Zeitpunkt in Urstromtalern oder in Euro^[9].

Die Potsdamer Initiative „Havelblüte“ ist als komplett leistungsgedeckte Währung konzipiert und knüpft die Menge des emittierten Regiogeldes neben der Akzeptanzquote direkt an die Anzahl von Arbeitsplätzen – und schafft damit einen wegweisenden Bezug zu den Zielen von Regiogeldern^[10].

Innerhalb der ostdeutschen Initiativen gibt es auch Überlegungen, ähnlich dem WÄRA-Verrechnungsring aus der Zeit von 1926 bis 1931 eine übergreifende Vernetzung aufzubauen, um trotz der relativ geringen Dichte von Unternehmen im Allgemeinen und Regiogeld-Akzeptanzstellen im Besonderen endogene Wirtschaftskreisläufe stärker zu beleben.

In Dessau betreibt die Dessau AG als erste Organisation direkte Konkurrenz zu einem bereits bestehenden Regiogeld, dem „Urstromtaler“. Im Dezember 2005 startete in Dessau die De(ssau)Mark als Barterwährung, die im Jahr 2006 durch ein DeMark-Gutscheinsystem ergänzt werden soll^[11].

Aktuelle Konfliktfelder im Bereich Regiogeld

Mit der Dessau AG übernimmt ein privater Verein die Idee der Regiogeld-Initiativen, der durch eine EU-Förderung bei seiner Konstitution vergleichbar umfangreiche öffentliche Mittel zur Verfügung hatte. Zudem ist er mit einem ehemaligen Regierungspräsidenten, DGB-Vorsitzenden, amtierenden Landrat und Hochschulpräsidenten deutlich prominenter besetzt als bisherige Regiogeld-Initiativen.

Mit einem regionalen Barterring, der geplanten Einführung eines Regiogeldes und einer Regiocard nutzt die Dessau AG umfangreiche Vorarbeiten der bisherigen Regio-Initiativen, ohne deren bisherige Organisationskultur zu übernehmen. Gespräche mit dem Vorstand des Regiogeldverbandes haben ergeben, dass zu-

nächst nicht die Dessau AG als Ganzes, sondern nur deren Regiogeld betreibende Initiative für eine Mitgliedschaft im Verband und damit auch Anerkennung dessen Qualitätskriterien in Frage kommt.

Ähnlich herausfordernd ist die geplante Einführung eines Regiogeldes durch die Sparkasse Leipzig, die im letzten Jahr die Sparkasse Delitzsch übernommen hat und tendenziell gewinnorientiert ausgerichtet ist – d.h. in diesem Punkt die Qualitätsstandards des Regiogeld-Verbandes nicht automatisch erfüllt.

Mit dem regionalen Marshallplan des österreichischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit sowie der Arbeiterkammer Niederösterreich wurde jüngst im Waldviertel neben der dort bestehenden Waldviertler-Initiative ein neuer Verein gegründet, der den bereits existierenden „Waldviertler“ übernehmen und weiterentwickeln soll. Dabei fließen zwar nun umfangreiche personelle und finanzielle Mittel in diese Region; doch gleichzeitig wächst die Gefahr, dass sich aus Wien in die Region ‚eingeflogene‘ Experten im Schnelldurchgang technische Aspekte einer Regionalwährung aneignen, ohne deren soziale Bedeutung und Funktionsweise zu durchdringen. So plädierte die Arbeiterkammer jüngst auf einem Kolloquium der Initiative strikt für die Abschaffung der Geldumlaufsicherung.

Einerseits besteht also die Chance, dass Regiogelder zukünftig aus ihrer bisherigen Nische geführt werden. Andererseits besteht die Gefahr, dass ihr Charakter dabei wesentlich verändert wird. Das Fachkompetenznetzwerk des Regiogeld-Verbandes beschäftigt sich mit dieser Frage und empfiehlt dem Verband tendenziell eine Öffnung in wirtschaftlicher und kommerzieller Richtung.

Eine mögliche Lösung dieses Konflikts könnte darin bestehen, dass Verbandsmitglieder selbst zwar weiterhin eindeutig gemeinwohl-, d.h. nicht-gewinnorientiert ausgerichtet bleiben könnten, mit dem Betrieb ihrer Regionalwährung jedoch auch gewinnorientierte Organisationen beauftragen könnten. Bisher konnten entsprechende Konflikte durch umsichtiges Verhalten der Konfliktpartner stets konstruktiv gelöst werden. So kooperieren inzwischen auch der Urstromtaler

und die Dessau AG. Der Waldviertler-Verein ist dem Regiogeld-Verband beigetreten.

In der Frage der Umlaufsicherung ermöglicht der Regiogeld e.V. bisher auch Regiogeldern ohne strenge Umlaufsicherung mit folgender Formulierung seiner Qualitätskriterien eine Mitgliedschaft: „Neutralität im Austausch: Die Neutralität des Verrechnungsmittels ist über geeignete Instrumente, wie zum Beispiel einen Umlauf-Impuls oder eine Ablauffrist sicherzustellen. Instrumente im Spar- und Investitionsbereich dienen dazu, den Guthabenzins auf ein verteilungsneutrales Maß zu senken.“

Konkurrenz und Kooperation mit Bonuscard-Betreibern

In vielen Regionen wurden in den letzten Jahren in Zusammenarbeit mit Zeitungsverlagen sog. Bonuscards eingeführt, die den beteiligten Verbrauchern (und Zeitungsabonnenten) Rabatte bei den teilnehmenden Händlern gewähren^[12]. Gewinn bringt diese Aktion zumeist den kriselnden Zeitungen durch die damit verbundenen Inserate und die Bindung von Abonnenten sowie dem gewinnorientierten Bonuscard-Betreiber, der über die verspätete Auszahlung der Boni-Guthaben neben Gebühren zinslose Kredite in großer Höhe erhält^[13]. Verlierer dieser mit großer Medienwirkung eingeführten Kartensysteme sind die beteiligten Händler, die teilweise bis zu 15% Rabatte und Gebühren zahlen.

In der Grafschaft Bentheim und anderen Regionen wurde der Aufbau von Regiogeldern gestoppt, da die Einführung eines Regiogeldes den Beteiligten zusätzlich zu bestehenden Bonuscards nicht vermittelbar wäre. Im Emsland eruierten die Initiatoren des „Emstalers“ daher über die maßgeblichen Zeitungen die Möglichkeit einer Kooperation zwischen beiden Systemen. Theoretisch wäre eine Weiterentwicklung von vornehmlich gewinnorientierten Euro-Bonuscards zu vornehmlich gemeinwohlorientierten Regiogeldern denkbar – ob die Bonuscard-Betreiber diesen Weg mitgehen werden, bleibt abzuwarten.

Wissenschaftliche Begleitung der Praxis

In der letzten Zeit sind bereits zahlreiche Diplomarbeiten und auch Dissertationen zum Thema Regiogeld geschrieben oder begonnen worden, deren Verfasser/innen sich im Netzwerk Monetäre Nachhaltigkeit www.mona-netz.de zusammen geschlossen haben. Dessen Verhältnis zum neuen Regiogeld-Verband bedarf noch der Klärung.

Angegliedert beim Regiogeld-Verband hat sich zudem ein Kompetenznetzwerk von Fachleuten verschiedener Berufsgruppen sowie aus Wissenschaft und Forschung gebildet, das theoretische und konzeptionelle Grundlagenarbeit betreibt, Forschungsarbeiten vernetzt und Regio-Initiativen berät. In diesem Netzwerk werden u.a. eine Buchveröffentlichung zum Thema Regiogeld und Wirtschaft, eine Dissertation zur Klassifikation von Komplementärwährungen und eine Übersicht zur Girokontenführung von Regiogeldern vorbereitet. Neben der Arbeitsgruppe Entwicklungspotential von Regiogeld ist eine Arbeitsgruppe Antisemitismus um Klarstellungen bemüht, dass die Geld- und Zinskritik keinen antisemitischen Hintergrund hat – vielmehr dem Antisemitismus die Grundlage entziehen soll. Regionalisierung der Wirtschaft bedeutet keine Wiederkehr des Nationalismus durch regionale Hintertüren, sondern gemäß der Devise „Regio ergänzt Euro“ eine Integration gestärkter regionaler Wirtschaftskreisläufe in eine offene europäische und globale Wirtschaft.

Das Fachkompetenznetzwerk diskutiert aktuell auch das Verhältnis von Regiogeldern zu bereits bestehenden anderen Nebengeld-Arten wie Miles-and-More. Neben dem bestehenden Euro-Geldsystem existieren bereits zahlreiche andere komplementäre Geld- oder geldähnliche Systeme. Diese könnten in ihrer Gesamtheit z.B. durch die Gründung eines Nebengeld-Verbandes oder – Instituts breiter in das Bewusstsein der Öffentlichkeit transportiert werden. Solch ein – bisher allerdings nur vage angedachtes – Institut könnte weitergehend auch als Kommunikationsplattform zu den Wirtschaftswissenschaften wie auch zur Deutschen Bundesbank und zur Europäischen

Zentralbank fungieren. In dieser Hinsicht wird auch der Club-of-Rome-Bericht 2006 mit dem Titel „Money and Sustainability – The Missing Link“ wirken, der eine Vielfalt monetärer Instrumente zur Erreichung von Nachhaltigkeitszielen beschreibt und empfiehlt.

Vom Netzwerk zum Verband

Als im Sommer 2005 dem schleswig-holsteinischen „KannWas“ in Medienberichten eine Nähe zur NPD unterstellt wurde, kam es innerhalb des Regionetzwerks zu heftigen internen Auseinandersetzungen um die Frage, wie das Netzwerk mit solchen Vorwürfen gegen einzelne Mitgliedsinitiativen umgehen und wie es darauf nach innen und außen reagieren könnte. Dabei trat ein Mangel an demokratischen Entscheidungsstrukturen zu Tage, der Anlass zu Bestrebungen gab, das Netzwerk in einen Verband zu überführen. Zur Gründung eines solchen Verbandes kam es auf einem Treffen der Initiativen am 3. Februar 2006 in Traunstein. Zum 1. Vorsitzenden wurde der Rechtsanwalt und Initiator vom „Urstromtaler“ Frank Jansky gewählt, darüber hinaus leiten nun mit Franz Galler als Initiator des „Sterntaler“ und Christian Gelleri als Gründer des „Chiemgauers“ die Geschicke der Regiogeld-Bewegung.

Der Verband versucht basisdemokratisch kreative mit effektiv hierarchischen Arbeitsstrukturen zu verbinden. Weitergehend als das bisherige Regionetzwerk, das im Sommer 2006 aufgelöst werden soll, wird der Verband eine öffentliche und politische Interessenvertretung der Regio-Initiativen übernehmen. Margrit Kennedy ist nun nicht mehr Koordinatorin des Netzwerks, sondern konzentriert sich zukünftig auf ihre Vermittlerrolle zu anderen internationalen Regiogeld-Initiativen.

Im Laufe des Übergangs vom Regionetzwerk zum Regiogeld-Verband konnten bislang sowohl die Auseinandersetzungen mit den Vorwürfen des Rechtsextremismus als auch die durch unmittelbare Konkurrenz-Situationen entstandenen Interessenkonflikte mit Hilfe einer bewussten Anwendung von Methoden der gewaltfreien Kommunikation im Sinne von Marshall B. Rosenberg konstruktiv gelöst werden^[14].

Perspektiven

Im Regiogeld-Verband selbst könnte sich zukünftig neben einer zunehmenden regionalen Vernetzung der Regio-Initiativen in ca. vier bis fünf deutschen sowie einem schweizerischen und österreichischem Netzwerk auch ein Ausbau zu einem Europäischen Regionalgeld-Verband ergeben.

Auf einem Regionalgeld-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung in Sachsen-Anhalt im Frühjahr 2005 versprach der damalige parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Ulrich Kasparick MdB, den Regiogeld-Verband im Jahr 2006 bei der Vorbereitung einer Anhörung im Deutschen Bundestag zum Thema Regiogeld zu unterstützen. Damit eine Anhörung im Bundestag von allen Fraktionen unterstützt wird, werden nun die Namen von Bundestagsabgeordneten benötigt, die für das Regionalgeldthema offen sind oder es bereits explizit unterstützen (entsprechende Hinweise nimmt der Autor gern entgegen).

Nach Einschätzung von Dr. Rösl vom Zentralbereich Volkswirtschaft der Deutschen Bundesbank sind Regiogelder trotz ihres Aufdrucks „Gutschein“ Geld im ökonomischen Sinne, da sie die Geldfunktionen Zahlungsmittel, Recheneinheit und Wertaufbewahrungsmittel erfüllen. Da sie jedoch nicht alle Geldfunktionen uneingeschränkt erfüllten und relativ teuer seien, spielten sie derzeit aus gesamtwirtschaftlicher Sicht keine nennenswerte Rolle^[15] – eine Einschätzung, die auch H. Creutz vertritt^[16].

Rösl hatte im Frühjahr 2005 einen kritischen Artikel veröffentlicht, in dem er den Regiogeld-Initiativen vorwarf, sich persönlich bereichern zu wollen^[17]. Diese Kritik äußert er inzwischen nicht mehr – auf Nachfrage attestiert er den Initiativen vielmehr einen hohen Grad an Transparenz und Vertrauenswürdigkeit^[18]. Positiv einzuschätzen sei auch die Werbewirksamkeit der Gelder für die jeweilige Region.

Erstaunlich ist, dass Rösl leistungsgedekte Regionalwährungen und regionale Barterringe als ökonomisch sinnvoll bezeichnet, da diese im Unterschied zu euro-gedekten Regiogeldern zusätzliche Liquidität in Regionen bringe, wo

diese fehle^[19]. Bislang wurde eher vermutet, dass die Bundesbank euro-gedekte Regiogelder bevorzuge, da sie diese über ihr Euro-Monopol zumindest mittelbar steuern kann.

Da Regiogelder derzeit und zukünftig nicht die Preisstabilität des Euros gefährden, scheinen zumindest von Seiten der Deutschen Bundesbank auf absehbare Zeit keine Aktivitäten in Richtung von Verboten von Regionalgeldern auszugehen. Mit exakt 0,00002 % der umlaufenden Bar- und Girogeldmenge seien Regionalgelder derzeit volkswirtschaftlich mehr als unbedeutend^[20].

Während einer Diskussion zum Thema Regionalgeld im Geldmuseum der Deutschen Bundesbank im April 2006 stimmte Rösl zwar zu, dass eine u.a. von den Ökonomen Fisher und Keynes befürwortete Zinssenkung die Arbeitslosigkeit reduzieren könne; doch auf deren Gedankengebäude gebe heute in der Bundesbank niemand mehr etwas. Die Bundesbank orientiere sich strikt an ihrer Aufgabe, für Preisstabilität zu sorgen, so Rösl.

Hütet die Bundesbank entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag in erster Linie die Preisstabilität des Euro und sieht sie diese tatsachengemäß durch Regionalgelder nicht gefährdet, so könnte der Weg frei sein, über parlamentarische Initiativen eine Anerkennung von Regiogeld als innovativem Instrument nachhaltiger Politik zu erlangen, wie dies im Bericht 2006 an den Club of Rome der Fall sein wird^[21]. Parlamentarier/innen vertreten ihrem Auftrag gemäß sehr viel weiter gespannte Interessen als die Deutsche Bundesbank. Es wäre wünschenswert, dass zukünftig ein Regionalgeld-Verband mit gemeinwohlorientierten Qualitätskriterien gegenüber Regiogeld herausgebenden Banken ähnlich wie die Deutsche Bundesbank gegenüber Euros verwaltenden Banken als Hüter allgemeiner Interessen anerkannt würde.

Anmerkungen

- [1] Chiemgauer Jahresstatistik 2005 vom 23.02.2006, www.chiemgauer.info
- [2] Steinbach, M., Institut für Soziale Ökologie: Der Roland-Gutschein – eine (verfassungs)rechtliche Beurteilung, Bremen 2002, www.roland-regional.de
- [3] Pressemeldung der Bundesdruckerei GmbH v. 7.2.2005, www.bundesdruckerei.de

- [4] dokumentiert in der Galerie des www.berliner-regional.de
- [5] Der Sterntaler veröffentlicht besonders umfangreiche Informationen auf seiner Homepage www.star-mach-mit.com
- [6] www.ozb-stuttgart.de
- [7] Siehe entsprechende Entwürfe eines Gesetzes zur Einführung der Europäischen Genossenschaft und zur Änderung des Genossenschaftsrechts in Deutschland unter www.bmj.bund.de/media/archive/1115.pdf und in Österreich: Genossenschaftsrechtsänderungsgesetz 2006 sowie dessen Erläuterungen unter www.bmj.gv.at/gesetzesentwurf
- [8] Gründler, E.: Klein Geld – Geld macht erfinderisch. Vor allem, wenn es fehlt. Da kommt man auf die besten Ideen. Und erfindet neues Geld, in: Brand Eins 05/04, S. 104-108.
- [9] „Ausgabe- und Nutzungsmöglichkeiten der Regionalwährung „Urstromtaler““ unter www.urstromtaler.de
- [10] „Starkkontingent für Unternehmen“ unter www.havelblueten.de
- [11] P.T. Magazin für Wirtschaft, Politik und Kultur vom 02.04.2006: „Mit Tauschgeschäften und Regiogeld gegen die Wirtschaftskrise“.
- [12] Siehe u.a. www.payback.de, www.loyaltypartner.com, www.bonuscard.ch und www.bonuscards.at
- [13] Vgl. Rösl, G.: Regionalwährungen in Deutschland, in: Wirtschaftsdienst 3/2005, S. 190.
- [14] Siehe u.a. www.gewaltfrei-kommunizieren.de
- [15] Rösl, G.: Regionalwährungen in Deutschland, in: Wirtschaftsdienst 3/2005, S. 184 ff.
- [16] Creutz, H.: Möglichkeiten und Grenzen praktischer Geldexperimente, in: Zeitschrift für Sozialökonomie Nr. 144, März 2005, S. 29 ff.
- [17] Rösl, G.: Regionalgeld in Deutschland – Lokale Konkurrenz für den Euro?, in: Bundesbankmagazin 2/2005, S. 16-18; vgl. dazu auch den Kommentar von Hugo Godschalk in diesem Heft.
- [18] Rösl, G.: Regionalwährungen in Deutschland, in: Wirtschaftsdienst 3/2005, S. 182-190.
- [19] So Rösl auf seinem Vortrag „Regionalwährungen: Ein Beitrag zur lokalen Wirtschaftsförderung?“ am 19.04.2006 im Geldmuseum der Deutschen Bundesbank. Diese Meinung gilt jedoch bisher nicht als Meinung der Bundesbank, die sich offiziell zu Regionalwährungen noch nicht geäußert hat.
- [20] So Rösl auf seinem Vortrag „Regionalwährungen: Ein Beitrag zur lokalen Wirtschaftsförderung?“ am 19.04.2006 im Geldmuseum der Deutschen Bundesbank.
- [21] Der wesentlich von B. Lietaer und S. Brunnhuber verfasste Bericht mit dem Titel „Money and Sustainability – The Missing Link“ wird im Sommer 2006 veröffentlicht werden.

Brauchen Christen ihr eigenes Geld?

„Man muss zeigen, dass es anders geht. ... Ich halte es für durchführbar, ein sekundäres kirchliches Währungssystem nach dem Modell der Alternativwährungen einzuführen, die es ja da und dort schon gibt. ... Dieses zinslose Geld würde rasch ausgegeben für Klosterprodukte und kirchliche Dienstleistungen aller Art. Ein Teil der Gehälter der Kirchenangestellten könnte in dieser Währung ausbezahlt werden.“

Prof. Dr. Thomas Ruster in: Publik-Forum Nr. 9/2005, S. 19–20.

LESERBRIEFE

Geldschöpfung der Geschäftsbanken

■ Zu den Beiträgen in der Folge 147 / Dezember 2005 der „Zeitschrift für Sozialökonomie“ gingen die beiden folgenden Leserbriefe ein:

■ Da ich alle Aufklärungsbemühungen in Sachen unseres derzeitigen Geld- und Zinssystems verfolge und unterstütze, habe ich auch die Beiträge zur Frage der Geldschöpfung bei den Banken mit Interesse gelesen. Dies umso mehr, als ich auf Grund meiner 40-jährigen Bankerfahrungen, davon 30 Jahre als Vorstandsvorsitzender der Raiffeisenbank Mittleres Unterinntal und Vorstand des Förderungsvereins der Primärbanken, mit dieser Materie vertraut bin.

Überrascht hat mich bei der Lektüre der Beiträge, dass nur einer der Autoren bei seinen Untersuchungen die Bank-Realitäten mit einbezieht, während sich die anderen fast ausschließlich im theoretischen Raum bewegen. Da es im Rahmen dieses Leserbriefes kaum möglich ist, auf diese manchmal mysteriösen Vorstellungen von der (Giral)Geldschöpfung der Banken detaillierter einzugehen, möchte ich mich in erster Linie auf die wesentlichsten Vorschriften des Bankwesengesetzes (BWG) beschränken, unter denen die Bankgeschäfte in der Praxis ablaufen. Die Einhaltung dieser Regelungen wird durch die veröffentlichten Daten sowohl der Österreichischen Nationalbank (ÖNB) als auch der europäischen Zentralbank (EZB) im Großen und Ganzen bestätigt. Obwohl ich mich auf die Gegebenheiten in Österreich stütze, treffen diese meines Wissens ebenso für Deutschland zu.

1. In der Bankpraxis gibt es keine Kredite ohne ausreichende, bereits vorher vorhandene Einlagen.

Die Passivseite der Bilanz, das Mittelaufkommen, besteht im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken, also Kunden-Einlagen (Giro/Sichteinlagen, Termineinlagen, Spareinlagen), verbrieften Verbindlichkeiten (ausgegebenen Wertpapieren wie Anleihen und Kassenobligationen), Einlagen bzw. Refinanzierungen von anderen Banken, sowie aus Eigenkapital, im

BWG Eigenmittel genannt. Die Aktivseite, die Mittelverwendung umfasst großteils Kundenforderungen (Kredite), Wertpapiere im Eigen depot, Guthaben bzw. Forderungen bei (oder Refinanzierungen anderer) Banken; Bargeldbestände sowie sonstiges Anlagevermögen (Grundstücke, Gebäude, Einrichtungen, Beteiligungen). Aus den BWG-Vorschriften ergibt sich, dass Einlagen immer höher sein müssen als Kredite. ÖNB und EZB bestätigen dies auch klar, indem Einlagen (incl. verbrieften Verbindlichkeiten) in Österreich um 109 Mrd die Kredite übersteigen, im Euro-Raum beträgt der Einlagenüberhang 2.585 Mrd €. Anfang der 1970er Jahre gab es kaum Einlagenüberschüsse, daher mussten – mangels ausreichender Einlagen – Kreditnehmer lange auf Kreditzuteilung warten und/oder trotz mehrfacher Sicherheiten Kreditkürzungen hinnehmen. Auch heute noch müssen z. B. Bausparer (Bausparkassen sind auch Banken) auf eine Kreditzuteilung jahrelang warten, weil bei begrenzten Einlagen Kreditzuteilungen nur nach bestimmten Anwartschaften erfolgen, die sich aus der Verfügbarkeit der Einlagen ergeben. Eine Kreditschöpfung ohne ausreichende, vorherige Einlagen war bisher nie möglich und ist auch heute nicht möglich.

2. Eigenmittelvorschriften beschränken zudem die Kreditgewährung.

BWG § 2 Abs. 10 verlangt von den Banken Eigenmittel von 8 % der Kreditrisiken, je Bank mind. € 5 Mio. Nach Inkrafttreten von Basel II könnten es sogar – je nach Bonität – mehr sein. Die Bemessungsgrundlage, auf die sich die Eigenmittel beziehen, liegt derzeit bei allen österreichischen Banken bei 322 Mrd, es sind Eigenmittel in Höhe von 25 Mrd erforderlich. Mit 48 Mrd anrechenbaren Eigenmitteln wird dieses Erfordernis derzeit deutlich übererfüllt. Weitere Kreditvergaben erfordern also, neben den Erhöhungen der Kundeneinlagen, jeweils auch Erhöhungen der Eigenmittel.

3. Verminderte Verwendbarkeit der Kundeneinlagen für Kreditgewährung

Beim den Kundeneinlagen müssen die Banken, gem. § 25 BWG, Liquiditätsreserven zurückhalten. Die Höhe dieser Reserven beträgt bei den Sichteinlagen (Girokonten) 20 %, bei den Spareinlagen 10%, bezogen auf die Gesamteinlagen je-

doch höchstens 14 %, incl. der bei den Notenbanken gehaltenen Mindestreserven. Das heißt, ein Teil der Kundeneinlagen steht für eine Kreditgewährung überhaupt nicht zur Verfügung. In Österreich betragen die erforderlichen liquiden Mittel 40 Mrd, die nicht für Kredite zur Verfügung stehen.

4. Einlagen als Folge von zugezählten Krediten sind die Basis für weitere Kredite.

Es müssen immer zuerst die Einlagen da sein, bevor ein Kredit vergeben werden kann. Erst wenn das mit dem Kredit ausgezahlte Geld für eine erneute Ersparnisbildung (Einlagen) genutzt und damit die Gesamteinlagen erhöht werden, erhöht sich auch die Basis für zusätzliche Kreditvergaben, selbstverständlich wieder abzüglich der Liquiditätsreserve und bei Erhöhung des erforderlichen Eigenkapitals! Die mit dem gleichen Geld immer wieder erneut möglichen Ersparnisbildungen (Einlagen) und Kreditgewährungen sind wahrscheinlich die Ursache für die angenommene Geldschöpfung, bzw. sogar „multiple“ Geldschöpfung, die den Banken vorgeworfen wird. Dabei wird übersehen, dass aber dennoch stets immer ausreichende Einlagen zuerst da sein müssen!

5. Banken werden laufend und mehrfach geprüft und überwacht.

Die Struktur einer Bankbilanz ist gemäß § 51 BWG in allen Einzelpositionen genau geregelt. Außerdem werden die Vorgänge bei den Banken mehrfach geprüft: Gesetzliche Innenrevision, Bilanzprüfung, externe Bankrevision, Notenbankprüfung, Bankenaufsicht. Auch aus den Daten der ÖNB und EZB, die die relevanten Positionen aller Banken erfassen, ergeben sich keine Ansatzpunkte für Geldschöpfungen in den Banken. Auch der Förderungsverein der Primärbanken (regionale Raiffeisen- Volksbanken und Sparkassen), erfasst und analysiert jährlich alle Bilanzen der Österreichischen Banken. Das Ergebnis bestätigt im Wesentlichen die Gesamtdaten der ÖNB-Statistik und sieht auch keine Chance einer Geldschöpfung, weder bei Primärbanken, noch bei Großbanken. Für derartige, konkrete Schöpfungshinweise wäre der Förderungsverein sogar ausdrücklich dankbar und er würde auch sofort öffentlich massiven Protest einlegen, wenn z. B.

Großbanken Lücken für eine Geldschöpfung aus dem Nichts nutzen könnten, die den kleinen Banken nicht zugänglich sind.

6. Die Buchhaltungs-Praxis sieht keine praktische Möglichkeit einer Geldschöpfung.

Alle Buchungsvorgänge, auch bei Krediten, Einlagen, Wertpapieran- und Verkäufen oder Bargeldtransaktionen sind über Jahrzehnte hinweg nachvollziehbar. Keine Geschäftsbank konnte je Buchgeld aus dem Nichts schaffen, um daraus Kredite zu vergeben. Dies ist auch buchungs-technisch nicht darstellbar. Einlagenkonto (Habenkonto) und Kreditkonten (Sollkonto) sind getrennt zu führen, Kontokorrentkredite sind je nach Saldo, einmal Einlage, einmal Kredit. Das wird buchhaltungstechnisch genau zugewiesen. Vorher vorhandene Guthaben bzw. ein positiver Kassabestand sind die unabdingbare buchhalterische Voraussetzung für eine Kreditzuzahlung/Auszahlung. Das Geld (Forderung) muss zuvor aus echten Einlagen (Bareinzahlung, Überweisung) entstehen und erfordert entsprechende Buchungen auf Gegenkonten (doppelte Buchführung). Die Buchung bei einem Kredit lautet: Kreditkonto des Kunden (Soll) an Kassakonto (Haben) bei Barabhebung, bzw. Gutschrift auf ein anderes Konto / Zwischenbank-Verrechnungskonto (Haben). Wenn die Kasse (das Gegenkonto) leer ist, kann keine Auszahlung (Überweisung) des Kreditbetrages erfolgen! Die Buchung bei einer Einlage lautet: Kassa / anderes Kundenkonto / Zwischenbank-Verrechnungskonto (Soll) an (neues/bestehendes) Einlagekonto (Haben). Andernfalls gibt es Buchungsdifferenzen, dies fällt somit auf, und ist sogar strafbar (Bilanzfälschung, BWG-Verstoß etc.). Die fehlende Akzeptanz dieser fundamentalen Buchhaltungsgrundsätze dürfte ein weiterer Grund für die unterstellte Geldschöpfung aus dem Nichts sein, die manche bei den Banken vermuten!

Wer jedoch tatsächlich einen Grund für die Annahme hat, dass Banken auf mysteriöse oder zwielichtige Art und Weise Geld schöpfen, sollte Anzeige bei der zuständigen Finanzmarktaufsicht einreichen. Oder selbst eine Bank gründen, das geht schon ab 5 Mio ? Eigenmittel. Dann kann er den Beweis antreten und an einer vermeintlichen, aus Sicht der Praxis allerdings nur theoretischen

Geldschöpfung enorm verdienen. Allerdings muss ich in diesem Fall vor einer vorprogrammierten Pleite warnen, die sich aus der Beachtung der Punkte 1 bis 6 ergeben wird.

Thomas Fuchs

■ Die gegensätzlichen Auffassungen zum Thema Kreditvergaben und Geldschöpfung scheinen unüberbrückbar zu sein. Bei Beachtung von Lehrmeinungen der Bundesbank könnte sich jedoch für beide "Lager" eine differenzierte Sichtweise auf tun, die zu einer Annäherung der Standpunkte führt.

Helmut Creutz bestreitet, dass die Geschäftsbanken Geld schöpfen. In den Bilanzen der Kreditinstitute sieht er ein Indiz oder gar einen Beweis für die These, Einlagen (Ersparnisse/Guthaben) seien Voraussetzung für Kreditvergaben, denn die Summe der Kredite übersteige nicht die der Einlagen. Liest man gegenteilige Erklärungen wie diejenige von Thomas Betz, kann sich die Frage aufdrängen, ob die Geldschöpfungsverneiner, zu denen der Verfasser bisher auch gehörte, einem Trugschluss aufgesessen sein könnten. Inwiefern?

Wenn eine Bank einem Kunden einen Kredit einräumt, dann wird auf der Aktivseite, auf der linken Seite der Bilanz, eine Forderung an den Kreditnehmer in Höhe des Kredits eingetragen. Betz: „Bilanzverlängerung heißt aber auch, dass die rechte Seite der Bilanz, die Passivseite, die Auskunft gibt über die Mittelherkunft ..., ebenfalls verlängert wird; und zwar um eine Verbindlichkeit gegenüber dem Kreditnehmer in Höhe desselben Betrages. Die Bank ‚refinanziert‘ sich also für diesen Kredit tatsächlich durch die ‚Einlage‘ des Kreditnehmers bei dieser Bank, die dieser aber natürlich nur deshalb hat, weil ihm von dieser Bank ein Kredit in dieser Höhe eingeräumt worden ist. Das Geld, welches dem Kreditnehmer zur Verfügung gestellt wird, entstammt also bilanztechnisch dem Kreditnehmer selber! Das bilanztechnische Gegengewicht zum eingeräumten Kredit ist also Giralgeld (bzw. Geschäftsbankengeld, kein Zentralbankgeld!), welches uno actu – gewissermaßen in derselben

logischen Sekunde – mit dem Kredit entsteht. Dieses ‚Geld‘ wurde von keiner Zentralbank zur Verfügung gestellt, und schon gar nicht musste es vorab von jemandem gespart werden, damit es als Kredit ausgereicht werden kann.“ (S. 4-5)

Haben die Geldschöpfungsverneiner die Bilanzen der Kreditinstitute bisher vielleicht nicht hinreichend analysiert und daher falsch interpretiert? Könnten nicht Bilanzverlängerungen die Summe der mit schon vorhandenem Geld getätigten Einlagen und die entsprechende Summe der Kreditvergaben überschreiten? Warum eigentlich nicht?

Wirtschaftswachstum heißt auch: Wachstum des Kaufkraftvolumens. Es werden mehr Kredite vergeben als vorher Einlagen getätigt wurden. Entsprechend übersteigt natürlich in den Bilanzen die Summe der Kredite die Summe der mit schon vorhandenem Geld getätigten Einlagen. Bilanzverlängerungen können einen falschen Eindruck wecken und zu dem Trugschluss führen, die Summe der Kredite würde die mit schon vorhandenem Geld getätigten Einlagen nicht übersteigen. Die gesamte auf der Passivseite verzeichnete Summe der Einlagen umfasst eben nicht nur die mit schon vorhandenem Geld geschaffenen Einlagen, sondern auch das von den Banken darüber hinaus geschöpfte Giralgeld, das als bilanztechnisches Gegengewicht zum eingeräumten Kredit auf der Passivseite eingetragen wurde.

Nun lässt sich aber, was Kreditvergaben und Geldschöpfung betrifft, wie folgt differenzieren: 1. Soweit die Summe der Kredite die Summe der mit bereits vorhandenem Geld getätigten Einlagen nicht übersteigt, liegt die Erklärung nahe, dass Geld verliehen wird, dass das zur Guthabenbildung verwendete Geld als Darlehen wieder in die Wirtschaft zurückgeleitet wird. Das entspricht der Aussage, die sich in dem von der Bundesbank herausgegebenen „Heft für die Schule, Sekundarstufe II, Geld & Geldpolitik“ (Ausgabe 2003/2004) auf Seite 130 unter dem Stichwort „Banken (Kreditinstitute)“ findet: „Sie nehmen fremde Gelder an (Einlagengeschäft) und leiten diese Mittel in Form von Darlehen an die Wirtschaft weiter (Kreditgeschäft).“ Auf jeden Fall muss ja Kaufkraft in Höhe der Summe

des (schon vorhandenen) zur Guthabenbildung verwendeten Geldes in die Wirtschaft zurückfließen. Außerdem:

2. Wirtschaftswachstum bedeutet auch: Ausweitung der Kaufkraft. Es werden mehr Kredite vergeben als vorher Einlagen getätigt wurden. Das über die gegebenen Einlagen- und Kreditsummen hinaus erforderliche Geld entsteht nun auf jeden Fall als Giralgeld aus dem Kredit, es wird von den Banken geschöpft. Das entspricht ebenfalls der Aussage der Bundesbank. Im selben Lehrheft heißt es im selben Absatz auf S. 131 oben: „Sie (die Banken, d. Verf.) unterscheiden sich von anderen ... Finanzintermediären durch ihre Fähigkeit zur direkten Geldschöpfung. Diese Fähigkeit ergibt sich aus der Tatsache, dass insbesondere die Sichteinlagen als Zahlungsmittel allgemein akzeptiert werden.“

Folgt man jenen beiden Zitaten aus dem Lehrheft der Bundesbank, dann hat man es zum einen mit Weiterleiten von Geld zu tun (Darlehen) und zum anderen, darüber hinaus, auch mit Giralgeldschöpfung aus dem Kredit, dem keine vorher schon vorhandenen Einlagen zugrunde liegen. Zur Risiko-Abdeckung sind 8% Eigenkapital der Bank und das in den Kreditverträgen verpfändete Schuldnerigentum ausreichend. Eine hundertprozentige Eigentumsdeckung auf der Gläubigerseite in Form von Ersparnissen ist nicht erforderlich.

Zentralbankgeld kommt erst später ins Spiel: Wenn die Banken aufgrund des geschöpften Giralgeldes ihre Bargeldbestände anteilig erhöhen müssen bzw. wenn die Nachfrage des Publikums nach Bargeld steigt, dann besorgen sich die Banken mehr davon von der Zentralbank. Welche Folgerungen nun für die Wirksamkeit einer Umlaufsicherung im heutigen Geldsystem zu ziehen wären, was insbesondere Christopher Mensching in seinem Beitrag anspricht, ist ein weiteres, gesondert zu behandelndes Thema.

Josef Hüwe

B Ü C H E R

■ Joachim Sikora & Günter Hoffmann Vision eines „Regionalen Aufbruchs“

mit einer Verfassungsbeschwerde von Dr. Dieter Petschow und einem Brief an Papst Benedikt XVI. von Heiko Kastner

Bad Honnef: Katholisch-Soziales Institut der Erzdiözese Köln, 2005. 214 Seiten.

Das im Rahmen der Visionsreihe des KSI erschienene Buch gibt in bisher einzigartiger Weise Einsicht in die konkreten Wirkungen bestehender, Tätigkeiten aktivierender Komplementärwährungen und ordnet diese in eine umfassende Reihe anderer Bausteine eines regionalpolitischen Programms ein, das u.a. auch eine Bodenrechtsreform enthält.

In keinem anderen Buch findet sich bisher eine so wirklichkeitsnahe, von Günter Hoffmann exzellent recherchierte und lesbare Beschreibung existierender Regiogelder. Neben dem Chiemgauer als Waldorf-Schulprojekt werden zunächst die Entstehung konkreter Arbeitsplätze beim Sterntaler, das Medienereignis der Einführung des Berliners, die landesweite Währung Urstromtaler und das Regiogeld-Projekt der Sparkasse Delitzsch prägnant beschrieben. Dabei erfahren die Leser/innen auf lockere Art alles Wesentliche über die jeweilige Währung und wie sie aus der Sicht von Betroffenen wirkt. Zahlreiche Akteure kommen dabei selbst zu Wort, so dass ein sehr lebendiger Eindruck entsteht. Zudem zeigt Günter Hoffmann zahlreiche Perspektiven der Regiogeldbewegung auf und spart dabei auch nicht an kritischen Fragen – außer an jener, ob Gernot Schmidt von der Sparkasse Delitzsch sich fortan verdienstermaßen „Gernot Schmidt-Delitzsch nennen“ werde.

Grundsätzliche Erwägungen zu regionalen Wirtschaftskreisläufen und Ausführungen zu erneuerbaren Energien, Direktvermarktung und vielem mehr erweitern den Fokus Regiogeld um wertvolle Aspekte. So ist u.a. der Erfolg der Gemeindewerke Nümbrecht erwähnt, die die Stromverteilung wieder in kommunale Hände überführt haben. Blicke über den Tellerrand nach Wörgl, Bethel, zu Tauschringen, Rabattmarken, Kunden-

karten sowie in Richtung gemeinnütziger Tätigkeiten als auch zum Cross-Border-Leasing runden diesen Überblick regionaler Gemeinwohl-Ökonomie ab.

Die Verfassungsbeschwerde von Dieter Petschow und der Brief von Heiko Kastner an Papst Benedikt XVI. scheinen eher ein kreativer denn ein zwingender Bestandteil dieses Buches mit dem Titel „Regionaler Aufbruch“ zu sein. Gleichwohl sind beide sehr lesenswert. Petschow zeigt in beeindruckender Weise die Wirkungen unseres Zinssystems auf das Sozialbudget und weist aus eigener Betroffenheit nach, wie alle Beteiligten im heutigen Krankenkassen-System verlieren, während die Kapitaleigner immer größere Stücke des Sozialkuchens erhalten. Kastner erinnert in seinem Brief Papst Benedikt XVI. an dessen Namensvorgänger Benedikt XIV. als Verfasser der Enzyklika „Vix pervenit“ und fragt, ob es nicht an der Zeit sei, dass die katholische Kirche ihre ideologiekritische Rolle wieder entdecke und eine Gegenaufklärung wider die heidnische Religion des Geldes leiste.

Ralf Becker

■ Peter Sloterdijk Im Weltinnenraum des Kapitals. Für eine philosophische Theorie der Globalisierung

Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 2005. 415 Seiten.

Als der russische Dichter Fjodor Dostojewskij den so genannten „Kristallpalast“ besichtigte, der im Jahr 1851 anlässlich der in London stattfindenden Weltausstellung eröffnet worden war, meinte er in diesem monströsen Gebäude den Inbegriff, das Symbol der kapitalisierten Welt zu erkennen. Dostojewskij erblickte in dem Bauwerk ein „Treibhaus“ der westlichen Zivilisation, die sich, getrieben von der Allmacht des Geldes, einem hedonistischen Lebensstil verschrieben hatte.

Die Metapher vom Kristallpalast als Großem Treibhaus greift auch der wortgewaltige Philosoph Peter Sloterdijk in seinem Werk „Im Weltinnenraum des Kapitals“ auf. Ohne den bei Dostojewskij ausgeprägten religiösen Impetus weiter zu verfolgen, übernimmt Sloterdijk das Symbol und holt zu einer faszinierenden ontologi-

schen Analyse des Kapitalismus im Allgemeinen und dem heute so oft strapazierten Begriff „Globalisierung“ im Besonderen aus. Die philosophische „Erzählung“ Peter Sloterdijks enthält zwei Teile, wobei, um beim zitierten Symbolgehalt zu bleiben, zunächst eine entwicklungsge- schichtliche Darstellung des globalisierten Bau- werks geboten wird und schließlich sein vom Autor so bezeichnetes „Interieur“ zur Darstel- lung gelangt.

Für den Philosophen ist das Phänomen „Glo- balisierung“ keineswegs nur eine Realität des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahr- hunderts. Vielmehr sei dabei ein dreiphasiger Prozess erkennbar, der in den antiken Kosmo- logien seinen Ausgangspunkt habe, der als „ter- restische Globalisierung“ in der christlich-kapi- talistischen Seefahrt der Neuzeit sichtbar werde und der in der gegenwärtigen elektronischen Globalisierung münde. Zu unterscheiden seien diese drei Stadien deutlich in ihrer symbolischen und medialen Intensität und damit in ihren Folgewirkungen auf Ressourcen und Menschen dieses Planeten.

Während die antiken Denker, fasziniert von der symbolischen Perfektion der Kugelgestalt, eine „uranische-kosmische, morphologische Glo- balisierung“ betrieben hätten, sei die terresti- sche Globalisierung, getragen von Kartografen, Seemannsabenteurern, Naturwissenschaftlern und Unternehmerbegehrlichkeiten, als konkreter Interessenszugriff zu erkennen. Was für die einen die Ästhetik der Gestalt, der sphärische Dualismus zwischen vergänglichem irdischem Da- sein und himmlischen Ewigkeiten war, habe jene motiviert, sich alles von dieser Erde versprechen zu können. Mit dem „Übergang von der medita- tiven Kugelspekulation zur Praxis der Kugeler- fassung“ (S. 49) breitet Peter Sloterdijk nun ein vielschichtiges, mit Gegenwartsbezügen versehe- nes Panorama zwischen 1492 und 1945 aus, das aus unterschiedlichen Blickwinkeln die als ter- restische Globalisierung bezeichneten Vorgänge zu erklären vermag. Die Vergegenständlichung der Welt sowie die Legitimierung des europäi- schen Zugriffs auf diese durch Land- und See- karten, durch Globen und Expeditionsberichte wird dabei verdeutlicht ebenso wie die enor-

men Dimensionen aller maritim-nautischen Er- fahrungen, jener der Akteure wie auch der davon Betroffenen, zur Sprache kommen. Peter Sloter- dijk macht aus wechselnder Perspektive die Mo- tive, die Interessen und schließlich die Brutali- tät und Beschleunigung des Vorgangs erklärbar, der aus einer zunächst unendlich wirkenden Fernprojektion einen kleinen Punkt, der sich Erde nennt, entstehen hat lassen. Die eigent- lichen Antriebskräfte der Globalisierung arbeitet Peter Sloterdijk deutlich in der alles durchdrin- genden kapitalistischen Geldpraxis heraus. Erst die Terminfrist der Zinsen bringe Expansions- wahnsinn und Profitvernunft zur Übereinstim- mung. Die Transformationslogik der Kapitalrein- vestition habe nicht nur jedes Unrechtsempfin- den zugeschüttet, sondern das fundamentalste Urteil der Neuzeit gebracht, nämlich jene Haupt- tatsache, dass nicht „die Erde um die Sonne, sondern dass das Geld um die Erde läuft“ (S. 79). Die Analysen des ersten Teils münden schließlich in der Erkenntnis, dass es den Europäern gelun- gen ist, sichtbare wie unsichtbare Hüllen ihrer eigenen Welt in alle Winkel der Erde zu tragen. Unter den Baldachinen der Schiffsmythologie, der christlichen Religion, der dynastischen Leit- bildbewahrung, der Wissenschaft und schließlich des Bi- bzw. Plurilingualismus sei jenes Große Treibhaus errichtet worden, in dem sich heute die globalisierte Welt wieder findet.

Ebenso vielschichtig wie der erste gestaltet sich der zweite Teil von Peter Sloterdijks Werk, wenn der Philosoph nun anhebt, die Ausstat- tung des kapitalistischen Weltinnenraums zu be- schreiben. Seiner Leserschaft empfiehlt Peter Sloterdijk sich diesen Kapitalweltpalast weniger als zusammenhängende Architektur, vielmehr als „Komfort-Installation von treibhausartiger Qualität“, als eine Art künstlichen Kontinent, der demografisch kaum ein Drittel der Mensch- heit und geografisch kaum ein Zehntel der Fest- landflächen umfasst, vorzustellen. Dieser „kom- fort-animierte artifizielle Kontinent im Welt- meer der Armut“ (S. 306) stecke seine Horizonte durch die vom Geld erschlossenen Zugangs- chancen zu Orten, Personen, Waren und Daten ab, wobei sich Subjektivität vorrangig in der Verfügung über Kaufkraft zeige.

Das „Interieur“ selbst ist so facettenreich wie es die Erscheinung „Globalisierung“ nur sein kann. Ob es sich nun um die zum Scheitern verurteilte Weltökumene, den wahnwitzigen Umgang der Konsumgesellschaften mit Ressourcen und Lebewesen handelt, dem Phänomen des Terrorismus, dem eskapistischen Führungsanspruch der USA oder der zu kurz greifenden Kritik der Globalisierungsgegner – Peter Sloterdijks kritische Analyse, die immer das erzählende Element zu wahren weiß, leuchtet jeden Winkel des Großen Treibhauses aus.

„Im Weltinnenraum des Kapitals“ ist eine äußerst anspruchsvolle, zugleich aber wertvolle Lektüre im Kanon der zeitgenössischen Abhandlungen zum Thema „Globalisierung“. Peter Sloterdijk hat mit diesem Werk verdeutlicht, wie oberflächlich inflationär heute mit dem Begriff „Globalisierung“ im täglichen medialen und politischen Diskurs umgegangen wird und welcher philosophische Tiefgang diesem eigentlich zugrunde liegt. Der Leserschaft wird damit einsichtig, wie sehr die Philosophie als Leitdisziplin der Grundlagenforschung wichtige Beiträge zum Verständnis und letztlich zur Lösung von Problemen der Gegenwart und nahen Zukunft leisten könnte. Beeindruckend sind weiters auch die Sprachvirtuosität des Autors und der enorme Quellenfundus, aus dem dieser schöpft. Dass die ernsthafte und tragische Thematik der Lektüre auch pointiert bleibt, ist nicht zuletzt auch der gelungenen Einbeziehung literarischer Zitate zu verdanken. Jules Verne, Hermann Melville und das imaginierte Aufeinandertreffen von Adam Smith und Rainer Maria Rilke machen das Buch, aller inhaltlichen Herausforderung zum Trotz, zu einem Lesevergnügen.

Ob dem kapitalistischen Globaltreibhaus das Schicksal des Londoner Originals zuteil wird, mag die Zukunft weisen. Bekanntlich fiel der Kristallpalast im Jahre 1936 einem Großfeuer zum Opfer. Möge dieser geplagten Erde ein weiterer Weltenbrand erspart bleiben. Wenigstens das „Interieur“ grundlegend zu verändern, bleibt unerlässlich.

Christof Karner

■ **Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (Hrsg.)**
Fair Future – Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit

München: Verlag C. H. Beck, 2005. 278 Seiten.

Wenn gesellschaftliche oder globale Gerechtigkeit auf der Tagesordnung steht, wird die scharfe Trennlinie zwischen den Begriffen Verteilung und Umverteilung oft übersehen. Symptomatisch dafür ist nicht nur die Ökologievergessenheit des aktuellen Globalisierungsdiskurses, sondern ganz besonders das Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit. Dessen Schnittmenlogik suggeriert, dass soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz elegant verbunden werden können. Gerechtigkeit reduziert sich demnach auf ein Problem der nachholenden Entwicklung – gemeint ist materieller Wohlstand, wo sonst bestünde Nachholbedarf? – auf Seiten derer, die bislang das Nachsehen hatten. Zur Disposition steht allein die Verteilung von Zuwächsen, d.h. einzelne Individuen, Regionen oder ganze Kontinente sollen besser gestellt werden, ohne den Status Quo der bisherigen Verteilungsgewinner anzutasten. Damit dieser schönen Idee, die nur bei Vorhandensein materieller Expansionspielräume vorstellbar ist, keine ökologischen Grenzen in die Quere kommen, muss das wirtschaftliche Wachstum von ökologischen Negativwirkungen entkoppelt werden, was aber ein technisches Problem darstellt.

Wer an dieses Märchen von einer besseren Welt zum Nulltarif nicht mehr glauben mag, gelangt zu einem anderen Resultat, nämlich dass Gerechtigkeit nur unter den Bedingungen einer materiellen Wachstumsneutralität zu haben ist: Zuwächse an Wohlstand, die nie ohne ökologischen Verschleiß zu haben sind, müssen durch Ressourceneinsparungen andernorts gedeckt sein. Globale Fairness wird damit erstens zu einer Frage der Ressourcengerechtigkeit, die zweitens nur durch Umverteilung erreichbar ist. Diesen Sachverhalt bringt Fair Future, der aktuelle Report des Wuppertal Instituts, prägnant durch ein Entwicklungsmodell der „Kontraktion und Konvergenz“ auf den Punkt. „Die Industrieländer vermindern ihren Ressourcenverbrauch stärker, als die Entwicklungsländer ihren Ressourcen-

verbrauch ausweiten“, um einen gemeinsamen Zielkorridor innerhalb der Tragkapazität der Biosphäre zu erreichen (S. 159). Um diesen Kern, der einen längst überfälligen Abschied von den wachstumsträchtigen Dogmen bisheriger Entwicklungspolitik markiert, legen die beiden Hauptautoren Wolfgang Sachs und Tilmann Santorius ihre nicht nur plausiblen, sondern empirisch hervorragend unterlegten Kausalstränge.

Zunächst wird der Zusammenhang zwischen ökologischen Grenzen und globaler Gerechtigkeit ausgelotet. Letztere erstreckt sich auf drei Dimensionen, nämlich (1) auf „biosphärische Gerechtigkeit“ (S. 38), die allen Lebewesen jenseits anthropozentrisch begründeter Nützlichkeitsabwägungen eigene Rechte zugesteht, (2) auf inter-generationelle Gerechtigkeit, die schon der Brundtland-Report hervorhob und schließlich (3) auf intra-generationelle Gerechtigkeit. Unausweichlich werden somit brisante Fragen: „Wer nimmt sich wie viel aus der Ökosphäre und kann sich welchen Nutzen von den Naturressourcen aneignen? Wer wiederum hat welche Belastungen zu tragen und muss mit den vielfältigen Kosten von Umweltverbrauch fertig werden?“ (S. 39). Im zweiten Kapitel wird die momentane Ungleichverteilung ökologischer Ansprüche vertieft. Dies erfolgt im Hinblick auf verschiedene relevante Vergleichsmaßstäbe (Ressourcenströme, internationaler Warenaustausch etc.) sowie geographische und soziale Niveauunterschiede. In Anlehnung an Norman Myers und Jennifer Kent (2004) verlagert sich der Blick zunehmend vom Nord-Süd-Gefälle zu einer „transnationalen Verbraucherklasse“ (S. 82), die inzwischen globusweit anzutreffen ist. Die Grenze zwischen arm und reich verläuft nicht mehr zwischen Ländern, sondern innerhalb eines jeden Landes.

Das dritte Kapitel behandelt – ebenfalls mit aktuellem Datenmaterial untermauert – unterschiedliche Mechanismen der ungleichen Aneignung. Sodann werden im vierten Kapitel Leitbilder der Ressourcengerechtigkeit entwickelt. Grundlegend ist hier ein räumlich und sozial erweiterter Verantwortungsbereich, den die globale Verflechtung und damit erhöhte Wirkmächtigkeit jeglichen Handelns nahegelegt. Hin-

reichende Anerkennung, eine Garantie von Existenzrechten, Fair Trade sowie der Ausgleich von Nachteilen aus andernorts verursachten ökologischen Schäden sind weitere Facetten. Den wichtigsten Ansatzpunkt bildet indes der Rückbau nicht universalisierbarer Ressourcenansprüche. Explizit hingewiesen wird auf die Logik eines Nullsummenspiels, „in dem der Gewinn des einen den Verlust des anderen bedeutet“ (S. 145). Dies läuft auf die Vision eines „gerechtigkeitsfähigen Wohlstandes“ hinaus, der im nächsten Kapitel erläutert wird. Nach Auffassung der Autoren führt der Weg dorthin über den „Dreischritt von Effizienz, Konsistenz und Suffizienz“ (S. 165). Zudem könne es dem Süden gelingen, durch technisches „leapfrogging“ (S. 173) die ökologischen Fehlentwicklungen der Industrieländer zu vermeiden, etwa indem direkt die Solarwirtschaft angepeilt und ressourcensparende Infrastrukturen aufgebaut werden.

Das sechste Kapitel steht im Zeichen institutioneller Regelungen, zu denen u.a. die Vergabe pro Kopf einheitlicher Emissionsrechte (S. 195) im Sinne des „Sky Trusts“ von Peter Barnes (2001), eine „Neuerfindung der WTO“ (S. 219), die zukünftig Menschen- und Umweltrechten eine Priorität vor den Belangen des Freihandels einräumen sollte, und „Bürgerpflichten für Unternehmen“ (S. 222) gezählt wird. Im abschließenden Kapitel wird auf die mögliche Rolle Europas als „kristallisierende Kraft für eine demokratische und ökologische Weltgesellschaft“ (S. 236) eingegangen.

Mit „Fair Future“ ist Wolfgang Sachs und Tilmann Santorius eine Studie gelungen, die durch Detailreichtum und eine von vorn bis hinten überzeugende Stringenz gekennzeichnet ist. Auch wenn etliche Grundgedanken nicht neu sind, besteht eine große Leistung der Autoren darin, die vielen losen Aspekte im Spannungsfeld zwischen globaler Gerechtigkeit und knappem Umweltraum zu einem kongruenten Ganzen verdichtet und empirisch auf den aktuellen Stand gebracht zu haben. Die gute Lesbarkeit und Verständlichkeit (auch für Laien) könnte die Thematik einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen. Das Buch könnte so zu einer längst überfälligen Blickwende beitragen, nämlich nach-

haltige Entwicklung als Umverteilungsproblem aufzufassen.

Allerdings schrecken die Autoren noch davor zurück, hieraus allzu unbequeme Konsequenzen zu ziehen. Mit Ausnahme eines klitzekleinen Abschnitts zur Suffizienz sind es dann eben doch technische bzw. institutionelle Platzhalter, die den Job des partiellen Verzichts, ohne den keine Umverteilung im Sinne von Nullsummenspielen möglich ist, übernehmen sollen. Dazu bemerkte schon Reimer Gronemeyer („Die neue Lust an der Askese“, 1998, S. 71) sehr treffend: „Das Problem jedoch ist, dass der Verzicht nicht von den Menschen, sondern den Dingen erwartet wird. [...] Daraus wird dann die Behauptung abgeleitet, dass Weniger mehr sei. Sparsam soll der Motor, die Waschmaschine, die Glühbirne, der Ölbrenner sein“ (Hervorhebung im Original).

Oder liegt darin eine Stärke des Buches? Vielleicht halten die Autoren es für sinnvoll, das geneigte Publikum lieber nicht zu überfordern, sondern schrittweise an eine schwer vermittelbare Wahrheit heranzuführen. So gesehen müsste der nächste Wuppertal Report eine Spur radikaler ausfallen. Er müsste mindestens eingestehen, dass die technischen Möglichkeiten eines Rückbaus von Ressourcenansprüchen niemals die Folgen maßlos wachsender Konsumansprüche einholen können, dass institutionelle Regelungen kein Ersatz für einen kulturellen Wandel ressourcenintensiver Lebensstile sein können und dass die Umverteilung des somit geringeren materiellen Wohlstandes zwei weitere Arenen der Aneignung einbeziehen muss, nämlich die der Erwerbsarbeit und des monetären Einkommens. Weiterhin wären die immanenten Wachstumszwänge des herrschenden Geld- und Zinssystems zu thematisieren. Das alles kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass „Fair Future“ zurzeit innerhalb der Nachhaltigkeitsliteratur ein Joker ist, dem man nur eine hohe Verbreitung zu wünschen kann.

Niko Paech

■ **Marshall B. Rosenberg**
Konflikte lösen durch Gewaltfreie Kommunikation – Ein Gespräch mit Gabriele Seils

Freiburg/Br.: Herder Verlag, 7. Aufl. 2006. 160 Seiten.

Als Ergänzung zu seinem erstmals 2001 erschienenen und seitdem mehrfach aufgelegten Grundlagenwerk „Gewaltfreie Kommunikation – Eine Sprache des Lebens“ erschien 2004 das vorliegende Gespräch der Journalistin Gabriele Seils mit dem amerikanischen, in der Schweiz lebenden Psychologen und Konfliktmediator Marshall Rosenberg. Dass auch dieses Gespräch schon zum 7. Mal in Taschenbuchform aufgelegt wurde, zeigt das anhaltend große Interesse an der Gewaltfreien Kommunikation (GFK).

In seiner Kindheit und Jugend in Detroit erlebte Marshall Rosenberg rassistische und sexistische Diskriminierung aus nächster Nähe als seelische Erschütterung mit. Seitdem ließ ihn die Frage nicht mehr los, warum und wie es so weit kommt, dass Menschen ihr Zusammengehörigkeitsgefühl verlieren und sich schließlich gewalttätig und ausbeuterisch gegeneinander verhalten.

Als Kommunikationsmittel zwischen den Menschen können Worte verbinden und heilen, aber auch verletzen und trennen – letzteres vor allem dann, wenn sie abwertende Bemerkungen und Vorurteile über andere Menschen enthalten. Mangelnde Achtung erzeugt Störungen im „Fluss zwischen mir und anderen, der auf gegenseitigem Geben und Nehmen von Herzen“ beruht, und kann sich bis hin zu Hass und Gewalt steigern. Deshalb hat Marshall Rosenberg Formen der Kommunikation entwickelt, mit denen wir „uns ehrlich und klar ausdrücken und gleichzeitig anderen Menschen unsere respektvolle und einfühlsame Aufmerksamkeit schenken“ können. (2001, S. 22) In seine eigenen Überlegungen sind auch Einsichten von Martin Buber, Krishnamurti, Gandhi, Ken Wilber und anderen eingeflossen.

In der GFK geht es darum, „eine einfühlsame Verbindung zu uns selbst und anderen aufzunehmen.“ Rosenberg geht davon aus, dass „die Freude am einfühlsamen Geben und Nehmen unserem natürlichen Wesen entspricht und dass wir

Menschen eigentlich nichts mehr genießen, als zum Wohlergehen anderer Menschen beizutragen.“ (2006, S. 10) Zur Wiedereinübung dieser im Menschen angelegten, aber vielfach von gesellschaftlicher Macht, von Schuldgefühlen und anderen emotionalen Blockaden verschütteten Kommunikationsfähigkeit gehören ihm zufolge „vier Komponenten“:

1. Genaueres Beobachten einer Situation und des Verhaltens anderer Menschen sowie die Wahrnehmung des Beobachteten ohne jede Bewertung.
2. Das Aussprechen der von dem Geschehen ausgelösten eigenen Gefühle. Fühlen wir uns verletzt, erschrocken, froh, amüsiert, irritiert, usw.?
3. Das Aussprechen derjenigen eigenen Bedürfnisse, die hinter den gerade geäußerten Gefühlen stehen.
4. Das Erbitten von etwas, was das eigene Wohlbefinden erhöht. (2001, S. 25)

Über 30 Jahre lang hat Marshall Rosenberg in den verschiedensten Lebensbereichen praktische Erfahrungen mit der GFK gesammelt – in Familien, in Schulen, in Wirtschaftsunternehmen, in Gefängnissen und anderen öffentlichen Institutionen, bei Rassenkonflikten und in politischen Krisenregionen wie dem Balkan oder Israel und Palästina. In den USA hat er das internationale „Center for Nonviolent Communication“ gegründet und seine Erfahrungen in mehr als 20 Ländern an Schüler und Studenten, Eltern, Ausbilder, Manager, Seelsorger und Ärzte, Militärs und Friedensbewegte sowie Polizisten, Anwälte und Gefangene weiter gegeben.

Anhand zahlreicher Beispiele werden die vier Komponenten der GFK in beiden Büchern genauer dargestellt. Dabei wird immer wieder deutlich, welche Konflikte lösende und heilende Kraft in der „Empathie“ liegt, die nicht mit intellektuellem Verstehen des anderen Menschen oder mit Mitleid für ihn zu verwechseln sei: „Empathie heißt, dass ich mich nicht mit meinen Gefühlen verbinde, sondern mit den Gefühlen der anderen Person.“ (2006, S. 44) Im Kapitel „Im Herzen des Feindes“ wird ein Sufi-Meister Maulana Rumi mit dem weisen Satz zitiert: „Jenseits von Richtig und Falsch liegt ein Ort, dort treffen wir uns.“ (2004, S. 61) In diesem Kapitel tritt Rosenberg einer Zweiteilung der Welt in die

Guten und die Bösen entgegen und berichtet über seine Erfahrungen um Umgang mit politischen Extremisten: „Egal, was jemand für eine Ideologie vertritt, wir haben alle die gleichen Bedürfnisse, zum Beispiel das Bedürfnis, verstanden zu werden. ... Wenn ich mit Gruppen zu tun habe, zu denen ich schwer Zugang bekomme – es sind nicht nur Rechtsextreme –, dann suche ich nach Einzelnen, die ein bisschen offener sind. Es gibt immer, in jeder noch so extremistischen Gruppe, Menschen, die man erreichen kann.“ (2006, S. 69)

Im Kapitel über den „Ausgleich zwischen Tätern und Opfern“ betont Rosenberg die Mitbeteiligung und Mitverantwortung eines Dritten, nämlich der Gemeinschaft. Und: „Menschen stecken in bestimmten Strukturen, die aus jedem von uns ein Monster machen können.“ (2006, S. 82-83) Damit ist auf die Notwendigkeit verwiesen, neben dem individuellen Verhalten auch die gesellschaftlichen Strukturen zu verändern. Mehr noch als in seinem Grundlagenwerk wird im Gespräch zwischen Marshall Rosenberg und Gabriele Seils sichtbar, dass die GFK auch ein Mittel zur Veränderung gesellschaftlicher Strukturen sein kann. Im Laufe der Jahre spürte Rosenberg „immer deutlicher, dass ich als Therapeut die ganze Zeit nur mit den individuellen Symptomen beschäftigt war, deren Ursache in meinen Augen ganz woanders, nämlich in den gesellschaftlichen Strukturen, in unserer Sprache, in den Machtverhältnissen zu finden waren. Also warum nicht lieber die Strukturen verändern, wenn sie zerstörerisch sind für die Menschen, die in ihnen leben?“ (2006, S. 11)

Dem Argument von Gabriele Seils, wonach ein „aggressiver politischer Aktivismus kontraproduktiv“ sei, stimmt Rosenberg zu und betont, dass Schubladendenken und Schuldzuweisungen (dazu gehören auch Verschwörungstheorien) in Gesprächen mit einflussreichen Menschen (Rosenberg nennt solche Gespräche humorvoll „Girafentänze“) nur unnötig Fronten verhärten und eine gemeinsame Suche nach einem Ausweg aus den gesellschaftlichen Strukturen, unter denen auch die Privilegierten leiden, geradezu verhindern. (S. 134-136)

Allerdings bleibt am Ende dieses beeindruck-

enden Buches noch offen, wie denn die bestehenden Machtstrukturen verändert werden könnten. Deshalb sei an dieser Stelle auf die zentrale Rolle hingewiesen, die das Geld innerhalb dieser Machtstrukturen spielt. Und interessanterweise betrachtet die soziologische Geldtheorie das Geld als zentrales gesellschaftliches Kommunikationsmittel. So drängen sich hier geradezu Parallelen zwischen den Ist- und Soll-Zuständen der Sprache und des Geldes auf:

- Während auf der sprachlichen Ebene die noch mit Gewalt behaftete Kommunikation die Menschen voneinander trennt, werden sie auf der wirtschaftlichen Ebene bislang noch von dem mit struktureller Macht behafteten, zinstragenden Geld voneinander getrennt.
- Der GFK im Bereich der sprachlichen Kommunikation könnte im Bereich der ökonomischen Kommunikation das Ziel eines von struktureller Macht und Gewalt befreiten Geldes entsprechen, das das gegenseitige Geben und Nehmen, d.h. den Fluss von ‚ökonomischer Empathie‘ durch die Wirtschaft und Gesellschaft nicht mehr stört oder gar blockiert – was sich letztlich auch positiv auf andere Lebensbereiche auswirken könnte.

Diese hier nur angedeuteten Parallelen zwischen der GFK und einer Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen durch eine Reform des Geldes deuten auf eine Verwandtschaft ihrer jeweiligen Ziele und auf die Möglichkeit ihrer wechselseitigen Ergänzung hin. Und auch auf dem Weg zur Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen könnte sich die GFK als ein sehr wertvolles Mittel erweisen – sowohl für das ‚interne‘ Ringen um weitere gedankliche Klärungen als auch für die Kommunikation mit der ‚Außenwelt‘.

Ebenso hilfreich könnte die GFK übrigens im Zusammenhang mit einer Reform des Bodenrechts sein – und auch danach bleiben. Auch nach einer Bodenrechtsreform könnte sie sich als Hilfe bei der Verständigung über Fragen der Raumplanung und des Städtebaus erweisen. Und bei der Zuordnung von Grundstücken und Ressourcen zum jeweils ‚besten Wirt‘ könnte sie seine sinnvolle Ergänzung zur Vergabe von Nutzungsrechten an Meistbietende sein.

Weitere Informationen: www.cnvc.org und www.gewaltfrei.de *Werner Onken*

■ Gunnar Heinsohn & Otto Steiger Eigentumsökonomik

Marburg: Metropolis Verlag, 2006. 270 Seiten.

„Eine Wirtschaftstheorie, die diesen Namen verdient, fehlt“, schreiben Gunnar Heinsohn und Otto Steiger (H&S) in ihrem neuen Buch Eigentumsökonomik (S. 18). Ihrer Meinung nach ist es bisher keinem ihrer Fachkollegen gelungen, den Kern des eigenen Fachgebietes theoretisch zu durchdringen und eine Erklärung des Wirtschaftens vorzulegen. Erst die Theorie der Eigentumsökonomik zeige auf, woraus „das Wirtschaften erst erwachsen kann“ (S. 87). Sie mache den Charakter der Wirtschaft „als gesellschaftliches Geflecht von gegenseitigen monetären Verpflichtungen“ (155) deutlich und liefere damit den bislang fehlenden Schlüssel zum Verständnis der Wirtschaft.

Solche Thesen fordern geradezu dazu heraus, sie als vermessen abzutun. Die Theorie von H&S jedoch, die sie in erster Fassung 1996 in ihrem Buch „Eigentum, Zins und Geld“ dargelegt haben, wird im Geldmuseum der Deutschen Bundesbank mittlerweile als eine der fünf wichtigsten existierenden Gelderklärungen gewürdigt – gemeinsam mit denen von Aristoteles, Adam Smith, Bernhard Laum und John Maynard Keynes. Auch in dem in Kürze neu erscheinenden „Lexikon der ökonomischen Werke: 650 wegweisende Schriften von der Antike bis ins 20. Jahrhundert“ werden das Buch von 1996 und dessen wegbereitender Vorgänger, Heinsohns „Privateigentum, Patriarchat, Geldwirtschaft“ (1984) vorgestellt. Eine weitere Anerkennung steht für den 4. November diesen Jahres an, wenn Otto Steiger für einen Aufsatz über das Verhältnis von Eigentumsökonomik und Neuer Institutionsökonomik der K. William Kapp-Preis verliehen wird, eine der bedeutendsten wirtschaftswissenschaftlichen Auszeichnungen in Europa.

H&S greifen die etablierten ökonomischen Theorien in ihrem Buch von zwei Seiten an: Zum einen zeigen sie auf, dass diese im Widerspruch zu gewichtigen ethnologischen und historischen Forschungsergebnissen stehen (Kapitel I, Abschnitt 2), zum anderen legen sie theoretisch dar, worin sie die Schwächen bisheriger wirtschafts-

theoretischer Konzeptionen verorten (Kapitel II). Dem stellen sie anschließend ihren eigenen Theorieansatz, die Eigentumsökonomik, gegenüber (Kapitel III), gefolgt von einer darauf gründenden Erklärung des Marktes und zentraler marktwirtschaftlicher Phänomene und Probleme (Kapitel IV). Abschließend wenden H&S ihre Theorie in einem gesonderten Kapitel auf die Probleme von Entwicklungs- und Transformationsländern an (Kapitel V).

Grundlegend für die Eigentumsökonomik ist, dass sie sich von der Annahme verabschiedet, es gäbe einen „ewigen homo oeconomicus, der seit dem Faustkeil des Neandertalers ... immer schon und auf gleiche Weise zum Wirtschaften angetrieben worden sei“ (S. 12). H&S verweisen darauf, dass führende Ethnologen und Historiker seit langem anmerken, dass sich weder in Stammes- noch in Feudalsystemen Anzeichen für die Entstehung von Geld und Märkten finden lassen. Sie zitieren beispielsweise den Begründer der ökonomischen Ethnologie, Bronislaw Malinowski mit den Worten, dass es in Stamnessystemen „keinen regulären Markt, folglich keine Preise, folglich keinen etablierten Austauschmechanismus und folglich keinen Raum für eine Währung“ gibt (S. 16).

H&S betonen, dass es sehr konkreter Voraussetzungen bedarf, damit es zur Entstehung von Geld und Märkten und damit zum Wirtschaften kommen kann. So sei Knappheit zwar „eine notwendige aber keine hinreichende Bedingung für eine Wirtschaft“ (S. 48). Ebenso sei die populäre Erklärung von Geld als eine Art Tauschgut unzutreffend, da sich Geld nicht aus dem Tausch heraus entwickelt habe und seinem Wesen nach etwas völlig anderes als ein Gut sei.

Damit es nicht nur zu einem bloßen Produktionssystem, sondern tatsächlich zu einem echten Wirtschaftssystem kommt, bedarf es H&S zufolge einer Gesellschaftsordnung, in der freie Menschen private Eigentumsrechte halten und gegebenenfalls gerichtlich durchsetzen können. Privateigentum wird dabei nicht – wie bislang in Soziologie und Wirtschaftswissenschaften üblich – als Gegenstück zu Kollektiveigentum verstanden, sondern als abstrakter, juristischer Begriff. Er macht es möglich, zwischen Eigentum und Besitz zu unterscheiden: Während ein Eigentumsrecht an-

gibt, wer rechtlich über etwas verfügen kann, gibt ein Besitzrecht an, wer etwas „physisch nutzen“ (S. 10) darf. Erst die Existenz von Eigentumsrechten macht es möglich, Vermögenswerte „zu verkaufen, zu belasten und zu verpfänden sowie sie für Vollstreckung bereit zu halten“ (S. 10). Dabei sind die „ökonomisch bedeutendsten Rechte [...] die auf Belastung zur Geldschaffung und auf Verpfändung für die Erlangung von Kredit“ (S. 10).

Zur Geldschöpfung merken die Autoren an, dass Zentralbanken, beispielsweise die Bundesbank, Geld nicht aus dem Nichts schöpfen und keine „Geldmengensteuerung per ‚Hubschrauber und Hochofen‘“ (S.79) betreiben. Im Rahmen der Geldschöpfung muss die geldempfangende Geschäftsbank Vermögenswerte als Sicherheit hinterlegen, also verpfänden, bis sie die entsprechende Geldmenge wieder getilgt hat. Die verpfändete Sicherheit fungiert als erste Deckung des ausgegebenen Geldes.

Kann eine Geschäftsbank nicht tilgen und erweist sich die deckende Sicherheit aus irgendeinem Grund als unzureichend, muss die Zentralbank eigenes Vermögen, Eigenkapital also, einsetzen, um das Geld vom Markt zurückzuholen. Das Zentralbankvermögen dient deshalb als zweite Deckung des Geldes, was für die Zentralbank jedoch bedeutet, dass jede Geldschöpfung eine Belastung ihres Vermögens darstellt. Diese Belastung gleicht sie über den Zins aus, den sie für ihre geldschöpfenden Kredite verlangt.

Laut Eigentumsökonomik ist Geld also kein Tauschgut, sondern ein Vermögensderivat, denn es leiht sich seinen Wert quasi von den zur Besicherung hinterlegten Vermögenswerten. Geld hat nach dieser Definition also nicht deshalb einen Wert, weil es als Tauschmittel akzeptiert wird, sondern es wird umgekehrt als Tauschmittel akzeptiert, weil ihm Vermögenswerte zu Grunde liegen.

Bezüglich des Zinses betont die Eigentumsökonomik, dass der Zins bereits zu einem Zeitpunkt in die Welt kommt, zu dem er noch nicht mit einem Verlust an Liquiditätsprämie erklärt werden kann (denn wenn Geld geschöpft wird, existiert ja vorher noch keine Liquidität), wie es Keynes versucht hat. Ebenso wenig könne er mit

einem temporären Konsumverzicht erklärt werden (denn der geldschöpfende Akteur leistet ja keinerlei physischen oder materiellen Verzicht), wie es die neoklassische Theorie lehrt. Die Zinsnahme resultiert vielmehr „aus der Aufgabe eines immateriellen Ertrages von Eigentum, der Eigentumsprämie“ (S. 9). Weil dies nie verstanden wurde, ist auch „Geld als aktive Größe, die den Wirtschaftsprozess treibt“ (S. 37) nie korrekt erkannt worden.

Die Geldschöpfung per Kredit bedeutet für den Schuldner eine „Gefahr des Eigentumsverlustes“ (S.180), weil er sein als Sicherheit gestelltes Vermögen verliert, wenn er nicht tilgen kann. Aus diesem Grund müssen sich Kreditnehmer nach Möglichkeiten umsehen, wie sie die geliehene Summe plus Zins wiedererwirtschaften können. Dafür müssen sie entweder Leistungen oder Güter erstellen, die von anderen nachgefragt werden, oder ihre Arbeitskraft anderen gegen Lohn anbieten. Es kommt zu Investitions- und Innovationstätigkeit und zum Entstehen von Märkten. Märkte sind dabei nicht vorrangig Gütertauschplätze, sondern zuvorderst Orte zum Erwerb von Geld, speziell von Geld als „Schuldendeckungsmittel“ (S. 107).

H&S stellen die bisher in den Wirtschaftswissenschaften existierenden Erklärungsansätze des Wirtschaftens und der Entstehung von Zins, Geld und Märkten in Frage. Wenn sich ihre Theorie bewahrheiten sollte – wofür die bisherigen Auszeichnungen ein Indiz sein könnten und wofür ein hohes Erklärungspotenzial des Ansatzes und dessen umfassende Berücksichtigung historischer und gegenwärtiger Realitäten spricht –, werden viele darauf basierenden wirtschaftspolitischen Gestaltungsvorschläge überdacht werden müssen. Insbesondere Ansätze, die eine grundlegend andere Ausrichtung der Globalisierung oder eine tief greifende Reform des Wirtschafts- und Finanzsystems anstreben, müssen von Grund auf neu gedacht werden.

Mit ihrem Theoriegebäude könnten die Bremer Ökonomen Auslöser einer wissenschaftlichen Revolution in der Volkswirtschaftslehre werden. Sollte es dazu kommen, hätten sie mit ihrem Buch „Eigentumsökonomik“ das zukünftig wohl wichtigste ökonomische Grundlagenwerk im deutsch-

sprachigen Raum geschrieben. Das Buch eignet sich allerdings nicht als Einstiegslektüre in die Wirtschaftstheorie, da es sich ohne ausreichende ökonomische Vorkenntnisse nur schwerlich verstehen lassen wird. Negativ zu bemerken ist, dass die Lesbarkeit und die Flüssigkeit des Textes unter dem merklichen Bemühen der Autoren leiden, ihre neue Wirtschaftstheorie so präzise und eindeutig wie möglich zu fassen. Ansteckend und fesselnd wirkt jedoch die offensichtliche Freude, die es den Autoren bereitet, wirtschaftstheoretische Mythen zu enttarnen und ihr eigenes Theoriegebäude zu entwerfen.

Henning Osmers

■ Helmut Creutz Das Geldsyndrom / Die 29 Irrtümer rund ums Geld

Daun/Eifel: Radoropa Hörbuch, 2006. 12 bzw 9 CDs.

Seit kurzem liegen die beiden Bücher von Helmut Creutz auch als Hörbücher vor. Dazugehörige Booklets enthalten die in den Büchern enthaltenen Grafiken.

Zu beziehen sind die Hörbücher über info@technisat.de oder über den INWO-Versand, Sambach 180, 96178 Pommersfelden, eMail: Versand@INWO.de

Geld regiert die Welt und wer regiert das Geld?

Unter diesem Titel hielt Helmut Creutz einen Vortrag in einer Veranstaltungsreihe, die die Österreichische Gesellschaft für politische Bildung und das Sozialreferat der Erzdiözese Linz im Katholischen Bildungszentrum St. Franziskus in Linz durchführte. Dieser Vortrag liegt inzwischen als DVD vor. Zu beziehen ist er über gerwald.soyka@utanet.at | Tel.: 0043-664-5835 693 oder über den INWO-Versand.

Red.

BERICHTE

■ Neuer Verband „Regiogeld e.V.“

Im Februar 2006 ist aus dem bisherigen Regionetzwerk ein neuer Verband Regiogeld e.V. hervorgegangen. Darin gibt es drei Arten von Mitgliedschaften: 1. bereits emittierende Regionalgeld-Initiativen, 2. in Vorbereitung befindliche Regionalgeld-Initiativen und 3. Fördermitglieder. Mitgliedsinitiativen haben Zugang zum Regio-Handbuch und zu einer Kreativwerkstatt. Ein Newsletter informiert alle Mitglieder regelmäßig über neue Entwicklungen innerhalb des Verbandes. Auch die Fördermitglieder können die Mailingliste nutzen und zu vergünstigten Bedingungen an Fortbildungs- und Vernetzungstreffen teilnehmen.

Der Verband „Regiogeld e.V.“ entwickelt Qualitätskriterien für die Tätigkeit der Initiativen, er fördert die begleitende wissenschaftliche Auswertung von praktischen Erfahrungen der Initiativen und betreibt Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Die Leitung liegt in den Händen eines dreiköpfigen Vorstandes, dem als 1. Vorsitzender der Jurist Frank Jansky vom „Urstromtaler“ sowie Christian Gelleri vom „Chiemgauer“ und Franz Galler vom „Sterntaler“ angehören. Leiterin der Geschäftsstelle des Verbandes ist Annika Pietsch.

Nähere Informationen:

Geschäftsstelle, Olvenstädter Str. 10,
39108 Magdeburg
eMail: annika.pietsch@regiogeld.de
Internet: www.regiogeld.de

■ MONA – Netzwerk zur Erforschung monetärer Systeme für Nachhaltigkeit

Wer Interesse daran hat, sich wissenschaftlich mit Regionalwährungen, Tauschsystemen oder anderen monetären Innovationen auseinanderzusetzen oder dies bereits tut, kann sich seit November 2005 einem Netzwerk anschließen, das seinen Mitgliedern eine Plattform für den interdisziplinären Austausch und die gegenseitige Unterstützung bietet. Die Mitglieder dieses

„Netzwerks zur Erforschung monetärer Systeme für Nachhaltigkeit“, kurz MONA, beschäftigen sich mit Währungssystemen und währungsähnlichen Systemen, Tausch- und Verrechnungssystemen und Geldsurrogaten sowie deren juristischen, sozialen, ökonomischen, ökologischen, politischen und sonstigen Auswirkungen und den verschiedenen Möglichkeiten, wie sich entsprechende Systeme zweckgerichtet ausgestalten lassen, so dass sie gezielt als Instrumente zur Förderung einzelner Wirtschafts- oder Gesellschaftsbereiche eingesetzt werden können.

MONA ist dabei keine intensiv zusammenarbeitende Forschungsgruppe, sondern versteht sich als loses Netzwerk, das beispielsweise die Anfertigung von Studien-, Diplom-, Magister- und Doktorarbeiten sowie Habilitationen fördern will. Ziel aller Beteiligten ist es, mit ihrer Arbeit zu einer nachhaltigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft beizutragen.

Wer sich für MONA interessiert oder Mitglied im Netzwerk werden möchte, findet nähere Informationen dazu auf der Homepage des Netzwerks unter www.mona-netz.de

■ Archiv für Geld- und Bodenreform

Im Auftrag der „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“ wurde seit 1983 in der „Freiwirtschaftlichen Bibliothek“ Primär- und Sekundärliteratur zu Bodenrechts- und Geldreformtheorien gesammelt. Zum Bestand gehören neben Büchern, Broschüren und Zeitschriften auch Flugblätter, Fotos und Korrespondenzen; er ist für Wissenschaftler/innen und interessierte Laien zugänglich.

Auf ihrer letzten Sitzung im März 2006 hat die Stiftung die „Freiwirtschaftliche Bibliothek“ in „Archiv für Geld- und Bodenreform“ umbenannt. Der Bestandskatalog wurde aktualisiert und digitalisiert. Ab dem Herbst 2006 wird er auch im Internet auf der Website www.sozialoekonomie.info im Bereich „Forschung“ einsehbar sein. Dort befinden sich bereits separate Verzeichnisse einschlägiger Diplomarbeiten und Dissertationen.

Zur Schließung noch bestehender Lücken und zur fortlaufenden Ergänzung der Archivbestände

sind Zusendungen von älterer und neuerer Literatur sowie von Fotos und Dokumenten jederzeit sehr willkommen, ebenso Hinweise auf themenbezogene Neuerscheinungen und neuere Zeitschriftenaufsätze.

Kontakt:

Werner Onken, Dipl.-Ökonom
Steenkamp 7, 26316 Varel
eMail: redaktion-onken@web.de

■ Unterguggenberger-Institut in Wörgl

Seit April 2006 befindet sich das Unterguggenberger Institut in Wörgl in dem Haus, das der frühere Wörgler Bürgermeister und Initiator des Wörgler Freigeldexperiments Michael Unterguggenberger aus den Jahren 1932/33 bewohnt hat. Nähere Informationen über das Institut gibt es auf der Website www.unterguggenberger.org

■ Oikos-Konferenz in St. Gallen

Auf Initiative der studentischen Organisation „Oikos“ fand im Mai 2006 die 18. Oikos-Konferenz „Die Zukunft des Geldes – In Zukunft Investieren“ statt.

Nähere Informationen darüber gibt es auf der Website www.oikos-konferenz.org

■ Aktion Volksabstimmung

Ziel dieser im Sommer 2006 startenden Aktion des „Omnibus für Direkte Demokratie“ ist die Einführung eines bundesweiten dreistufigen Abstimmungsrechts. Im ersten Schritt, der Volksinitiative, soll ein Vorschlag mit 100.000 Unterschriften zur Beratung in den Bundestag eingebracht werden können. Im zweiten Schritt, dem Volksbegehren, soll mit 1 Million Unterschriften erwiesen werden, dass genügend Menschen den Vorschlag für wert erachten, dass er allen Bürgern zur Entscheidung vorgelegt wird. Im dritten Schritt, dem Volksentscheid, soll die Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheiden.

Nähere Auskünfte:

Omnibus für Direkte Demokratie
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Fon: 030 – 42 80 43 90 | info@omnibus.org
www.aktion-volksabstimmung.de

VERANSTALTUNGEN

■ Kontroverse um die Geldschöpfung

39. Mündener Gespräche am 23. und 24. September 2006 in der Reinhardswaldschule in Fuldatal-Simmershausen bei Kassel.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Dipl.-Volksw. Jörg Gude, Steinfurt
eMail: joerggude@aol.com
Internet:
www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Dipl.-Kfm. Ralf Becker
c/o Laurentiushof, Diemelstr. 3
34474 Diemelstadt-Wethen

Thomas Fuchs
Faberstr. 27c, 6230 Brixlegg
Österreich

Dr. Hugo Godschalk, c/o PaySys
Im Uhrig 7, 60433 Frankfurt/M.

Dipl.-Umweltwiss. Muriel Hermann
Gut Wienebüttel 1, 21339 Lüneburg

Josef Hüwe
Ludwigsfelder Str. 11, 14165 Berlin

Dr. Christof Karner
Felix-Iribauer-Str. 7-8, 3200 Obergrafendorf
Österreich

Dr. Robert Musil
c/o Institut für Stadt- und Regionalforschung
Österreichische Akademie der Wissenschaften
Postgasse 7/4/2, 1010 Wien
Österreich

Dipl.-Kfm. Henning Osmers
Schlengstr. 8, 28309 Bremen

Dr. habil. Niko Paech
c/o Carl-von-Ossietzky-Universität Fakultät II
Ammerländer Heerstr. 114-118, 26129 Oldenburg

Dipl.-Sozialpäd. (FH) Katharina Schwaiger
Zollernstr. 13, 86154 Augsburg